Gesetz = Sammlung

für die

Roniglichen Preußischen Staaten.

manne and refinite and drud Nr. 41.

(Nr. 8080.) Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, A. Jagranda (200 Schlesien und Sachsen. Bom 13. Dezember 1872.

Confajoria das Ja ir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 20. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für die Provinzen beiden Change Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erfter Titel.

Bon den Grundlagen der Kreisverfassung.

Erfter Abschnitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Kreise.

Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungs. bezirke bestehen.

Jeder Kreis bildet nach näherer Borschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation.

6. 3.

Die Beränderung bestehender Kreisgrenzen und die Bildung neuer, sowie Beranderung ber die Zusammenlegung mehrerer Kreise erfolgt durch Gesetz.

Die in Folge einer derartigen Beränderung erforderliche Auseinandersetzung

dwischen den betheiligten Kreisen ist im Verwaltungswege zu bewirken. Streitigkeiten, welche hierbei entstehen, unterliegen, vorbehaltlich der Bestimmung im S. 5., der Entscheidung des Berwaltungsgerichts (S. 187 ff.).

Beranderungen folder Gemeinde- ober Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Rreisgrenzen find, ziehen die Beranderung diefer Kreisgrenzen und, wo die Kreis-Jahrgang 1872. (Nr. 8080.) und

Rreisgrenzen und Bilbung neuer Rreife.

Cesfig. 1 Jas Francison.

2. 23 Berei 1372 1838

Rin be fin & Dapon 1870 2ag 87 - 12 i

Cist Day Saga Be

cod dato itid har 8)

Marily Entire and Michael 27 [Znida city

Ausgegeben zu Berlin ben 23. Dezember 1872.

und Wahlbezirksgrenzen zusammenfallen, auch die Veränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

Eine jede Veränderung der Kreisgrenzen ift durch das Amtsblatt bekannt

zu machen.

S. 4.

Ausscheiben ber grofen Städte aus den Kreisverbanden.

Städte, welche mit Ausschluß der aktiven Militairpersonen eine Sinwohnerzahl von mindestens 25,000 Seelen haben und gegenwärtig einem Landkreise angehören, sind befugt, für sich einen Kreisverband, Stadtkreis (§. 169.)
zu bilden und zu diesem Behuse aus dem bisherigen Kreisverbande auszuscheiden.

Auf den Antrag der Stadt wird dieselbe durch den Minister des Innern

für ausgeschieden erflärt.

Es ist jedoch zuvor in allen Fällen eine Auseinandersehung darüber zu treffen, welchen Antheil die ausscheidende Stadt an dem gemeinsamen Aftiv- und Passivermögen des bisherigen Kreises, sowie etwa an fortdauernden Leistungen zu gemeinsamen Zwecken der beiden neuen Kreise zu übernehmen hat.

Rommt eine Einigung der Betheiligten nicht zu Stande, fo entscheibet über

Die Streitpunfte das Berwaltungsgericht.

S. 5.

Privatrechtliche Verhältnisse werden durch Veränderungen der Kreisgrenzen (§§. 3. 4.) nicht berührt.

3weiter Abschnitt.

Bon ben Rreisangehörigen, ihren Rechten und Pflichten.

§. 6.

Angehörige des Kreises sind, mit Ausnahme der nicht angesessenen servisberechtigten Militairpersonen des aktiven Dienststandes, alle diesenigen, welche innerhalb des Kreises einen Wohnsitz haben.

Die Kreise bleiben in ihrer geger ro. Tigen Begrenzung als Bermalnungs-

Rechte ber Kreisangehörigen.

Unnahme von un-

lehnung, Folgen einer ungerechtfer-

tigten Ablehnung.)

Die Kreisangehörigen find berechtigt:

1) zur Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises, nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes,

2) zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Rreises.

6. 8.

Pflichten der Kreis. Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbesoldete Alemter in der Verwalangehörigen: a) Verpflichtung zur tung und Vertretung des Kreises zu übernehmen.

Bur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung folcher Aemter berechtigen

besolveten Uemtern. folgende Entschuldigungsgründe:

1) anhaltende Krankheit;

2) Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;

3) bas

- 3) bas Allier von 60 Jahrens
- 4) bie Bermaltung eines mmittelbaren Stantgamtes;
- 5) sonftige besondere Berhaltniffe, welche nach bem Ermeffen bes Rreistages eine gultige Entichalbigung begründen.

Beträgt die Amisbauer mehr als drei Jahre, so tam das Amt mach Ab-

lauf von drei Johren niedergelegt werden

Wer ein unbesolderes Ams in der Berwaltung oder Wertrerung bes Kreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amisbauer versehen hat, tann die Uebernahme besselben oder eines gleichausgen für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein undesoldetes Ant in der Benvaldung oder Vertretung des Kreizes zu übernehmen, oder das übernemmene Amt während der vorgescheiebenen regelmäßigen Almtödauer zu versehen, sonde derzeinige, weicher sich der Berwaltung tolder Almtödauer zu versehen, sonde derzeinige, weicher sich der Berwaltung tolder Almtödauer trob vordergegangener Almforderung Seitens des Kreizenssschusses ihng seines Fedu Jahren der Austüdung seines Fedus gebens auf Thellnahme au der Bestretung und Verwaltung des Kreizes sur verlustig erklärt und um ein Achtel die ein Biertel störfer, als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben berangezogen werden.

Die Eintscheidung erfolgt, sotern der Areistag den Ablebnenden für nicht eintschuldigt erklärt, durch den Areistausschuh mit Wordehalt der Berusum an das Berwalfungsgericht. In dem Berfahren minnet ein vom Areistage gewählter

Kommiliarius die Obliegendeiten bed Kliegers wahr.

3.9.

Die Kreisaugehörigen sind verpflichtet, zur Befriedigung der Bedürfnisse bes Kreises Abgaben aufzubringen, iniofern ber Kreistag nicht beschieft, biete Bedürfnisse aus dem Bermogen bes Kreises ober aus jonstigen Einnahmen zu bestreiten (§ 116 Kr. 3.)

S. 10.

Die Bertheilung ber Kreisabgaben barf nach keinem anderen Masstabe, als nach dem Berbältnisse ber von den Kreisangehörigen zu entrichtenden diesetten Staatssteuern, beziehungsweise der Mahl, und Schlachtsteuer, und praz nur durch Zuschlöge zu denselben, beziehungsweise zu den nach §5. 14. und 15. zu ermittelnden singieten Gleuersähen der Forensen, purifischen Wertonen zu erfolgen.

Die Grunde, Gebaude. und die von dem Wewerdebetriede auf dem planien Lande auffonnnende. Gewerdesteuet der Klosse & L ist bierkei mindeltens um der Gälfte und höchstens mit dem vollen Betrage besiehigen Krountrodes berandingeben, mit welchem die Klassen- und Kassispiele Einforoverbeuer verafter wird. Jun liebrigen kann die Gewerdesteuer von der Hengentieben gang frei gelassen. darf aber keinenfalls dazu mit einem höderen Prozentiage, als die Grund und Gedandesteuer, herangewagen werden. Ausgeschlossen von der Kroundesteuer von Gedandesteuer von Konngregung bleibt die Gewerbesteuer vom Hauftragewerde.

Die drei unterzem Stofen der Klassenfleuer (h. 18 70 a. des Geiepes vom I. Mai 1851., Gesek-Sandul, S. 1882.) kinnen von der Herangischung zu beit Kreis- 500 --

3) das Allter von 60 Jahren;

4) bie Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes;

5) sonstige besondere Verhältniffe, welche nach dem Ermessen des Kreis. tages eine gültige Entschuldigung begründen.

Beträgt die Amtsdauer mehr als drei Jahre, so kann das Amt nach Alb.

lauf von drei Jahren niedergelegt werden.

Wer ein unbefoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Rreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Umtsdauer versehen bat, kann die Uebernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre

ablebnen.

Wer fich ohne einen ber vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises zu übernehmen, oder das übernommene Amt während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsbauer zu versehen, sowie berjenige, welcher sich ber Verwaltung folcher Alemter trot vorhergegangener Aufforderung Seitens des Kreisausschusses thatfächlich entzieht, kann für einen Zeitraum von drei bis fechs Jahren ber Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Biertel stärker, als bie übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden.

Die Entscheidung erfolgt, sofern der Kreistag den Ablehnenden für nicht entschuldigt erklärt, durch den Kreisausschuß mit Vorbehalt der Berufung an das Verwaltungsgericht. In dem Verfahren nimmt ein vom Kreistage gewählter

Rommiffarius die Obliegenheiten des Klägers wahr.

Areisabgaben aufgebracht werden foll. ? orbehalten.

Die Kreisangehörigen find verpflichtet, zur Befriedigung der Bedurfniffe b) Beitragspflicht gu des Kreises Abgaben aufzubringen, insofern der Kreistag nicht beschließt, Diese Bedürfnisse aus dem Vermögen des Kreises oder aus sonstigen Einnahmen zu bestreiten (S. 116. Nr. 3.).

ben Rieisabgaben.

6. 10.

Die Vertheilung der Kreisabgaben darf nach keinem anderen Maßstabe, Grundsäte über die als nach dem Verhältnisse der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten bringung der Kreis. Staatssteuern, beziehungsweise der Mahl- und Schlachtsteuer, und zwar nur abgaben. durch Zuschläge zu denfelben, beziehungsweise zu den nach &. 14. und 15. zu ermittelnden fingirten Steuersätzen der Forensen, juristischen Bersonen 2c. erfolgen.

Die Grund-, Gebäude- und die von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande auffommende Gewerbesteuer der Klasse A. I. ist hierbei mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage desjenigen Prozentsates beranzuziehen, mit welchem die Klaffen- und flaffifizirte Ginfommensteuer belaftet wird. Im Uebrigen kann die Gewerbesteuer von der Heranziehung gang frei gelassen, darf aber keinenfalls dazu mit einem höheren Prozentsate, als die Grund- und Gebäudesteuer, herangezogen werden. Ausgeschlossen von der Beranziehung bleibt die Gewerbesteuer vom Hausirgewerbe.

Die drei untersten Stufen der Klaffensteuer (S. 9. zu a. des Gesetzes vom 1. Mai 1851., Gefet Sammt. S. 193.) können von der Heranziehung zu ben Rreis= (Nr. 8080.)

Rreisabgaben gang freigelaffen ober bazu mit einem geringeren Prozentfake, als die übrigen Stufen der Rlaffensteuer und die flassifizirte Ginfommensteuer herangezogen werden. In diesem Falle ift den mabl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten ein verhältnifmäßiger Erlaß an ihrem Gefammtantheile an den Kreis-

abgaben zu gewähren.

Für die mabl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte ift bei Vertheilung der Rreisabgaben die Einkommensteuer nur nach Albaug ber Mahl- und Schlachtsteuervergütigung von 20 Thalern (S. 2. zu b. des Gesetzes vom 1. Mai 1851.), die Mahl- und Schlachtsteuer aber mit ber Mafgabe in Unwendung zu bringen, daß die Mahlsteuer nur mit zwei Drittheilen ihres Robertrages berangezogen werden barf. Saben diese Städte eine Militairbevolkerung, fo ist von der nach Borftebendem ermittelten Summe eine nach Berhaltnif ber Militairbevolferung zur Civilbevölkerung zu bemessende Quote abzuseken.

Bon dem hiernach ermittelten Betrage ber Mahl- und Schlachtsteuer noch einen Abzug bis höchstens zwanzig Prozent zu beschließen, bleibt der Kreisver-

tretung überlaffen.

6. 11.

Unter Anwendung des nach biefen Grundfaten (S. 10.) vom Kreistage befcbloffenen Bertheilungsmaßstabes wird das Rreisabgaben-Goll für die einzelnen Gemeinden und felbstftändigen Gutsbezirke im Ganzen berechnet und benfelben zur Untervertheilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen nach demfelben Makitabe, zur Einziehung, sowie zur Abführung im Ganzen an die Kreis-Rommunalkaffe überwiesen.

Den Städten bleibt die Beschlufinahme barüber, wie ihre Untheile an ben

Rreisabgaben aufgebracht werden follen, vorbehalten.

mipidoirie Be rue de C. 12.00 dail espiradonmaiora of C

Feftstellung bes Rreis.

Der Magstab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen find, ift für abgaben Bertheilungs. jeden Kreis bis zum 30. Juni 1874. ein für alle Mal festzustellen und demnächst unverändert zur Unwendung zu bringen. Der Kreistag ift jedoch befugt, bie bei zu den Kreisabgaben für Verfehrsanlagen die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande aufkommende Gewerbesteuer ber Klaffe A. I. innerhalb ber im §. 10. feftgefetten Grenzen mit einem höheren Prozentsate als zu den übrigen Kreisabgaben heranzuziehen, beziehungsweise nach Maggabe des S. 10. Absat 3. die drei unterften Stufen der Klaffensteuer von der Beranziehung zu diesen Kreisabgaben ganz freizulaffen oder bazu mit einem geringeren Prozentsate heranzuziehen.

Rommt ein gultiger Kreistagsbeschluß über ben Bertheilungsmaßstab innerhalb ber festgesetzten Zeit nicht zu Stande, so werden bis zur Berbeiführung diefes Beschlusses die Rreisabgaben auf die fammtlichen direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Hausirgewerbesteuer, und auf die Mahl- und Schlachtsteuer

nach Maßgabe des S. 10. Absatz 1. und 4. gleichmäßig vertheilt.

Der Kreistag fann ben festgestellten Magitab von fünf zu funf Jahren

einer Revision unterziehen.

Wo gegenwärtig mit Königlicher Genehmigung zu bestimmten Zwecken Rreisabgaben nach besonderer Vertheilungsart erhoben werben, behält es babei

kireikabanden gang freigeloffen ober dazu wit einem geringeren Prozentine, al die Obrigen Stafen der Klassenfener und die Appligerte kontommenkener derzu gerioon werden. In diesem Talle ist den mahi, und jallachtreverpfichtige Dieber ein verhäuteismöhiger Erlaß mit weim Gestammtanipale an den Kreis

Wie die mable und Schlacksteuerpflichigen Sieber ist bei Meribeitung de Koribahgaben die Einschutmensteuer mar mach Uthere der Mahl und Schlacksteuerpatriquing von 20 Thalein (L. 2. zu b.: des Verfeies voner). Mai 1851.) die Neuble und Schlacksteuer aber mit der Muhgeschie Anwendung zu bringen dat die Mahlbeuer nur mit zwei Drittbeiten wird Webertra des berangeroger werden darf. Haben diese Stadte eine Mittalieberöfferung, so ist von der nach Worstebendem ermittelten Sinnue eine und Werfeldung der Mikitalieberöfferung zu bewehlende Duote abselbergen er

Mon dem plemach ermittelten Kietrage der Mahl und Schläcktseiter noch einen Strug bis höchstens zwanzig Prozent zu beschieben, bleibt ber Areisver

encumn abertagien.

6. 11

Unter Amwendung des nach diesen Enundstein (§ 10.) vom Areiteine in fellossen Beriheilungsmaßitabes wird dus Areitenbyaden. Soil für die einselnes Gemeinden und selbstiländigen Gutsberiese in Gangen derreiner und demploe zur Untervertheilung auf die einzelnen Seenerplisdungen nach demploei zur Untervertheilung auf die einzelnen Seenerplisdungen nach demploei Wiegendung zur Einzeldung, sowie zur Livstihrung im Gangen an die Kreis Loringmanting überwiesen.

Den Studten bleibt bie Beichluftnabme barfibet, wie ihre Maiheile an be Rreisabgaben aufgebracht werben follen, vorbehalten.

€ 12

Der Maßtab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen sind, ist zu jeden Kreis dis zum 30. Juni 1874, ein für alle Mal festzustellen und bernmäckt unverändert zur Linwendung zu bringen. Der Kreistag ist jedoch besigt, hierbe zu den Kreisabgaben für Verfehrsanlagen Lie Grund- und Gedäudeitener, sowie von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande auffrennwende Gewerbesteilene der Klasse A. L. innerhalb der im § 10. festgeietzten Grenzen mit einem höherer Arozentsche als zu den übrigen Kreisabgaben herangunehen, beziehungsweise nach Kraisabgabe des § 10. Absach 3. die drei untersten Stuffen der Klassensteuer von der Geranzenung zu vielen Kreisabgaben ganz freizulassen oder dazu mit einem geringeren Arozentschape Sexusyntehen.

Kommi ein gilliger Kreistagsbesching über ben Bertheilungsnagftab inner halb der feligelesten Zeit nicht zu Stande, so werden die zur Gerbeifilistung bieles Beschinffes die Kreisabgaben mit die satuntlichen diretten Ctanissenern mit Ausschlift der Haufirgewerbestwer, und mit die Mahl- und Schlandstresse

nach Margabe bes 5. 10. Abfan 1, und 4. gleichmäßig vertvellt.

Der bereitig fann ben festgestellten Mahftab von fünf zu fünf Jaber

Arrisabgaben nach besonderer Bertheilungsaut exhaben werken, behält es tabe

Wellfelfung bes Rreits erenben. Geripeilungs

0.55

bis zum 31. Dezember 1875, sein Bewenden, sofern nicht der Kreistag schon in ber Swischenzeit auch hierfur den Uebergang zu dem, nach dem gegenwärtigen Gefete festgestellten Maßstabe für die Vertheilung der Kreisabgaben beschließt. Dom 1. Januar 1876. ab tritt der nach diesem Gesetze festzustellende Magstab (Absat 1. und 2.) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft.

§. 13.

Sofern es fich um Rreiseinrichtungen handelt, welche in besonders bervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Kreistheilen zu Gute belastung einzelner fommen, fann der Kreistag beschließen, für die Kreisangehörigen diefer Kreistheile eine nach Quoten zu bemeffende Mehr- oder Minderbelastung eintreten zu laffen. Die Mehrbelastung fann nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistages durch Naturalleistungen ersett werden.

Mehr ober Minder

Berangiehung be

6. 14.

Diejenigen physischen Personen, welche, ohne in dem Kreise einen Wohnsit zu haben, beziehungsweise in demselben zu den persönlichen Staatssteuern ver Forensen, juristischen anlagt zu fein, in demfelben Grundeigenthum besiten, oder ein ftehendes Gewerbe, ben Rreisabgaben. oder außerhalb einer Gewertschaft Bergbau betreiben (Forensen), mit Einschluß der nicht im Kreise wohnenden Gefellschafter einer offenen Sandelsgefellschaft ober einer Rommanditgesellschaft (Artifel 85. und 150. des Allgemeinen Deutschen Handelsgesethuchs), sind verpflichtet, zu benjenigen Kreisabgaben beizutragen, welche auf den Grundbefit, das Gewerbe, den Bergbau oder das aus diesen Quellen fließende Einkommen gelegt werben.

Ein Gleiches gilt von den juriftischen Versonen, von den Kommanditgesellschaften auf Aftien und Aftiengesellschaften (Artifel 173. und 207. des Handelsgesethuche), sowie Berggewertschaften, welche im Kreise Grundeigenthum besitzen

oder ein stehendes Gewerbe oder Bergbau betreiben.

Der Fistus fann zu ben Rreisabgaben wegen feines aus Grundbefit, Gewerbe- und Bergbaubetrieb fließenden Ginkommens nicht herangezogen, dagegen mit der Grund- und Gebäudesteuer um die Sälfte desjenigen Prozentsates stärfer belaftet werden, mit welchem die Klaffen- und flaffifizirte Einkommensteuer dazu herangezogen wird. Im Falle bes S. 12. (Absat 2.) tritt biese Belaftung auch ohne Beschluß des Kreistages ein.

Bergwerksbefiter, welche in dem Umfange ihres Bergwerksbetriebes den in der Rlaffe A. I. der Gewerbefteuer veranlagten Gewerbtreibenden gleichstehen, tind zu den Steuerfähen der Klaffe A. I. einzuschätzen und nach Maßgabe dieser

Einschätzung zu den Kreisabgaben heranzuziehen.

S. 15.

Die Ginschätzung ber Forensen, der Bergwerksbesitzer, ber Kommanditaefellschaften auf Aftien, ber Aftiengesellschaften und der juristischen Bersonen zu den Kreisabgaben erfolgt, soweit sie zu ben, ber Bertheilung ber letteren zum Grunde gelegten Staatssteuern (§. 10.) nicht schon unmittelbar herangezogen find, von Dem Kreisausschuß, nach ben für die Beranlagung Diefer Staatssteuern bestebenden gesetzlichen Borschriften, unter Anwendung des für die Kreisabgaben be-Itunmten Antheilsverhaltniffes.

S. 16.

S. 16.

Unguläffigfeit einer felben Ginfommens.

Niemand darf von demfelben Einkommen in verschiedenen Rreisen zu den Doppe besteuerung bes. Rreisabgaben herangezogen werden. Es muß daher dasjenige Einkommen, welches einem Abgabenpflichtigen aus feinem außerhalb bes Kreifes belegenen Grundeigenthume, oder aus seinem außerhalb des Kreises stattfindenden Gewerbes oder Bergbaubetriebe zufließt, bei Feststellung des im Kreise zu veranlagenden Ginkommens besselben außer Berechnung gelaffen werden. Dies geschieht durch Absetzung der bezüglichen Einkommensquote von dem zur Staatssteuer veranlagten Gefammteinkommen und durch verhältnigmäßige Berabsetzung des festgestellten Steuersates.

S. 17.

Befreiung von ben Rreisabgaben.

Die bem Staate gehörigen, zu einem öffentlichen Dienste ober Gebrauche bestimmten Liegenschaften und Gebäude, die Königlichen Schlösser, sowie die im § 4. zu c. und d. des Gesetzes vom 21. Mai 1861., betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer (Geset-Samml. S. 253.) und die im S. 3. zu 2. bis 6. des Gesetzes vom 21. Mai 1861., betreffend die Ginführung einer allgemeinen Gebäudesteuer (Gefet Samml. S. 317.), bezeichneten Grundstücke und Gebäude find von den Kreislaften befreit.

Bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung bleiben die Dienstgrundstücke der Geiftlichen, Rirchendiener und Elementarschullehrer gleichfalls von den Kreislasten befreit. Auch ift bis zu diefer Regelung die Besteuerung des Diensteinkommens ber unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten nur in soweit zuläffig, als die Beiträge berfelben zu den Bedürfnissen der Gemeinde ihres Wohnorts nicht bereits bas in Gemäßheit ber SS. 2. und 3. des Gefetes vom 11. Juli 1822. (Gefets-Samml. S. 184.) bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb ber Grenzen des im G. 3. a. a. D. bestimmten bochften Sates. Ebenso findet der S. 10. des Gesetzes vom 11. Juli 1822. auf die Heranziehung zu den Kreisabaaben Unwendung.

S. 19.

Befdwerben wegen ber Beranlagung ber Rreisabgaben.

Beschwerden der Gemeinden und einzelner Kreisangehörigen wegen ihrer Beranziehung oder Beranlagung zu den Kreisabgaben unterliegen, mit Vorbehalt der Bestimmungen der §S. 78. und 79. Tit. 14. Th. II. des Allgemeinen Landrechts und des Gesetzes vom 24. Mai 1861., betreffend die Erweiterung des Rechtsmeges (Gesetz-Sammil. von 1861. S. 241. ff.), der Entscheidung des Berwaltungsgerichts; jedoch find Beschwerden wegen Ueberburdung zuvor beim Rreisausschusse (SS. 130. ff.) zur nochmaligen Prüfung und Entscheidung anzubringen.

> Dritter Abschnitt. Rreis-Statuten und Reglements.

> > S. 20.

Jeder Kreis ist befugt:

1) zum Erlaffe besonderer ftatutarischer Anordnungen über folche Angelegen. heiten des Kreises, hinsichtlich deren das gegenwärtige Geset Verschiedenbeiten

Sat Die Sun Kings. Longtonauden capacings. Matinger cas Singlanguing and it sofer cap 8 17 Sas Timb. andring you Know about topics for boar and It lafting on att 2 Its Jufe. " 10 The and 1873 the and plan be son of proper covering Six homisone a 10 Both 1870 in Side 3 certy I ide Six Tidamunings as Francisco anyies, to lever grande and stringer Circumf a 10 many 1879: as att 2 Ses Jugo 246007. Min ha fin 2 24 1870 pog 81 _ 87 (Sin Ally Sen in Sun Cive, and all : ad att 2 In Lyle . Capaigalan Fails Surfelle d. Dag 8221.7

beiten gestattet (SS. 104. Absat 2., 108. Absat 1., und 109.), oder bas Gesetz auf statutarische Regelung verweist, sowie über solche Angelegenbeiten, deren Gegenstand nicht durch Gesetz geregelt ist;

2) zum Erlaffe von Reglements über besondere Ginrichtungen bes Rreifes.

Zweiter Titel.

Von der Gliederung und den Aemtern des Kreises.

Erfter Abschnitt.

and no dan pundonte Allgemeine Bestimmungen. reindevorfteber friff und baß

ed medandnedmental eid mit and S. 21.

Die Rreise, mit Ausnahme der Stadtfreise (SS. 4. und 169.), zerfallen in Glieberung bes Kreises.

Amtsbezirke, beziehungsweise in Stadt - und Amtsbezirke.

Die Amtsbezirke bestehen aus einer oder mehreren Landgemeinden ober aus einem oder mehreren Gutsbezirken, beziehungsweise aus Landgemeinden und Butsbezirken.

Un der Spike der Verwaltung des Kreises steht der Landrath, an der Spite ber Berwaltung des Amtsbegirfes ber Amtsvorsteher, an der Spite ber Berwaltung der Gemeinde der Gemeindevorsteher. Für den Bereich eines felbst-ständigen Gutsbezirks führt der Gutsvorsteher die dem Gemeindevorsteher obliegende Verwaltung.

Bortreuler abschnitt.

Bon dem Gemeindevorsteher- und dem Schöffenamte, fowie von ber Ortsverwaltung der felbstftandigen Gutsbezirfe.

§. 22.

Der Gemeindevorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorfrichter) und zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, und Schöffen. Gerichts- oder Dorfgeschworene), welche den Gemeindevorsteher in den ihm obliegenden Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungefällen zu vertreten baben.

Wo die Zahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes nach den bestehenden

Bestimmungen eine größere ift, verbleibt es bei berfelben.

Auch fann auf Antrag ber Gemeinde die Zahl der Schöffen durch den Rreisausschuß nach Anhörung des Amtsvorstehers vermehrt werden.

§. 23.

Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeinde- a) Bahl berfelben, versammlung beziehungsweise ber Gemeindevertretung aus ber Bahl ber ftimmberechtigten Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Bater und Sohn durfen nicht gleichzeitig Mitglieder bes Gemeinde-

vorstandes sein.

(Nr. 8080.)

Die

Bemeinbevorfteber

Die Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift des diesem Gefete beigefügten Wahlreglements.

6. 24.

Die Wahl ber Gemeindevorsteher und ber Schöffen erfolgt auf sechs Tabre.

S. 25.

Wegen der Verpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen der Gründe für die Ablehnung des Amtes eines Gemeindevorstehers ober Schöffen, und wegen der Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung finden die Vorschriften des S. 8. mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages die Gemeindeversammlung, beziehungsweise die Gemeindevertretung und an die Stelle des Kommissarius des Kreistages der Gemeindevorsteher tritt und daß ftatt einer Erhöhung der Kreisabgaben eine folche für die Gemeindeabgaben beschlossen werden kann.

§. 26.

) Beftätigung felben.

ber Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bedürfen der Bestätigung durch den Landrath.

Vor der Bestätigung ist der Amtsvorsteher mit seinem Gutachten zu

hören.

Die Bestätigung kann unter Zustimmung bes Kreisausschuffes versagt merden.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Vorschlag des Amtsvorstehers unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet statt, wenn teine Wahl zu Stande kommt.

Die Gemeindevorsteher und die Schöffen werden vor ihrem Umtsantritte) Bereibigung von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

§. 28.

Dienstuntoften. Ent-

Die Gemeindevorsteher haben Anspruch auf Ersat ihrer baaren Auslagen schädigung derfelben. und auf die Gewährung einer mit ihren amtlichen Mühewaltungen im billigen Verhältnisse stehenden Entschädigung.

Die Aufbringung derfelben liegt der Gemeinde ob.

Alle fortlaufenden Geld = und Naturalbeiträge des Gutsberrn zur Remu-

neration des Gemeindevorstehers fallen fort.

Landdotationen, welche für die Verwaltung des Schulzenamts ausgewiesen find, können auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes nicht zurückgefordert werden. Sind folche Landdotationen allein oder in Verbindung mit Geld- oder Natural. Beiträgen von dem Gutsherrn gewährt, so ist berselbe berechtigt, hierfür von dem Gemeindevorsteher auch ferner die Wahrnehmung der Gutsvorstehergeschäfte beziehungsweise die Vertretung hierbei in dem bisherigen Umfange (S. 31. Abfat 3.) zu fordern.

Der

Die Wahier exfolgen mach näherer Borgwiff von diesem Geseige beigefüg im Webbreglemens.

€ 24

Die Wahl ber Gemeindevorsieher und ber Schöffen erfolgt auf fechs

£. 25

Wegen der Berpflichtung zur Llebemahme, jowie wegen der Gründe für die Ribiehnung des Amtes eines Gemeindevorsiehers, oder Schöffer, und wegen der Folgen einer angerechtsertigten Ablehnung finden die Borschriften des § 8 mit der Maßgade entsprechende Anwendung, des an die Stelle des Kreistaged die Gemeindeversammlung, beziehungsweise die Gemeindevorsteher fritt und daß stelle des Kommissarius des Kreistages der Gemeindevorsteher fritt und daß statt einer Erhöhung der Kreisdagsden eine solche für die Gemeindendgaben des schossen werden kann

S. 26.

Die gewählten Geneindeworsteber und Schöffen bedfiefen ber Bestätigung burch ben Landenth.

Bor ber Bestätigung ift ber Amtsvorsteher mit seinem Gutachten gu

Die Beställigung, fann unter Zustimmung bes Kreibausschuffes versogt

Much die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzubedner. Erhält auch diese Bestätigung nicht, so ernennt der Andrath auf den Vorschüng des Arcisausschunges einen Sectivertreier auf so lange, die eine ceneurrie Wahl die Bestätigung erlangt dat.

Landle findet part, went feine Wood in Stande forfink

S. 27

Die Gemeindevorlieber und die Schöffen werben vor ihrem Amisanteilte von bem Landrathe aber in feinem Auftrage von dem Amisvorsteber vereidigt.

S. 28

Die Gemeindevorsteher baben Ampruch auf Eriah ihret baaren Ametagen und auf die Gemährung einer mit ihren amilikhen Mühemallungen im billigen Berhältaisse stehenden Entschäftigung

Die Alufbringung berielben liegt der Ganminde ob

Allie fortlingenden Geld und Raturalbeitrage bes Ginsberen zur Remu-

neration des Gemeindenorstehers fallen forti

Tanesstationen, welche jur die Berwaltung des Schulzenants gusgewiesen lind, können auf Grund des gegenvärtigen Gesess nicht zurückgefordert werden. Sind solche Inndoorationen allem oder in Berbindung nicht Gelde oder Rechtungle Beiträgen von dem Gutsberen gewährt, so ist derfelde berechtigt, hierfür von dem Guneindevorsteher nicht seiner die Währiebnung der Gutsbertstehergeschäfte beziehungsweise die Bertretung hierbeit midem disherigen Umfange (§ 14. Lissian 3.) zu fordert.

Der

Der Gutsherr wie die Gemeinde kann die Lösung eines derartigen Berhältniffes gegen Fortfall der Geld- und Natural-Beiträge und gegen Entschädigung für die Landdotationen verlangen. Der Gemeinde steht dabei das Recht zu, statt der Gewährung einer Entschädigung die Landdotation herauszugeben.

In Betreff der Auseinandersetzung kommen die Vorschriften der §§. 41. bis 45. mit der Maßgabe zur Anwendung, daß zu den im ersten Absatz des

S. 45. erwähnten Roften auch die Gutsherren Nichts beizutragen haben.

Die Schöffen haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu verwalten und nur auf den Ersat baarer Auslagen Anspruch.

S. 29.

Der Gemeindevorsteher ist die Obrigkeit des Gemeindebezirkes und, sofern Rechte und Pflichten er nicht zugleich selbst Amtsvorsteher ist (S. 56. Albsat 5.), das Organ des Amts. bes Gemeindevorstehers.

vorstehers für die Polizeiverwaltung.

Der Gemeindevorsteher hat vermöge dessen das Necht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig macht, das dazu Erforderliche vorläufig anzuordnen und ausführen zu lassen (§. 79.).

A mean Aranthel ober out of S. 30. 1 sing rado listeness maney (A

Der Gemeindevorsteher hat das Recht und die Pflicht:

- 1) der vorläufigen Festnahme und Verwahrung einer Person nach den Vorschriften des §. 2. zu 1. und §. 6. des Gesehes zum Schuhe der personlichen Freiheit vom 12. Februar 1850. (Geseh-Samml. S. 45.). Er hat aber von einer solchen Festnahme sosort und spätestens innerhalb zwölf Stunden dem Amtsvorsteher Anzeige zu machen, welcher über die Aufrechthaltung der Gewahrsam ungesäumt zu entscheiden und das Weitere nach den Vorschriften des angeführten Gesehes anzuordnen hat;
 - 2) die unter Polizeiaufficht stehenden Personen zu beaufsichtigen;
 - 3) die ihm vom Amtsvorsteher, der Staats- oder Polizeianwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Maßregeln auszuführen und Verhandlungen aufzunehmen;

4) die in den SS. 8. ff. des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842. (Gesetz-Samml. für 1843. S. 5.)

vorgeschriebene Meldung entgegenzunehmen.

§. 31.

Für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks ist der Besitzer des Guts zu den Pflichten und Leistungen verbunden, welche den Gemeinden für den Be-

reich ihres Gemeindebezirkes im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen.

Derfelbe hat insbesondere die in den §§. 29., 30. und 79. aufgeführten obrigkeitlichen Befugnisse und Pflichten entweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes befähigten Stellvertreter auszuüben. Der letztere muß seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Nähe haben.

Gutsvorsteher.

Es können jedoch auch außer dem im §. 28. Absat 4. vorgesehenen Falle Seitens des Besitzers des Guts fämmtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte an den Vorsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beider Zustimmung gegen eine angemessene Entschädigung übertragen werden.

Ehefrauen werden ruckfichtlich ber angeführten Rechte und Pflichten burch ben Chemann vertreten, Kinder unter väterlicher Gewalt durch ben Bater,

Pflegebefohlene durch ihren Vormund oder Kurator.

§. 32.

Die Bestellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn

1) das Gut einer juristischen Person, einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien gehört, oder wenn mehrere Mitbesitzer sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll;

2) der Gutsbesitzer fein Angehöriger des Deutschen Reichs ist;

3) derfelbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in bessen unmittelbarer Nähe hat,

pher

4) wegen Krankheit oder aus anderen in seiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

Für die von dem Hauptgute entfernt gelegenen Theile eines selbstständigen Gutsbezirkes fann von dem Kreisausschusse die Bestellung besonderer Stellvertreter angeordnet werden, sofern dies für eine ordnungsmäßige örtliche Verwaltung erforderlich ist.

§. 33.

Der Gutsbesitzer beziehungsweise der Stellvertreter wird in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe oder

in deffen Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

S. 34.

Unterläßt der Besitzer des Guts in den im S. 32. angegebenen Fällen oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder besindet er sich im Konkurse, oder besindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, so steht dem Landrathe unter Zustimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

S. 35.

Dienstwergehen ber Hinschtlich der Dienstvergehen der Gemeindevorsteher, Schöffen und Guts.

Gemeindevorsteher, vorsteher finden die Vorschriften des Gesehes vom 21. Juli 1852. (Geseh-Samml. vorsteher.)

Schöffen und Guts.

S. 465.) mit der Maßgabe Unwendung, daß

1) an die Stelle der Bezirksregierung der Kreisausschuß, an die Stelle des Präsidenten der Bezirksregierung der Landrath, an die Stelle des vor-

and 670 mm

Es können jeboch nuch außer bem im § 28. Abieb 4. vergestebenen Falle Seitens bes Besignes bes Guis fannntliche ober einzelne Butisvorftehergeschäfte an ben Borfleber einer benachbarten Gemeinde unter Weiber Justimmung gegen eine angemellene Enischabigung übertragen werben.

Shefrauen werben rudfiehtlich ber ungeführten Rechte und Diflichten durch ben Gemann vertreten, Kinder unter vaterlicher Gewalt birtig ben Bater,

Pilegebesobsene durch ihren Bonnund ober Kurator

6. 32.

Die Bestellung eines Stellvertreiers muß, erfolgen, wenn

1) das Gut einer juristischen Berson, einer Altiengesellschaft, ober einer Kommanditzesellschaft auf Africa gehört, aber wernen mehrere Wilbestger sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvortebers wahrnehmen soll;

2) ber Gutsbefiger fein Angeboriger bes Deutschen Reichs ift,

3) berfelbe nicht seinen beständigen Alusenthalt im Gutakezirke abeneite defickt unmittelbarer Dabe bat,

ober

4) wegen Rrantheit ober aus anderen in feiner Person liegenden Grunden außer Stande ift, Die Pflichten eines Gulsvorftebers zu erfüllen.

Jur die von dem Hauptgute inkeint gelegenen Theile eines selbstffandigen Gutsbezirkes kann von bem Streisanssouffe die Bestellung besonderen Gutlicherteter augeordnet werden, sosen dies für eine ordnungsmäßige örtliche Berwaltung erforderlich ist.

\$ e33; are among their and brook in

Der Gutsbesiger beziehungsweise der Stellvertreiter wird in kindt Eigelbichaft als Gutsvorzeher von dem Landrade dertätigt. Die Vestätigung Linaumer Zustimmung des Kreisausschusses verlagt werden

Der Gutkvorsteher wird vor seinem Amisantritte von dem Candiante ober in dessen Auftrage von bein Amisvorsteher vereidigt.

\$ 34., section officially begins buttimars

Unterläßt der Besitzer des Guts in den im § 32. angegebenen Fällen oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteber versagt worden ift, die Bestellung eines Stellvertreters, oder besitcher er fich im Konklitte; dber bestibet er fich nicht im Besitz der bitrgerlichen Ehrenrechte, so steht dem Lambeathe unter Bustinnisting bes Kreisausschusses die Ernennung des Stellversteters auf Rosen des Bestihers zu.

S. 35

Sinsichtlich ber Dienstorigeben ber Gemeindevorfichet, Schaffen und Gutsfleber finden die Boricheiten bes Gefetzt vom 21, 1941, 1852 (Geieb Binning).

1) an die Stelle ber Begirferegierung ber Arcibaibidus, op ibe Stelle bei Prafibenten ber Begirferegierung ber Landucte, gerein Gialle bes por

geseihten Ministers der Borsitzende des Verwaltungsgerichts und an die Stelle des Staatsministeriums das Verwaltungsgericht tritt;

- 2) das Verfahren mit Rudsicht auf den Ausfall der Voruntersuchung nur durch Beschluß des Kreisausschusses eingestellt werden kann;
- 3) bas Gutachten bes Disziplinarhofes nicht einzuholen ist;
- 4) die Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichte in mündlichem Verfahren stattfindet;
- 5) ein Vertreter der Staatsanwaltschaft für die Berufungsinstanz von dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichts ernannt wird;
- 6) Beschwerden über Disziplinarverfügungen des Landraths der Entscheidung des Berwaltungsgerichts unterliegen.

Dritter Abschnitt.

Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamtes.

§. 36.

Die mit dem Besitze gewiffer Grundstücke verbundene Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen- (Richter-) Umtes ist aufgehoben.

§. 37.

In Folge der Aushebung der im §. 36. gedachten Berechtigung und Verpflichtung treten auch diejenigen Festsehungen außer Kraft, welche in Folge der Zerstückelung von Lehn. und Erbschulzengütern nach §. 16. des Gesetzes vom 3. Januar 1845. (Gesetze Samml. S. 25.) über die Verbindung der Verwaltung des Schulzenamtes mit dem Besitze eines der Theile des zerstückelten Grundstücks oder die Ausweisung eines auskömmlichen Schulzengehalts in Grundstücken oder in Geld, beziehungsweise die Vertheilung des Geldbeitrages auf die einzelnen Trennstücksbesitzer getroffen worden sind.

§. 38.

Grundstücke, Gerechtigkeiten und Einkunfte, welche den Schulzengutsbesitzern erweißlich von der Gemeinde selbst für die Amtsverwaltung verliehen sind, fallen an die Gemeinde zurück.

6. 39.

Schulzengutsbesitzer für die Verwaltung des Schulzenamtes in Beziehung auf die aus dem Kommunalverbande oder aus anderen Verbänden, z. B. dem Kirchenund Schulverbande, entspringenden Dienste und Abgaben, der Gemeinde oder deren Mitgliedern gegenüber bisher zustanden.

Auf weitere Bergütigungen hat die Gemeinde teinen Anspruch.

(Nr. 8080.) 92* §. 40.

§. 40.

Die Beziehungen zwischen dem Besitzer bes Schulzenguts und dritten Der-

fonen werden von den Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

In keinem Falle können jedoch Grundstücke, Gerechtigkeiten oder Befreiungen, welche dem Schulzengute, wenngleich mit Beziehung auf die dem Besitzer zustehende Verwaltung des Schulzenamtes, von Dritten, insbesondere von dem Landesherrn oder von Gerichts oder Gutsherren, sei es dei der Fundation des Schulzenguts oder später, ohne ausdrücklichen Vorbehalt des Widerrufs verliehen worden sind, sowie die etwa an Stelle der verliehenen Gerechtigkeiten und Freiheiten getretenen Landabsindungen oder sonstigen Entschädigungen von den Verleihern oder deren Rechtsnachsolgern in Unspruch genommen und zurückgefordert werden. Dieselben verbleiben vielmehr dem Schulzengutsbesitzer auch nach Aussehung der mit dem Schulzengute verbundenen Amtsverwaltung.

\$. 41.

Die nach den §§. 38. und 39. etwa erforderliche Auseinandersehung zwischen der Gemeinde und dem Schulzengutsbesitzer wird durch einen von dem Kreisausschusse zu ernennenden Kommissarius bewirkt.

Der über die Auseinandersetzung aufzunehmende Rezeß unterliegt der Prü-

fung und Bestätigung des Kreisausschuffes.

Die mit bem Befine gemiffer (. 142.) flude verbumbene Berechtigung und

Entstehen bei dem Auseinandersetzungsverfahren (§. 41.) Streitigkeiten darüber, ob mit einem Grundstücke die Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamtes verbunden ist, oder ob und welche Grundstücke, Gerechtigkeiten, Vorrechte oder Befreiungen der in den §§. 38. und 39. gedachten Art zurück zu gewähren, beziehungsweise aufzuheben sind, oder wird die Vollziehung des Rezesses von den Betheiligten verweigert, so sind die Verhandlungen zum weiteren Versahren und zur Entscheidung an die betreffende Auseinandersetzungsbehörde abzugeben.

Auf eine Appellation von der Entscheidung der Generalkommission beziehungsweise des betreffenden Spruchkollegiums für landwirthschaftliche Angelegenheiten des Regierungsbezirks erkennt das Revisionskollegium für Landeskultursachen endaültig und findet gegen dessen Entscheidung weder ein ordentliches noch

ein außerordentliches Rechtsmittel statt.

Bor der Entscheidung in erster und zweiter Instanz ist das Gutachten des Kreisausschusses einzuholen und den Betheiligten zur Erklärung mitzutheilen.

S. 43.

Ist das Auseinandersetzungsverfahren zufolge S. 42. auf die Auseinandersetzungsbehörde übergegangen, so steht dieser Behörde auch die Aufnahme, Prüfung und Bestätigung des Rezesses zu.

§. 44.

In Betreff des Verfahrens (§§. 41—43.), sowie der Wirkung und Ausführung der Rezesse, gelten die hinsichtlich der Ablösung der Reallasten und der Regulirung der gutsherrlichen Verhältnisse bestehenden Vorschriften.

9. 45.

67% ---

Die Beglebungen prifichen bein Befitzer Ged Schulzenguts und eritten Be

In feinem Falle können jedoch Grundswick, Gerechaffeiten oder Befreiungen, welche dem Schulzengute, menugteich mit Beiebung und die dem Beitzer zusiehende Verwaltung des Schulzenanntes, von Britten, insbesondere von dem Landesbeiten oder hat der Guntamenten, fei es bei der Fluidation des Schulzenguts oder später, ohne ausdrücklichen Vorbeholt des Widerrufs verlieben worden sind, sowie die etwa au Stelle der verliebenen Gerechtigkeiten und Freiheiten getretenen Landabsindungen oder sonligen Enischäugungen von den Perteihen oder derem Nergieben verlieben verlieben den kandigengutsbesiber auch Aufbedung der mit dem Schulzengute berbundenen Indspektung

medaga an analismania

Die nach den §§. 38, und 39, etwa erforderliche Auseinandersenung zwischen ber Gemeinde und bein Schulzengutsbesitzer wird durch einen von dem den abeitaus.

Der uber die Ausemandersehung weigelnehmende Mejeg unterliegt ber Dru-

jung und Weitstigung des Atreisausschuffes

S. 42.

Entfieben bei bein Mitselndijbersetungsverfadnen af ich) Citaritigktien Richtet, ob mit einem örzundfüde die Weipplichtung zur Werweitung der Stadischen amles verbunden ist, ober od nich welche Gentalftunge Gentalischen, Woereichte ober Befreiungen der in view \$\xi\$ 38. und 30° genübtze, Aus genücken, Woereichte ober Befreiungen der in view \$\xi\$ 38. und 30° genübtze, Aus genücken, Woereichte ober Befreiungenverse aufzuheben find; ober wird bie Weitzellungen gent des Keerinst und ver Betreitigten verweigert, so glieb die Verhandslüngen zum weitzeren Abeitschlingen und Entschlichtung auf die betreifende Auseinanderleitungsbehörde abstreitenen.

Sinf eine Appellation von der Ertlicheidung der Genzeg konunisione bestehungsweise bes berreffenden Spreichfollsquinns the landtvicks haftige Almerlagens heiten bes Regieningsbezisch bertennt bas Akvillopistolleging für Konderkullurjachen endgültig und findet gegen dessen Euffinktioning weber ein ordenisiches müch

ein außerordentliches Rechtsmittel flatt.

Bor der Entscheidung in erstet und zweiser Instimit ift das Gutachen des Kreisonskouses einzuholen und den Beihrtigten zur Ertschung mitgabeiten

S. AR.

fetungsbehörde übergegangen, so steht diesen Behörde auch die Mufnabne, Prüfung und Bestätigung des Mezestes au wanner anschaften.

S. 24.

An Betreff des Berfahrens (SS. 41--43.4)m famis der Beitlung und Nude führung der Rezesse, gelten die hinlichtlichen Lindschmung der Mealkaften und der Regultung der gutsberriichen Berhältunge bestehen Tooclaneben.

5. 45.

6. 45.

Bu ben Rosten, welche die Ausführung ber in diesem Gesetze den Rreis. ausschüffen und beren Kommiffarien übertragenen Geschäfte verursacht, haben die Gemeinden und die Schulzengutsbesitzer nichts beizutragen.

Für das Berfahren bei ben Auseinandersetzungsbehörden gelten bie für bie-

felben bestehenden Rostenbestimmungen.

Dierter Abschnitt.

Bon den Amtsbezirken und dem Amte der Amtsvorsteber.

§. 46.

Die Polizei wird im Namen des Königs ausgeübt. Aufhebung ber gute-Die gutsherrliche Bolizeigewalt ift aufgehoben.

berrlichen Polizeiverwaltung.

§. 47.

Behufs Verwaltung der Polizei und Wahrnehmung anderer öffentlicher Amtsbezirke. Angelegenheiten wird jeder Kreis, mit Ausschluß der Städte, in Amtsbezirke

6. 48.

Für die Bilbung der Amtsbezirke gelten folgende Grundfäte:

Bilbung ber Amts.

- 1) Jeder Amtsbezirk foll thunlichst ein räumlich zusammenhängendes und bezirke.
 abgerundetes Flächengebiet umfassen, dessen Größe und Einwohnerzahl bergestalt zu bemeffen ift, daß seinerseits die Erfüllung der burch bas Geset der Amtsverwaltung auferlegten Aufgaben gesichert, andererseits die Umnittelbarkeit und die ehrenamtliche Ausübung der örtlichen Berwaltung nicht erschwert wird.
- 2) Gemeinden, welche eine den Bestimmungen des Gesetzes entsprechende Amtsverwaltung aus eigenen Kräften herzustellen vermögen, find, wenn nicht die örtliche Lage die Zuschlagung anderer Gemeindes oder Gutsbezirke nothwendig macht, auf ihren Antrag zu einem Amtsbezirke zu erflären.
- 3) Gutsbezirke von abgesonderter Lage, welche ohne wesentliche Unterbrechung ein räumlich zusammenhängendes Gebiet von erheblichem Flächeninhalte umfassen, können auf Antrag ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl unter den übrigen Voraussetzungen der Nummern 1. und 2. zu Amtsbezirken erklärt werden.

4) Alle übrigen Gemeinden und Gutsbezirke werden zu Amtsbezirken pereinigt. Insbesondere follen Gemeinden und Gutsbezirke, welche eine örtlich verbundene Lage haben, zu einem und demfelben Amtsbezirfe gehören.

Bei Abgrenzung der zusammengesetten Umtsbezirke ift möglichft darauf zu achten, daß die innerhalb der Kreise bestehenden Berbande (Kirchspiele, Schulverbande, Wegebaubezirke u. f. w.) nicht zerriffen werben.

§. 49.

Die Bildung der Amtsbezirke, sowie die etwa erforderliche Abanderung derfelben erfolgt nach Anhörung der Betheiligten, auf Vorschlag des nach diesem Gesetz gewählten Kreistages, durch den Minister des Innern.

Die Revision und endgültige Feststellung, sowie jede spätere Abanderung berselben sindet nach näherer Vorschrift der zu erlassenden Provinzials

ordnung statt.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Amtsbezirksgrenzen sind, ziehen die Beränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

§. 50.

Organe ber Amts. verwaltung.

Die Organe der Amtsverwaltung in den Amtsbezirken sind nach näherer Vorschrift dieses Gesehes der Amtsvorsteher und der Amtsausschuß.

6. 51.

Umtsausschuß.

Für die Bilbung des Umtsausschusses gelten bis zum Erlaß der Landgemeindeordnung folgende Bestimmungen:

1) In den zusammengesetzten Amtsbezirken besteht der Amtsausschuß aus Bertretern sämmtlicher zum Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke.

Die Vertretung der Gemeinden erfolgt zunächst durch den Gemeindevorsteher, sodann durch die Schöffen und, wenn auch deren Zahl nicht ausreicht, durch andere von der Gemeinde zu wählende

Mitglieder.

Die Zahl der von jeder Gemeinde zu entsenden Bertreter, sowie der jedem Gutsbezirke einzuräumenden Stimmen wird mit Rücksicht auf die Steuerleistungen und die Einwohnerzahl durch ein nach Anhörung der Betheiligten auf den Borschlag des Kreisausschusses von dem Kreistage zu erlassendes Statut geregelt.

Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk ift wenigstens durch einen

Abgeordneten zu vertreten.

2) In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde bestehen, nimmt die Gemeindeversammlung beziehungsweise Gemeindevertretung die Geschäfte des Amtsausschusses wahr.

3) In benjenigen Umtsbezirken, welche nur aus einem Gutsbezirke bestehen,

fällt der Amtsausschuß weg.

S. 52.

Bu den Befugnissen des Amtsausschusses gehört:

1) die Kontrole sämmtlicher und die Bewilligung berjenigen Ausgaben der Amtsverwaltung, welche vom Amtsbezirke aufgebracht werden (§§. 69. und 70., Absat 4.);

2) die Beschlußfassung über diejenigen Polizeiverordnungen, welche der Amtsvorsteher unter Mitwirfung des Amtsausschusses zu erlassen befugt ist (§. 62.);

3) die

3) bie Aleuherung über Abanderungen bes Amisbnirke (G. 49.)

unter de bie Bestellung, sowie die Wahl besonderer Kommissionen oder Komunter in Mingeleg jurt Bordereitung und Ausführung von Seschlässen des

sorie 59 de Medicharfiafung über fonktige Angelegenheiten, welche ber Amtoingmoorderfeizen mis dem Kreife faner Amtsbefugnisse dem Linusausschusse zu biesem Awerke unterbreitet.

Der Brenzen der letteren abne Pleitere

Die zu einem Amisbezirfe gehörigen Gemeinden und Gutsbezirfe find befugt, burch übereinstlimmenden Beschluß einzelne Kommunalangelegenheiten dem Amis-

Petude aus abermeifen in alletini

Hebereinsteinen Aufbringungsmaßstab nicht geschlich feststeht, so muß sich die Ulebereinstimmung der Betbeiligten auch auf den Aufbringungsmaßstab erstrecken auch auf den Aufbringungsmaßstab erstrecken auch durch bei Aufbringungsmaßstab erstrecken auch durch bei Beschiebenbeiten steht alsbam die Beschüngkassung dem Ausbringungsmaßstab erstrecken steht alsbam die Beschüngkassung dem Ausbringungspassung dem

that I done reduiently mentions of the

Der Amisvorskeher beruft den Amisausichung und nubit den Woring mit volkenen Sihmusichebenu Die Gigumacherdes Amisausichusses sind öffentlich. Für inzestren Begrentisinde, dann dustren einem irrigebrimer Schung zu fassenden Beschüß

Phr Differ thach bein jours co ich boil en o werden i

Die Beichliffe des Liebsausschaftes werden nach Westchen der Simmen

gefaßt -Dei Asimmengleichartrobili der Antrag als abgelehnt

medelle I come men (Memeruse I elleben

hander die einem Bereit Morferen Bedricht biefes Gefekes den Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsamen Lingelegenheiten Teher dem Antsverdande die Rechte einer Anthoragionischen Africa Korporation, wich macht Linken dere Antsversteher Vertreier

Urfunden, welche das Ami verpflichten joilen, find von dem Amisborfleher und minbestens einem Mitgliebe des Wertsausschusses nater Anzubenng des betreffenden Reichtusses des Anathausklausken im vollzieden.

Dergemgen Binggaben ber

Ber Amigvoritener wird von bem Oberpuntognun annannt.

The Emerging effolgt and Charles and Received by Marie and Charles and Charles

(Nr., 8080.)

3) die Aeußerung über Abanderungen des Amtsbezirkes (g. 49.);

4) die Bestellung, sowie die Wahl besonderer Kommissionen oder Kommissarien zur Vorbereitung und Ausführung von Beschlüssen des Amtsausschusses;

5) die Beschluffassung über sonstige Angelegenheiten, welche der Amtsvorsteher aus dem Kreise seiner Amtsbesugnisse dem Amtsausschusse zu diesem Zwecke unterbreitet.

jeben Ehnisbegiet wird. 58. Jan für bie Ernemma bes Mule

Die zu einem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke sind befugt, durch übereinstimmenden Beschluß einzelne Kommunalangelegenheiten dem Amtsbezirke zu überweisen.

Handelt es sich hierbei um Aufbringung von Abgaben Seitens des Amtsbezirks, deren Aufbringungsmaßstab nicht gesetzlich feststeht, so muß sich die Uebereinstimmung der Betheiligten auch auf den Aufbringungsmaßstab erstrecken.

Ueber folche dem Amtsbezirke überwiesene Kommunalangelegenheiten steht alsdann die Beschluffassung dem Amtsausschusse zu.

. 54.

Der Amtsvorsteher beruft den Amtsausschuß und führt den Vorsitz mit vollem Stimmrechte. Die Sitzungen des Amtsausschusses sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Amtkaußschuß kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Eine Außnahme hiervon sindet statt, wenn die Mitglieder, zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berusen, dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Berusung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

Die Beschlüffe des Umtsausschuffes werden nach Mehrheit der Stimmen

gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag als abgelehnt.

§. 55.

Für die nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes den Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsamen Angelegenheiten stehen dem Amtsverbande die Rechte einer Korporation zu. Die Korporation wird nach Außen durch den Amtsvorsteher vertreten

Urkunden, welche das Amt verpflichten sollen, sind von dem Amtsvorsteher und mindestens einem Mitgliede des Amtsausschusses unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Amtsausschusses zu vollziehen.

§. 56.

Der Amtsvorsteher wird von dem Oberpräsidenten ernannt.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borschlägen des Kreistages, in a) Berusung besselchen.
welche aus der Zahl der Amtsangehörigen die zu Amtsvorstehern besähigten
Personen aufzunehmen sind.

(Nr. 8080.)

In welcher Art eine Vervollständigung dieser Vorschläge erfolgen kann, bestimmt die Provinzialordnung.

Die Ernennung erfolgt auf fechs Jahre. Der Amtsvorsteher wird von

dem Landrathe vereidigt.

In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde oder einem felbstständigen Gutsbezirke bestehen, ist der Gemeinde beziehungsweise Gutsvorsteher zugleich Amtsvorsteher.

S. 57.

b) Stellvertretung bes. felben

Für jeden Amtsbezirk wird nach den für die Ernennung des Amtsvorstehers geltenden Bestimmungen (S. 56.) ein Stellvertreter des Letzteren ernannt.

Ist der Amtsvorsteher an der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so hat der Stellvertreter dieselben zu übernehmen; der Landrath ist hiervon zu benachrichtigen, sobald die Verhinderung länger als drei Tage dauert.

Erledigt sich das Umt des Amtsvorstehers, so tritt bis zur Ernennung

seines Nachfolgers der Stellvertreter für ihn ein.

Findet sich im Amtsbezirke keine zur Ernennung als Stellvertreter geeignete Person, so hat der Kreisausschuß die Stellvertretung einstweilen einem der besnachbarten Amtsvorskeher oder, nach vorherigem Einvernehmen mit der städtischen Vertretung, dem Bürgermeister einer benachbarten Stadt zu übertragen. Eine gleiche Anordnung ersolgt für den Fall des gleichzeitigen Abganges oder der gleichzeitigen Behinderung des Amtsvorskehers und seines Stellvertreters.

Ist der Amtsvorsteher bei der Erledigung eines Amtsgeschäftes persönlich betheiligt, so hat der Kreisausschuß den Stellvertreter oder einen der benach-

barten Amtsvorsteher damit zu betrauen.

In den Gemeinden, welche einen eigenen Amtsbezirk bilden, vertritt nach der Bestimmung des Kreisausschusses einer der Schöffen den Gemeindevorsteher in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher.

S. 58.

Bestellung kommissarischer Umtevorsteher.

Ist nach der Erklärung des Kreistages für einen Amtsbezirkt weder eine zum Amtsvorsteher geeignete Person zu ermitteln, noch die zeitweilige Wahrenehmung der Amtsverwaltung durch den Vorsteher eines benachbarten Amtsbezirkes, oder durch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt thunlich, so bestellt der Oberpräsident auf Vorschlag des Kreisausschusses einen kommissarischen Amtsvorsteher.

Für die Uebernahme der Verwaltung eines benachbarten Amtsbezirkes durch einen Bürgermeister ist die Zustimmung der städtischen Vertretung er-

forderlich.

Sofern die Verhältnisse es gestatten, kann ein kommissarischer Amtsvorsteher mit der Verwaltung zweier oder mehrerer Amtsbezirke gleichzeitig beauftragt werden.

S. 59.

Der Amtsvorsteher verwaltet:

1) die Polizei, insbesondere die Sicherheits-, Ordnungs-, Sitten-, Gesundheits-, Gesinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Feld-, Forst-, Fischerei-,

Obliegenheiten bes Umtsvorstehers.

as 369 Sie surlang to Tupineming the Guest and project wird in could a jishin , woneys wie wind aines Guarmines Cufagar Sing vin Jufine with the Jumes in a maderly wiful (35:002 San Friedom) Cut. 2. St. Line , 16 Juni 1876 9 24 26. 24- 1876 2 ag 149

Gewerbe-, Bau-, Feuer-Polizei u. f. w., soweit sie nicht burch besondere Gesetz bem Landrathe ober anderen Beamten übertragen ist;

2) die sonstigen öffentlichen Angelegenheiten des Amts nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes.

§. 60.

Der Amtsvorsteher hat das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sein Einschreiten nothwendig macht, das Erforderliche anzuordnen und ausführen zu lassen (§. 79.).

S. 61.

In Beziehung auf die öffentlichen Wege hat der Amtsvorsteher dafür zu sorgen, daß dieselben im vorschriftsmäßigen Zustande erhalten werden und daß der Verkehr auf denselben nicht behindert werde. Sind dazu Leistungen ersorderlich, so hat er den Pflichtigen zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten binnen einer angemessenen Frist aufzusordern, und wenn die Verbindlichkeit nicht bestritten wird, nach fruchtlosem Ablauf der Frist das zur Erhaltung des gefährdeten oder zur Wiederherstellung des unterbrochenen Verkehrs Nothwendige für Rechnung des Verpflichteten zur Ausführung zu bringen. Sehn dies liegt ihm auch ohne vorgängige Ausschreung des Verpflichteten ob, wenn dergestalt Gefahr im Verzuge ist, daß die Ausführung der vorzunehmenden Arbeit durch den Verpflichteten nicht abgewartet werden kann.

Wird die Verpflichtung zu einer Handlung ober Leistung in Beziehung auf den Wegebau, welche im Interesse des öffentlichen Verkehrs nothwendig ist, von dem dazu Aufgeforderten in Abrede gestellt, so hat der Amtsvorsteher, wenn nach seinem pflichtgemäßen Ermessen die Arbeit dis zur Feststellung der Verpflichtung nicht aufgeschoben werden kann, wegen Ausstührung des Nothwendigen Anordnung zu tressen, zugleich aber eine Instruktion der streitigen Verhältnisse mit Zuziehung der Betheiligten vorzunehmen. Wird dabei die Nothwendigkeit einer Leistung an sich oder in dem gesorderten Maße bestritten, oder ist es streitig, ob ein Weg ein öffentlicher oder ein Privatweg sei, so ist in dem kontradiktorischen Versahren das öffentliche Interesse durch den Amtsvorsteher wahrzunehmen.

Gehören die Betheiligten verschiedenen Amtsbezirken, beziehungsweise Amts, und Stadtbezirken des Kreises an, so bestimmt der Kreisausschuß denjenigen Amtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, welcher die nothwendigen Anordmungen zu treffen, die Instruktion zu führen und im kontradiktorischen Berschweise der Antwerkentschaften der Schweise der Gebergeren der Ge

fahren das öffentliche Interesse wahrzunehmen hat.

Der Amtsvorsteher, beziehungsweise der Bürgermeister, hat die geschlossenen Verhandlungen, wenn eine gütliche Regulirung nicht gelingt, mit gutachtlichem Berichte dem Kreisausschusse vorzulegen, welcher die im §. 135. unter Nr. II. 1. vorgesehene resolutorische Entscheidung trifft.

Die für die Chauffeen geltenden Borschriften werden durch die vorstehenden

Bestimmungen nicht berührt.

§. 62.

Das durch die §§. 5. ff. des Gesetzes vom 11. März 1850. (Gesetz-Samml. S. 265.) der Ortspolizeibehörde für den Umfang einer Gemeinde ertheilte Recht Jahrgang 1872. (Nr. 8080.)

zum Erlaß von Polizei-Strafverordnungen wird auf den Amtsvorsteher mit der Maßgabe übertragen, daß er nicht nur für den Umfang einer einzelnen Bemeinde oder eines einzelnen Gutsbezirkes, sondern auch für den Umfang mehrerer Gemeinden oder Gutsbezirke und für den Umfang des ganzen Amtsbezirkes unter Buftimmung bes Umtsausschuffes, auch im Falle bes S. 7. bes Gefetes, berartige Verordnungen zu erlaffen befugt ift.

Verfagt der Amisausschuß die Zustimmung, so kann dieselbe auf Antrag

des Amtsvorstehers durch den Kreisausschuß erganzt werden.

S. 63.

Der Amtsvorsteher hat in den seiner Verwaltung anheimfallenden Angelegenheiten das Recht der vorläufigen Straffestsehung nach den Borschriften des Gesetzes vom 14. Mai 1852. (Gesetz-Samml. S. 245.).

S. 64.

Die polizeirichterlichen Befugnisse bes Amtsvorstehers, sowie bas Berfahren in Bolizei-Rontraventionsfachen vor demfelben, beziehungsweise vor einem Schöffengerichte, werden durch ein besonderes Gesetz geregelt.

Dienstliche Stellung Umtevorsteher.

Die Gemeinde- und Gutsvorstände find verbunden, den Anweisungen und ber Gemeinde. und Aufträgen des Amtsvorstehers, welche derselbe in Gemäßbeit seiner gesetlichen Gutsvorstände, sowie Befugnisse in Dienstangelegenheiten an sie erläßt, nachzukommen, und können hierzu von ihm nach Maßgabe des S. 83. durch Zwangsmaßregeln angehalten werden. Ein Ordnungsstrafrecht steht dem Amtsvorsteher gegen dieselben jedoch nicht zu.

> Ingleichen haben die Gendarmen den Requisitionen des Amtsvorstehers in polizeilichen Angelegenheiten zu genügen. Der Dienstaufsicht des Amtsvorstehers

unterliegen sie nicht.

S. 66.

Dienftliche Stellung bem Canbrathe und bem Rreisausschuß.

Der Landrath und der Kreisausschuß sind befugt, für die Geschäfte der bes Amtsvorstehers zu allgemeinen Landes- und Kreis-Kommunalverwaltung, sowie bei Beaufsichtigung ber Kommunalangelegenheiten ber zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke die vermittelnde und begutachtende Thätigkeit des Amtsvorstehers in Unspruch zu nehmen.

6. 67.

Beschwerben über die Verfügungen des Amtsvorstehers unterliegen, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen der SS. 79—83. und 135., der Entscheidung des Kreisausschuffes.

Die Aufficht über die Geschäftsführung des Amtsvorstehers führt der

Landrath als Vorsitzender des Kreisausschusses.

S. 68.

Sinsichtlich der Dienstvergeben des Amtsvorstehers finden die Bestimmungen Dienstvergeben bes Umtevorstebers. des S. 35. mit der Maggabe Anwendung, daß das Recht, eine Ordnungestrafe gegen den Amtsvorsteher festzuseten, dem Landrathe nicht zusteht.

6. 69.

6. 69. dom

Der Amtsvorsteher ift berechtigt, eine Aintsunkoften-Entschäbigung zu be-Roften ber Amisanspruchen, welche nach Unhörung der Betheiligten von dem Kreisausschuffe als verwaltung. ein Pauschquantum festgesett wird.

In gleicher Weise erfolgt die Festsetzung der einem fommissarischen Umts.

vorsteher zu gewährenden Remuneration.

§. 70.

Als Beitrag zu ben Roften ber Umtsverwaltung überweift ber Staat ben Rreifen Diejenigen Summen, welche er in Folge bes gegenwärtigen Gefetes durch das Eingehen ber Königlichen Polizeiverwaltungen, durch den Wegfall ber Schulzenremunerationen und anderer Polizei - Berwaltungstoften an den im Staatshaushalts-Etat für bas Jahr 1873. für ebengenannte Zwede veranschlagten Ausgaben fernerhin ersparen wird.

Die Bertheilung bes für jede Proving festzustellenden Betrages auf die einzelnen Kreise erfolgt nach Maßgabe des Bedürfnisses durch die Provinzialvertretung beziehungsweise durch eine von dieser zu erwählenbe Kommission.

Außerdem wird ber Staat für die den Kreifen beziehungsweise Amts. bezirten durch die Wahrnehmung von Geschäften der Staatsverwaltung erwachfenden Ausgaben besondere Fonds überweisen. Das hierüber zu erlaffende Gefet wird über ben Betrag und die Vertheilung diefer Fonds nahere Anordnungen treffen.

Soweit die Rosten ber Amtsverwaltung durch die vom Staate überwie-

fenen Beträge ihre Dedung nicht finden, trägt biefelben bas Umt.

In den zusammengesetten Umtsbezirken gilt für die Aufbringung ber Berwaltungstoften in Ermangelung einer Bereinbarung unter den Betheiligten ber nach Maßgabe biefes Gefetes in bem Rreife für die Rreisabgaben festgestellte Maßstab.

S. 71.

In benjenigen Gemeinden und Gutsbezirken, welche einen Umtsbezirk für fich bilden, werden die Roften der Umtsverwaltung gleich den übrigen Rommunalbedurfniffen aufgebracht. Solche Umtsbezirke haben teinen Unspruch auf die vom Staate gewährten Fonds.

§. 72.

Unterläßt ober verweigert ein Amtsausschuß die Bewilligung von Ausgaben, zu beren Leistung bas Amt gesetzlich verpflichtet ift, so stellt ber Kreis. ausschuß diese Ausgaben außerordentlich fest.

Die von den Amtsvorstehern in Gemägheit des Gesetzes vom 14. Mai Ginnahmen aus Gelb-1852. (Gefet - Samml. S. 245.) endgültig festgesetzten Geldbugen und Ronfis. bufen und Ronfistaten. tate, sowie die von benfelben festgesetten Exekutivgeldbugen werden - soweit nicht in Ansehung gewisser lebertretungen besonders bestimmt ift, wohin die burch biefelben verwirkten Geldbuffen oder Ronfistate fliegen follen - gur Almts. taffe, beziehungsweise zu ben Raffen ber einen eigenen Umtsbezirt bildenden Ge-93* mein. (Nr. 8080.)

meinden und Gutsbezirke vereinnahmt und zur Dedung der Roften der Amts. verwaltung mitverwendet.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Amte des Landraths.

6. 74.

Landrath. a) Ernennung bes. felben.

Der Landrath wird vom Könige ernannt. Die Kreisversammlung ist jedoch befugt, für die Besetzung eines erledigten Landrathsamtes aus der Zahl ber Grundbesitzer und der Amtsvorsteher des Kreises geeignete Personen in Borschlag zu bringen.

b) Stellvertretung beffelben.

Behufs Stellvertretung des Landraths werden von dem Kreistage aus der Bahl ber Kreisangehörigen zwei Kreisbeputirte auf je fechs Jahre gewählt. Diefelben bedürfen der Bestätigung des Oberpräfidenten. Sie find von dem Landrathe zu vereidigen.

Für fürzere Verhinderungsfälle kann der Kreisfekretar als Stellvertreter

eintreten.

6. 76.

c) Amtliche Stellung beffelben.

Der Landrath führt als Organ der Staatsregierung die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung im Kreise und leitet als Vorsitzender des Kreis. tages und des Kreisausschusses die Kommunalverwaltung des Kreises.

S. 77.

d) Rechte und Pflichten beffelben.

Soweit die Rechte und Pflichten des Landraths nicht durch das gegenwärtige Geset abgeändert find, behält es bei ben darüber bestehenden Borschriften auch ferner sein Bewenden.

Demgemäß hat ber Landrath auch ferner die gesammte Polizeiverwaltung im Rreise und in deffen einzelnen Amtsbezirken, Gemeinden und Gutsbezirken

zu überwachen.

S. 78.

e) Insbefonbere: Be-

Der Landrath ift befugt, unter Zustimmung des Kreisausschuffes nach fugnisbesselbenzum Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März Erlaffe treispolizei. Den ganzen 1850. (Gesek-Samml. S. 265.) für mehrere Amtsbezirke oder für den ganzen Umfang des Kreises gultige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung berselben Geldstrafen bis zum Betrage von 10 Thalern anzudrohen. Das durch die S. 5. beziehungsweise 9. des Gesetzes vom 11. März 1850. ber Bezirtsregierung beziehungsweise bem Regierungspräsidenten beigelegte Recht:

über die Art der Verkundigung der ortspolizeilichen Vorschriften, sowie über die Formen, von deren Beobachtung die Gültigkeit derfelben abbangt, die erforderlichen Bestimmungen zu erkaffen, sowie ortspolizeiliche Borschriften außer Kraft zu setzen,

steht denfelben in gleichem Umfange auch fortan bezüglich der freispolizeilichen Vorschriften zu.

Sechster

führung durch einen Deitten extiteinsten Rotten zu inseen. Lenninelbarer Imang bart, anderenden die deskadenungen bes Geregen zum Schupe ber perjonlehen Freibest wer In Abbrent 2000 Weiter-Sannt

Suertann 1800. (Beieh Sammt. S. 265.) für niehnere Umisbefiefe ober für ben gangen .

Sechster Abschnitt.

Bon bem Zwangsverfahren ber Behörden bes Kreifes.

§. 79.

Der Landrath, der Amtsvorsteher und der Orts- (Gemeinde-, Guts-) Vorsteher können in Ausübung ihrer Polizeigewalt die durch ihre gesehlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen durch Anwendung der gesehlichen Zwangsmittel durchsehen.

Kann die zu erzwingende Handlung durch einen Dritten geleistet werden, so ist die Behörde besugt, dieselbe durch einen Dritten ausführen zu lassen, den Betrag der Kosten vorläusig zu bestimmen und im Wege der Czekution von dem

Verpflichteten einzuziehen.

Kann die zu erzwingende Handlung nicht durch einen Dritten geleistet, oder soll eine Unterlassung erzwungen werden, so ist die Behörde berechtigt, Geldbußen, und zwar der Landrath bis zur Höhe von 50 Thalern, der Amtsvorsteher bis zur Höhe von 20 Thalern, der Ortsvorsteher bis zur Höhe von 1 Thaler anzudrohen und festzusehen. Der Festsehung muß immer eine schriftliche Androhung mit einer bestimmten Frist vorangehen.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Absabes sinden auch bei Handlungen, die durch einen Dritten geleistet werden können, in den Fällen Anwendung, in welchen es feststeht, daß der Verpflichtete nicht im Stande ist, die aus der Aus-

führung durch einen Dritten entstehenden Kosten zu tragen.

Unmittelbarer Zwang darf, unbeschadet der Bestimmungen des Gesehes zum Schuhe der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850. (Geseh-Samml. S. 45.), nur angewendet werden, wenn die getroffene Anordnung ohne einen solchen undurchführbar ist.

Gleiche Befugnisse wie den Amtsvorstehern stehen den Polizeiverwaltern in

den zu Landfreisen gehörigen Städten zu.

§. 80.

Sowohl gegen die Anordnung, als gegen die Festsetzung der Strafe kann innerhalb 10 Tagen nach Zustellung des Erlasses Berufung eingelegt werden.

Die Berufung erfolgt an den Kreisausschuß, und, wenn der Erlaß von dem Landrathe ausgegangen ist, an das Verwaltungsgericht. Gegen die Entscheidung des Kreisausschusses sindet fernere Berufung an das Verwaltungsgericht statt.

Darüber, ob im Sinne des §. 6. des Gesetzes über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842. (Gesetz-Samml. für 1842. S. 192. ff.) eine Verfügung als gesetzwidrig oder unzulässig auszuheben ist, entscheidet in Betreff der Verfügungen des Gemeindeund Amtsvorstehers der Kreisausschuß beziehungsweise das Verwaltungsgericht, in Vetreff der Verfügungen des Landraths das Verwaltungsgericht.

S. 81.

Die Verfügung kann des Widerspruchs ungeachtet zur Ausführung gebracht werden, wenn diese nach dem Ermessen der Behörde ohne Nachtheil für das Gemeinwesen nicht ausgesetzt bleiben kann.

§. 82,

6. 82.

Die endgültig festgesetzten Geldbußen, welche nicht beizutreiben sind, hat der Kreisausschuß auf Antrag der Behörde und nach Maßgabe der Vorschriften der S. 28. und 29. des Strafgesetztuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. in Haft umzuwandeln. Gegen den Beschluß kann innerhalb 10 Tagen Berusung an das Verwaltungsgericht eingelegt werden.

§. 83.

Wegen der Zwangsmaßregeln, welche der Amtsvorsteher gegen die Gemeinde und die Gutsvorstände (§. 65.) verhängen darf, gelten die Vorschriften des §. 79. Absatz 2. bis 5. und die §§. 80. und 81. Eine Umwandlung der Geldbußen in Haft sindet nicht statt.

Dritter Titel.

Von der Vertretung und Verwaltung des Kreises.

Erster Abschnitt.

Bon ber Zusammensetzung bes Rreistages.

§. 84

Sahl ber Mitglieber bes Kreistages.

Die Kreisversammlung (der Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß der im aktiven Militairdienste stehenden Personen 25,000 oder weniger Einwohner haben, aus 25 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 25,000 bis zu 100,000 Einwohnern tritt für jede Vollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 100,000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Vollzahl von 10,000 Einwohnern je ein Vertreter hinzu.

§. 85.

Bilbung von Wahl.

Sum Zwecke ber Wahl der Kreistags. Abgeordneten werden drei Wahlverbänden für die Wahl verbände gebildet und zwar:

ber Kreistags. Abgeord.

a) der Wahlverband ber größeren ländlichen Grundbesitzer,

b) der Wahlverband der Landgemeinden und

c) der Wahlverband der Städte.

In Kreisen, in welchen keine Stadtgemeinde vorhanden ist, scheidet der Wahlverband der Städte aus.

Für Kreise, welche nur aus einer ober mehreren Städten bestehen, gelten die Vorschriften der SS. 169. und 171. bis 175. dieses Gesehes.

§. 86.

Bisbung des Bast. Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen verbandes der größeren denjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einschlichen Grundbesitzern, auf dem platten Lande innerhalb des

ad Coff i Sas like 3 f. Defo. Sab him des Junan n. 16 2, 20 1873 (2in. de f. i. 2. Jupy 1873 20 87-12 racy love no f Se and Sale isid pag 81-87.

S. ISA. und Ales que Grande deziedamanuels Gehäudsheuer venden gehauselle. Dach Mach (Erlage der Argeningalordnung die hie den Argeningsaber und design überlassen, sur ibre Preving ader guapskir einzelne Kreise derkeld neden alleren

überlatten, für ihre Afrevin gertrauch in einzelne Afreife verfelben ein alteren. von 75 Thalern auf den Betrag von 190 Chaiern zu erköhen ober lad auf den Betrag von 50 Thalern zu ernäßigen.

es de la compacta en de la compacta de la compacta

Dem Wahlverbande der größeren ländlichen Grundseißen treten diesenlare Gewerbtreidenden und Bergwerfsbesiger binzutz welche wegen ihrer auf dem redrick Lande innerhalb des Kreises betriedenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer nit dem Mitteljage veranlagt sind (§ 14. Albsach.)

78 3

Der Wahlverband ber Landgemeinden umfafte:

1) fammtliche Cambaemeinden bes Rreiles,

- 2) sämmtische Bester selbiständiger Güter mit Einschlaft der jeristichen Personen, Aktiengesellschaften, und Rommanditgesellschaften auf Aktier, welche nicht zu dem Verbande der größeren Grundbesiger (§. 86.) gehören,
- 3) biejenigen Bewerdtreibenden und Wergwerläbesiger, welche wiegen ihrer auf dem platten Bande innerhalb des Areiles beiriebenen gewerhliches Limerochmungen in der Klasse A. I. weler den Walteliase veranlagt find

.88 .3

Der Wahlverband der Siddie umfaßt die Stadigemeinden des Kreisek.

.68 . 3

Die nach S. 84 biefes Gesetze steile nach Nachgabe seiner Beröl- vorgangenenkerungsziffer zustehen Sahl von Kreistags. Abgeordneten wird auf die drei bei ber kantigeren Auflicerbande der Eröbte beier ber Kandgemeinden und der Stöbte beier nach solgenden Grundscher vertheilt.

- 1) Die Labl der flädtischen Abgeordneten wird nach dem Verhältnissteren flädtischen und ländlichen Werdlerung, wie dasselbe durch der libte allegemeine Belksählung festigestellt worden ist, bestimmt. Der Labl ine städtichen Abgeordneten varf die Hälfte, und in denfenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vordanden ist, ein Veittel der Gesommtsahl aufer Abgeordneten nicht überdeinen er
- 2) Non der unch Albzug der stäbnichen Abgeerdneten üblig bleibenden Sahrender Greibender Bahrender von der Kreibinge Vondernehmen ein Ieder die Gestler

DRIN WIRE

02 3

Kreises belegenen Grundeigenthume ben Betrag von minbestens 75 Thalern an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben murden, wenn sie nach Mafgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861. (Gesetz-Samml. S. 253. und 317.) zur Grund. beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt wären.

Nach Erlaß ber Provinzialordnung bleibt ben Provinzialvertretungen überlaffen, für ihre Proving oder auch für einzelne Kreise derfelben den Betraa von 75 Thalern auf den Betrag von 100 Thalern zu erhöhen oder bis auf den Betrag von 50 Thalern zu ermäßigen.

Für einzelne Kreise ber Proving Sachsen darf Diese Erhöhung bis zu bem

Betrage von 150 Thalern erfolgen.

Dem Bahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer treten biejenigen Gewerbtreibenden und Bergwertsbesitzer bingu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Rlaffe A. I. der Gewerbesteuer mit dem Mittelfate veranlagt find (S. 14. Absat 4.).

6. 87.

Der Wahlverband ber Landgemeinden umfaßt:

1) fämmtliche Landgemeinden bes Rreises;

2) fammtliche Befiger felbstiftanbiger Guter mit Ginschluß ber juriftischen Personen, Aftiengesellschaften und Rommanditgefellschaften auf Aftien, welche nicht zu bem Berbande ber größeren Grundbesiger (S. 86.) gebören;

3) Diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwertsbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in ber Klaffe A. I. unter bem Mittelfate veranlagt find.

6. 88.

Der Wahlverband ber Städte umfaßt die Stadtgemeinden des Kreises.

Bilbung bes Babl. perbandes ber Stabte.

6. 89.

Die nach S. 84. biefes Gefetes jedem Kreise nach Maggabe feiner Bevol- Bertheilung ber Kreis. terungsziffer zustehende Zahl von Kreistags. Abgeordneten wird auf die drei tags. Abgeordneten auf terungsziffer zustehende Zahl von Kreistags. Abgeordneten wird auf die drei tags. Abgeordneten auf terungsziffer zustehende Zahl von Kreistags. Bahlverbande ber größeren Grundbefiger, ber Landgemeinden und ber Städte banbe. nach folgenden Grundfäten vertheilt:

1) Die Bahl ber städtischen Albgeordneten wird nach bem Berhältniffe ber ftabtischen und ländlichen Bevolkerung, wie daffelbe durch die lette allgemeine Boltsjählung festgestellt worden ift, bestimmt. Die Bahl ber ftädtischen Abgeordneten barf die Balfte, und in benjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ift, ein Drittel ber Befammtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen.

2) Bon ber nach Abzug ber städtischen Abgeordneten übrig bleibenden Sahl der Rreistags. Abgeordneten erhalten die Berbande der größeren Grund.

besiber und ber Canbgemeinden ein jeder die Sälfte.

€ 90.

(Nr. 8080.)

Bilbung bes Babl. perbandes ber Land.

6. 90.

Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverbande der größeren Grund. besitzer Wahlberechtigten (S. 86.) in einem Kreise unter ber ihrem Verbande nach 6. 89. zukommenden Abgeordnetenzahl, so wählt dieser Berband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden sind, und fällt die demselben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.

6. 91.

Bertheilung ber vom

Zum Zwecke der Wahl der von dem Verbande der Landgemeinden zu andgemeinden zu wähl wählenden Abgeordneten werden, unter möglichster Anlehnung an die Amtsenden Abgeordneten bezirke, in raumlicher Abrundung und nach Maggabe der Bevölkerung Wahluf die einzelnen Wahl- bezirke gebildet, deren jeder die Wahl von Einem bis zwei Abgeordneten zu vollziehen hat.

S. 92.

Bertheilung ber vom inzelnen Stadtgemeinen, beziehungsweise Bahlbezirken.

Die Bahl ber vom Wahlverbande ber Städte überhaupt zu mählenden Bahlverbande der Kreistags-Abgeordneten wird auf die einzelnen Städte des Kreises nach Maßgabe Ibgeordneten auf die der Seelenzahl vertheilt.

Sind in einem Kreise mehrere Städte vorhanden, auf welche hiernach nicht Bilbung von Stadte je ein Albgeordneter fällt, so werden diese Städte Behufs ber Wahl mindestens eines gemeinschaftlichen Abgeordneten zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Ist in einem Kreise neben anderen großen Städten nur eine Stadt vorhanden, welche nach ihrer Seelenzahl nicht einen Abgeordneten zu wählen haben wurde, so ist berselben gleichwohl ein Abgeordneter zu überweisen.

6. 93.

Ausgleichung ber fich

Ergeben sich bei den nach Maßgabe der SS. 89—92. des Gesetzes vorzuei der Bertheilung der nehmenden Berechnungen Bruchtheile, so werden dieselben nur insoweit beruck-treistags Abgeordne. en ergebenden Brud, sichtigt, als fie } erreichen oder übersteigen.

Uebersteigen sie &, so werden sie für voll gerechnet; kommen sie & gleich, fo bestimmt bas Loos, welchem der bei der Bertheilung betheiligten Wahlverbande und Wahlbezirke, beziehungsweise welcher Stadtgemeinde der Bruchtheil für voll gerechnet werden foll.

6. 94.

Vollziehung ber Wahanden ber größeren Brundbefiger.

Bur Wahl ber von bem Wahlverbande ber größeren Grundbefiger zu en in den Wahler wählenden Kreistags-Abgeordneten treten die zu diesem Verbande gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer in der Kreisstadt unter bem Vorsitze des Landraths zusammen.

S. 95.

Bei dem Wahlatte hat jeder Berechtigte nur Gine Stimme. Auch als Stellvertreter können Personen, welche bereits eine Stimme führen, ein ferneres Stimmrecht nicht ausüben. Ausgenommen find die im S. 97. Dr. 7. bezeichneten Bertreter.

6. 96.

§. 96.

Das Recht zur persönlichen Theilnahme an den Wahlen (§. 94.) steht vorsbehaltlich der nachfolgenden besonderen Bestimmungen (§. 97.) denjenigen Grundbesitzern, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzern zu, welche

a) Angehörige des Deutschen Reichs und selbstständig sind. Als selbstsständig wird derjenige angesehen, welcher das 21ste Lebensjahr vollendet hat, sofern ihm das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch gerichtliche Anordnung entzogen ist,

b) sich im Besite ber burgerlichen Chrenrechte befinden.

Das Wahlrecht geht verloren, sobald eins der vorstehenden Erfordernisse bei dem bis dahin Wahlberechtigten nicht mehr zutrifft. Es ruht während der Dauer eines Konfurses, ferner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung, wenn dieselbe wegen Verbrechen oder wegen solcher Vergehen, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen müssen oder können, eingeleitet oder wenn die gerichtliche Haft verfügt ist.

§. 97.

Durch Stellvertretung können sich an den Wahlen betheiligen:

- 1) der Staat durch einen Vertreter aus der Zahl seiner Beamten, seiner Domainenpächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
- 2) juristische Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien durch einen Pächter oder mit Generalvollmacht versehenen Administrator eines im Kreise belegenen größeren Guts, oder durch einen Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises; Korporationen sind befugt, sich nach Maßgabe ihrer Statuten oder Verstallungen vertreten zu lassen;
 - 3) Eltern durch ihre Söhne, welchen sie die Verwaltung selbstständiger Güter dauernd übertragen haben;
 - 4) unverheirathete Besitzerinnen durch Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
 - 5) die Mitglieder regierender Häuser durch ein Mitglied ihrer Familie oder einen Bertreter aus der Zahl ihrer Beamten, ihrer Gutspächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
 - 6) die gemeinschaftlichen Besitzer eines größeren Grundeigenthums (§. 86.) durch einen Mitbesitzer, beziehungsweise die Theilnehmer eines gewerblichen Unternehmens durch einen derselben;
 - 7) Shefrauen, sowohl groß- wie minderjährige, können durch ihre Chemänner, minderjährige oder unter Kuratel stehende Personen durch ihren Vater, Vormund oder Kurator vertreten werden;

insofern die unter Nr. 2. genannten Berechtigten im Deutschen Reiche ihren Sith haben und die unter Nr. 3. bis 7. genannten Berechtigten Angehörige des Deutschen Reichs sind, und sich im Genusse der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Die Bertreter, mit Ausnahme ber unter Nr. 7. bezeichneten, muffen in dem Kreise entweder einen Wohnsitz haben oder in demselben Grundeigenthum besitzen. Außerdem gelten für die Bertreter die Grundfate, welche der § 96. für die Wahlberechtigung vorschreibt.

a) Angehörige des Deutschen Reiche und selbstfländig find: Als selbst-fländig wird berjenige angese. Lockier das 21ste Lebenssadr, vollender

Vollziehung ber Wah. bes Verbandes berland. gemeinben.

In jedem Wahlbezirke bes Wahlverbandes der Landgemeinden wird die len in den Wahlbezirken Wahlversammlung gebildet:

1) durch Vertreter der einzelnen Landgemeinden;

2) durch die Besitzer ber in dem Bezirke liegenden selbstständigen Guter, welche nicht zu den größeren Grundbesitzern (S. 86.) gehören;

3) durch diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwertsbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer unter dem Mittelsatz veranlagt sind.

Auf die in den Nummern 2. und 3. erwähnten Wahlberechtigten finden die Bestimmungen ber SS. 95-97. Anwendung. I mutsatraallet dans

1) der Staat burch einen Vertrefer aus der gabt seiner Beamten, seiner Domainenpächter ober ber laefe ein Grundbeliter bes Kreifest

Befinden fich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Guter (S. 98. Nr. 2.), beren jedes zu weniger als 20 Thaler Grund. und Gebäudesteuer veranlagt ift, so werden die Besitzer derselben nach Unordnung des Kreisausschusses bergestalt zu Gesammt. (Rollettiv.) Stimmen vereinigt, daß auf jede Stimme, so weit möglich, ein Grund- und Gebäudesteuerbetrag von 20 Thalern entfällt.

Der Kreisausschuß regelt die Urt, in welcher das Rolleftivstimmrecht aus-

3) Eltern burch ibre Sonne, welchen fie bie Bermaltung fe. brim toung

Guter bauernb übertragen f.001 .. ?

Die Vertretung der Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden:

- 1) von weniger als 400 Einwohnern durch Einen Wahlmann,
- 2) von 400 und weniger als 800 Einwohnern durch zwei,
- 3) von 800 und weniger als 1200 Einwohnern durch drei,
- 4) von 1200 und weniger als 2000 Einwohnern durch vier,
- 5) von 2000 und weniger als 3000 Einwohnern durch fünf Wahlmanner, und für jede fernere Vollzahl von 1000 Seelen durch einen ferneren Wahlmann.

Die Wahlmanner der Landgemeinden werden von der Gemeindeversamm. lung, in benjenigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeinde vertretung besteht oder eingeführt wird, von der letteren und dem Gemeindes porstande aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift bes diesem Gesethe beigefügten

Wahlreglements.

APA :

d einerba, mit Abenerbins der inriet M. 7. begrichgeren, müssen in ernnerder einen Wohnschung haben aber in denifelben Grundeligenibum Ausgerdem, gelten fün die Vertreter die Erundslige, welche der J. 9G. Eadblerechtigung vorschreibi.

genyesuchaer entuchen

n jebein Mablbegirke des Mablverbandes der Adnögemeinden wird die

usch Berireter der einzelnen Kandgemeinden

burch bie Nefiger ber m bem Begirke liegenben felbstiffunbigen Guter, vellche nicht zu ben größeren Grundbesichern (C. 8C.) gebore.

durch diesengen Gewerbireibenden und Vergwerfähriger welche niegen ihrer auf dem platten Londe innerhald des Kreises derriedenen gewerbeitigen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbestauer unter dem Mittelfas veranlagt sind

eine mie der den Rammern 2. nicht erwähnten Wahlberechnien finden

20019

Beginden such in einem ABoblesirfe guni oder mehrere Güter IJ. 98.
Wer de deren seben die Peister dell 20 Toder Grund und Gehändesteuer versenage ist de werden die Peister derstellen nach Ansenmung des Kreisausklausfeldusfeld versenager das auf sede Stindusged von der moglich, ein Grund und Gehändesteuerderag von 20 Abalem auffällt.
Der Kreisausschaft eggelt die Abi, in welcher das Kollestindstummecht auss

GINGI TOMP

A SHARE

Die Bertrefung der Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden

1) non accorder als 400 Emmohara burch Einer Mohlmann,

and the resident of the control of t

der der und verriger als 1200 Einsbehrein durch berei

4) von 1200 und weniger als 2000 Emwornern burch aick

a) von 2000 und weniger als 3000 Empagnem burch fimt Bablmanner,

b für jebe sernere Bollzahl von 1000 Seelen burch einen texneren Wohlmann

Des Abahlungenes der Landgemeinden werden von der Gemeindeverhammer der eine gewählte Gemeindeverhammer der freierigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeinder der bestretung besteht oder eingeführt wird, von der letzteren und dem Gemeinder von der letzteren und dem Gemeinder von der letztenden auf der Sahl der stimmbereihigten Gemeindemitglieder durch abschlieden verbählte.

Die Wanten erfolgen nach näberer Barichellt bes Bielem Geren hebrefüglen

Etimel and da di

657

Lusgeichloffen von der Theilnahme an, ere Alfah in der Schleene fammling find die est gelöftene Eine Diesen Gehren. gehören:

101 %

Befinden sich in einem ABahlbegirke zwei oder nichreis Gemeinden, derte iede weniger als 20 Thaler Grund- und Gebäudesteuer entrichtet und vormiget als 100 Einroedner gabit, so werden, dieselben nach Angronzug des Kreisauglehaufer in gleuger Welfe wie die Westher der im J. 98. gedachten Geven, zie Geau aus (Kollekive) Simmen vereinigt.

Wergwertsbestiger zur Abeilnahme an den Wahlen im Berbande der Indonesie eber Bergwertsbestiger zur Abeilnahme an den Wahlen im Berbande der Indonesieren perfonlich berechtigt ist (S. 38. 21c. 2. und 31), darf die auf ihn gefollene Nach als Wahlmann einer Kansgemeinde ablehmen. Rimmt er die Wahl im 10/111 er zur Ilnsthung keiner vertönlichen Maddebien nicht befugt.

Dagegen wird durch die Alieübung eines Wahlrechis als Wahlingme einer Landgeneinbe die Auslübung vos perfönlichen Asahireilis im Afrikande der arökeren Grundbeilier nicht ausgeschlossen.

SUDUP

Die Vörrieren der ihrmeinden des Alabibearing der Bescheren der zu den letteren gebörigen feldspfindigen Gülter und die rechtberechtigten Gewerdreibender und Bergwerfsbescher treien unter der Issitung des Landsalbe oder in deste Auftrage eines Amisborfieders an dem dem Iden Idenschuffe zu bestimmtenden Wählarier Behöfe der Mahl der Archbugs-Albgeordischer zusammen.

6. 104.

Die Mabl ber nädrichen Kreislags Abgeneneten erfolgt in deutemgen Städen, welche für fich einem vorzemehrer Albarardnete zu mählen haben durch den Magistrat und die Stadterrodneren Versammlung, beziehungsweise das bürgerichaftliche Repräsentanten Kollegium, welche zu diesem Behafe anzier dem Vorübe des Princerweisters zu einer Raddivertangenam verennde vorzentet.

An denjenigen Stadten, welche nich anderen Ctadten des Kreifes zu einem Wohlbezielte vereinigt find, haben der Magiftzgt und die Stadtverordneten beziedungsweize die burgerschaftlichen Reprofentanten int vereinigter Sigung auf se Ab Einwohner einen Anhlumann zu wählen. Durch naritarische Unstrumg

Die Rhablmanner des Abdyldeuris treten unier Retung des Landung an dem von dem Kreisauszchutze zu bestimmenden Radharte zur Badi. der Abgeordneten zusammen

and Lake

Die nach den vorstehenden Bestimmungen vorgunehntenden Mahlen, etolisch 19ch näherer Verzährit des diesem Gesehe beigefügten Mahleglemenis. 1826 – 1820

Ausgeschlossen von der Theilnahme an der Wahl in der Gemeindeversammlung sind diejenigen, welche zum Wahlverbande ber größeren Grundbesitzer gehören.

.101. & Francolmer Der im Rreise belegenen Befinden fich in einem Bahlbegirke zwei oder mehrere Gemeinden, beren jede weniger als 20 Thaler Grund- und Gebäudesteuer entrichtet und weniger als 100 Einwohner zählt, fo werden diefelben nach Anordnung des Kreisausschuffes in gleicher Beife, wie die Befiger der im S. 99. gedachten Guter, zu Gefammt-(Rolleftiv-) Stimmen vereinigt.

6. 102.

Wer als Besitzer eines selbstständigen Guts, als Gewerbtreibender oder Bergwerksbesitzer zur Theilnahme an den Wahlen im Berbande der Landgemeinden persönlich berechtigt ist (6. 98. Nr. 2. und 3.), darf die auf ihn gefallene Wahl als Wahlmann einer Landgemeinde ablehnen. Nimmt er die Wahl an, so ift er zur Ausübung seines personlichen Wahlrechts nicht befugt.

Dagegen wird burch die Ausübung eines Wahlrechts als Wahlmann einer Landgemeinde die Ausübung des perfonlichen Wahlrechts im Berbande der

größeren Grundbesitzer nicht ausgeschlossen.

bar, so sibeldet das erste Mal die nächlarößere Jahl aus. Die das erste Mal Der Landreit auf dem Die Bertreter ber Gemeinden des Bahlbezirks, die Besiger ber zu bem letteren gehörigen felbstiftandigen Guter und die mahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwertsbesiger treten unter der Leitung des Landraths oder in deffen Auftrage eines Amtsvorstehers an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte Behufs ber Wahl ber Kreistags-Abgeordneten zusammen.

. 104. . Norden bestimmt wird. Die Wahlen

Die Wahl der städtischen Kreistags Abgeordneten erfolgt in benjenigen vollziehung ber Bab. Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch len in ben Städten, den Magistrat und die Stadtverordneten Versammlung, beziehungsweise das bürger Wahlbegirten. schaftliche Repräsentanten-Rollegium, welche zu diesem Behufe unter dem Borfike des Bürgermeisters zu einer Bahlverfammlung vereinigt werden.

In benjenigen Städten, welche mit anderen Städten bes Rreifes zu einem Bablbezirfe vereinigt find, haben der Magistrat und die Stadtverordneten begiehungsweise die bürgerschaftlichen Repräsentanten in vereinigter Sitzung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung

des Kreistages fann jene Zahl erhöht werden.

Die Wahlmanner des Wahlbezirfs treten unter Leitung des Landraths an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte zur Wahl ber Abgeordneten zusammen. taming ein anderer gerning bestimmt

Die nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmenden Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift bes diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements. S. 106. (Nr. 8080.)

§. 106.

Wählbarkeit zum Wählbe Mahlmann und zum mann ift:

Bählbar zum Mitgliede bes Kreistages und beziehungsweise zum Wahlen ist:

1) im Wahlverbande der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besike des Bürgerrechts befindet;

2) in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer, sowie der Landgemeinden ein Jeder, seit einem Jahr, in dem Kreise angesessene ländliche
Grundbesitzer, sowie ein Jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlrecht ausübt, und seit einem Jahre in dem Kreise
einen Wohnsitz hat.

Für die Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Abgeordneten gelten die in §. 96. für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen.

S. 107.

Dauer ber Wahlperiode ber Kreistags. Abgeordneten. Die Rreistags-Albgeordneten werden auf fechs Jahre gewählt.

Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem gänzlichen oder zeitweisen Auf-

hören einer der Bedingungen der Wählbarkeit.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus, und wird durch neue ersetzt. Ist diese Zahl nicht durch 2 theilbar, so scheidet das erste Mal die nächstgrößere Zahl aus. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt, welches der Landrath auf dem Kreistage zu ziehen hat.

Die Ausscheibenden fonnen wieder gewählt werden.

§. 108.

Ergänzungs . und Erfatwahlen der Kreis. tags. Abgeordneten.

Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung des Kreistages sinden alle drei Jahre im Monat November statt, sofern nicht durch stattenmäßige Anordnung Seitens des Kreistages ein anderer Termin bestimmt wird. Die Wahlen in dem Verbande der Landgemeinden erfolgen vor den Wahlen in dem Verbande der größeren Grundbesißer.

Ergänzungs- und Ersatwahlen werden von denselben Wahlverbänden, Stadtgemeinden und Wahlbezirken vorgenommen, von denen der Ausscheidende

gewählt war.

Wo in städtischen oder ländlichen Wahlbezirken die Wahl von Wahlmännern durch dieses Geset vorgeschrieben ist (§§. 100. und 104.), erfolgt dieselbe aufs Neue vor jeder Wahl mit Ausnahme der Ersatwahlen, bei welchen die früheren Wahlmänner fungiren.

Der Ersatmann bleibt nur bis zum Ende berjenigen sechs Jahre in Thätig-

feit, für welche der Ausgeschiedene gewählt war.

§. 109.

Einführung ber Rreis.

Die bei der regelmäßigen Ergänzung neugewählten Kreistags-Abgeordneten treten, sofern nicht durch statutarische Anordnung ein anderer Termin bestimmt wird, ihr Amt mit dem Anfange des nächstsolgenden Jahres an; die Ausscheisdenden bleiben dis zur Einführung der neugewählten Mitglieder in Thätigkeit. Die Einführung der Gewählten erfolgt durch den Vorsitzenden des Kreistages. §. 110.

106

Wählbor zum Mitgliede bes Kreistages und beziehungsweise zum Wahl-

in Bablverbande der Städte jeder Timwohner den um Kreise belegenen Städte, welcher sich un Besit: des Bürgerrechts denndetzen in den Wahlverbänden der größeren Grundbesiger, sowie der Land-gemeinden ein Teder, seit einem Jahr, in dem Kreise angesetziene tändliche Erundbesiger, sowie ein Jeder welcher in einer Rerjammlung dieser Verbande ein Wahlrecht aus übt, und seit einem Jahre, in dem Kreise

Für die Wählbarteit zum Wahlmanne und zunn Abgegrbneten gelten bie

701

eis om Be arteislage-Alegeoroneren werden auf leche Johre gewählt.

The Alle of Alegeoroneren der Alabibarteit.

The very alle der Februgungen der Alabibarteit.

The der Februarie of Alberteit der Stable der Albaeordneren eines Korle.

verbandes aus und wird durch neue erlett. Ji tiefe Zahl mat durch Albeilverbandes aus und wird durch neue erlett. Ji tiefe Zahl mat durch 2 theildare so swidet das erste Mal die nächsgere Zahl aust. Die das erste Mal Lustdeidenden werden durch das Loos bestimmt, welches der Landrath auf dem

Die Ausscheibenden können wieder gewählt werden

801 .7

Die Wablen zur regelmäßigen Ergänzung des Arcisiages sinden alle ver Jadre im Monar November flatt, sofern nicht dusch statuteninägige Anordring Seilens des Arcistages ein anderer Termin destinnt wieden Die Rahlen a ben Verbande der Landgemeinden erfolgen vor den Nahlen in dem Berbands

Stadigemeinden und Bablbegirten vorgenommen, von deuender Ausschlerbanden.

omiciscopenas real music nea manufactura de la manufactura del manufactura de la man

sem durch dieses Geses vorgeschrieben ist (H. 100. und 104.), erfolgt dieselbe aus Reue vor seder Mahl und Ludnahme der Ersemakten obei voelchen die gelberen Rahlmärmer sungiren.

Wer Eriggmann bleibt mir bis zum Ende derjenigen sechs Anhre in Thatig.

801 A

Die dei der regelmäßigen Ergänzung neugewählten Kreistagsplächgordneien weier, fosern nicht durch stautarliche Amordnung ein anderer Leuwin bestimmt nicht ihr Ant mit dem Anfange des nächtstolgenden Jahres anzo die Alusscheitenden der der der der der Konführung der neugewählten Muglieder in Edätigkeit.
Denden der Gewählten ersolgt durch von Konführung der Kreistages.

- 689 -

SOTIES.

98 - Abgeordneten

1) ein Brisedhiß der inne Mahkerhands der größer gestellte gereinen geschleiter Reinstellte gereine geschlichte geschlichte gerein geschlichte geschlichte gerein geschlichte gesch

derigen Gamesberger Generalier und Leinen und Lergwerfe betiebt die

2) eine Lierzeichrif den zum "Aschinerbimbel ver Kondzenschlicher Arbeitertenen Bengen selbstihmingen Indäbezielerand wahlberechtzen Sehreistreilenden Leinund Wergnerfähreitzeilenden Lingaber der ihren der ihr auf und Ind

3) sing Vierzeichnist der Kondyemeindeichimter Angabenkel Arbeitermen 1900: einzelnen Gemeinden aber wurd den zur angener Kollestischernel vereink auf

outh den Arridausfichuf aufgestellt, und durch das Arridalait, aber war olches nicht keitebt, durch das Armisblack zur all utlichen Kantalik gabrock Abstrage auf Berichtung biebe Wertelkauss auf utlichen Kantalik gabrock

Die Vertheilung der Areistags-Albacoroneten auf die einelnest prantier (§5. 89. und 90.)) die Bildung von Wohnerster

und die zum Verbande derfelden gehörigen selbspfländigen Gutöbegirfe, Gewert teibenden und Abergrechten ber keidenden die Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten Abgrechtenten der Abergrechten Abgrechtenten der Abergrechten von Erwalden von Geranden von Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten der Abergrechten Abergrechten der

the Beldmeine an das Bernaliungsgercht zulange geschieden des der eine Blatte der eine Blatte der eine Bernaliungsgercht zulange geschieden der eine Bernaliungsgercht zulange geschieden der eine Bernaliungsgercht zulange geschieden der eine Bernaliungsgercht der eine Bernaliungsgerche Bernaliungsgercht der eine Berna

Die kan den Relativen des gelle geleichen des gelle gehrenderen der geschelung der Felderen der beiebe des geleichen des geleichen des geleichen der geleichen der geleichen der Restauer geleichen der Restauer geleichen geleichen der Restauer geleichen geleich geleichen geleic

Apprent des Solds des Cardines des Constantes de Cardines de Cardi

0308 7947

§. 110.

Kur jeben Kreis werden alle drei Jahre vor jeder neuen Wahl der Kreis- Aufftellung von Bertags = Abgeordneten

zeichniffen ber Wahl. berechtigten.

1) ein Verzeichniß der zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwertsbesitzer unter Ungabe ber in dem S. 86. enthaltenen Merkmale,

2) ein Verzeichniß der zum Wahlverbande der Landgemeinden gehörigen Besitzer selbstständiger Gutsbezirke und mahlberechtigten Gewerbtreibenden und Beramerksbesitzer unter Angabe der in den 66. 87. 98. und 99. enthaltenen Merkmale,

3) ein Verzeichniß der Landgemeinden unter Angabe der Sahl der von jeder einzelnen Gemeinde oder von den zu einer Kollektivstimme vereinigten Gemeinden zu mählenden Wahlmanner (SS. 100. und 101.)

durch den Kreisausschuß aufgestellt, und durch das Kreisblatt oder, wo ein folches nicht besteht, durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Antrage auf Berichtigung dieses Berzeichniffes find binnen einer Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches das Verzeichnis veröffentlicht worden ift, bei dem Kreisausschusse anzubringen, gegen dessen Entscheis dung die Berufung an das Verwaltungsgericht innerhalb zehn Tagen stattfindet.

S. 111.

Die Vertheilung der Kreistags-Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbande (SS. 89. und 90.), die Bildung von Wahlbezirken für die Landgemeinden theilungsplanes. und die zum Berbande berfelben gehörigen felbstständigen Gutsbezirke, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesither, sowie die Bertheilung der Abgeordneten der Landgemeinden auf dieselben (S. 91.), ingleichen die Bertheilung der städtischen Abgeordneten auf die einzelnen Städte beziehungsweise die Bildung von Städtewahlbezirken (6. 92.), erfolgt auf den Borschlag des Kreisausschuffes durch den Kreistag, und ift burch bas Kreis. beziehungsweise Amtsblatt zur öffentlichen Renntniß zu bringen.

Binnen einer Frift von vier Wochen nach Ausgabe des betreffenden Blattes

ist die Beschwerde an das Verwaltungsgericht zulässig.

S. 112.

Die nach ben Borschriften bes S. 111. festgestellte Bertheilung ber Abgeordneten bleibt das erfte Mal für drei Jahre, fodann für einen Zeitraum von je zwölf Jahren maßgebend. Nach beffen Ablauf wird fie durch den Kreisaus. schuß einer Revision unterworfen und der Beschluß des Kreistages über die etwa nach Maßgabe ber Vorschriften ber SS. 84. 89. bis 93. nothwendigen Abandes rungen eingeholt. In der Zwischenzeit erfolgt eine Revision nur:

1) wenn die gabl der Städte des Kreises sich vermehrt ober vermindert, ober wenn eine Stadt in Gemäßheit des S. 4. aus dem Kreisverbande ausscheibet. In diesen Fällen ift alsbald eine anderweite Vertheilung der Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbande und eine Neuwahl

fämmtlicher Kreistags-Abgeordneten vorzunehmen;

2) wenn

(Nr. 8080.)

Aufstellung des Ber.

2) wenn die Bahl der Berechtigten in dem Verbande der größeren Grundbesitzer sich dergestalt vermehrt oder vermindert, daß nach §. 90. die Zahl der diesem Verbande zukommenden Abgeordneten eine größere ober geringere wird, als bei der letten Vertheilung. In diesem Falle ift vor den nächsten regelmäßigen Ergänzungswahlen (S. 108.) von dem Kreistage eine Berichtigung des Vertheilungsplanes vorzunehmen und find fodann nach diesem berichtigten Bertheilungsplan die erforderlichen Ergänzungs- beziehungsweise Neuwahlen zu vollziehen.

und Wergwerlsbesitzer unier. E119. de der in den g

Entscheidung über geordneten.

Die Wahlprotokolle sind von dem Kreisausschusse zu prüfen und dem Kreisbie Gultigkeit der Wah, tage vorzulegen. Der Kreistag kann in der ersten Bersammlung, nachdem die Wahlprototolle eingegangen find, die Wahl beanstanden. Die Entscheidung über eine beanstandete Wahl erfolgt durch das Berwaltungsgericht.

> Die Namen der Gewählten find durch das Kreis- beziehungsweise Umtsfoldes nicht besteht, durch das Anieblatt zur össenklichenscham us immed tind belabt bei Altrage auf Berichtigung die 1818 es eichnisses find dinnen einer Frist von

Die Kreistags-Abgeordneten erhalten weder Diäten noch Reisekosten.

3weiter Abschnitt.

Von den Versammlungen und Geschäften des Kreistages.

bande (Sc. 89, und 90.), die Bilbungelin. Babibegirfen für bie

a) Im Allgemeinen.

Geschäfte bes Rreis. Der Kreistag ift berufen, den Kreis-Rommunalverband zu vertreten, über die Kreisangelegenheiten nach näherer Borfchrift dieses Gesetzes, sowie über die jenigen Gegenstände zu berathen und zu beschließen, welche ihm zu diesem Behufe durch Gesetze oder Königliche Verordnungen überwiesen sind, oder in Zu-tunft durch Gesetz überwiesen werden. Areistag, und ift burch bas Rreis- beziehungsweise Amisblait zur öffentlichen

S. 116.

b) Im Besonderen.

Insbesondere ift der Kreistag befugt: I wie noch fing vonie menmit!

1) nach Maßgabe des S. 20. statutarische und reglementarische Unordnungen zu treffen;

2) zu bestimmen, in welcher Weise Staatsprästationen, welche freisweise aufzubringen sind, und deren Aufbringungsweise nicht schon durch das Gefetz vorgeschrieben ist, repartirt werden sollen.

Bei der Bestimmung im §. 5. Nr. 3. des Gesehes wegen der Kriegsleiftungen vom 11. Mai 1851. (Gefet Samml. S. 362.) behält es fein

Bewenden;

3) Ausgaben zur Erfüllung einer Verpflichtung oder im Interesse bes Rreifes zu beschließen, und zu diesem Behufe

über das dem Kreise gehörige Grund. beziehungsweise Rapitalvermögen zu verfügen, Anleihen aufzunehmen, und die Kreisangehörigen mit Kreisabgaben zu belaften; meindropallemontieren rechilden

4) inner

690

y some cas 2,000 con Thresholden on the Rischards del größeren Grundbengen haben Longunden alle del aber derinderen eine größere ober geenigen worden Longunden auf delte Verlöglung In diesen Julie der den worden vergelmäßigen Ergöngungswohlen (§ 108) von dem kreißnen erkentenigung des Berichtungspanes vorzumburen und find der oben worde Berichtungsweite Reinbritungspanes vorzumburen und find der oben worde Berichtungsweite Reinbritungspanes vorzumburen und find der oben worde berichtungsweite Reinbritungspanes vorzumburen.

macafron of aranguage strangeration abundual

Tage von Maniferale ind van den Freskansichnist an prüfen und den Areise tage vongalegen. Der Freskag-fami in der seiten Vergamulung, nachdem die Madiferalelle eingegangen inne der Malif deutständene Die Entscheidung über

Die Namen der Gewährten find burch bas Rreis- besiehungsvorise Amto-

lati brianni zu muchen.

Die Kreistags-Alfgendereiten erbeiten mehre. Dieten noch Reifeligften

Smiles Abidente a stimble minute

Bon ben Berfammlungen und Ceschäffen des Areistages.

Der Ardistag ist bernien. den Arreik-Ronningnalssendand zu serfreien. der isamgelegenbeiten mach näberer Kortskrift bestes Estegen, seiner über

enigen Geganstände in berather und zu belchliegen welche ihm zu diezem Ber sude durch ihrliche aber Konnaliake Perorbauragen ihrendere find) ober in Sur-

and the state of t

Theoretic of the selection of the appropriate the selection of the selecti

ar treffens

de bestemmen, in welcher Weite Standspränkricher, wicht freine barch

(Seles poracidations its reported position follow

regard to deal and the second of the second

Interaction out Confirmed ones Branchang ober im Surgella bes

über das dem Kreis gebörige Grands denebungsmein Kopitolivornügen zu nerlügen. Anleiden aufzwiedenen, und die Arseisangehörigene will

4) anner

- 4) innerhalb der Vorschriften der S. 10-18. den Vertheilungs- und 12 91 Aufbringungsmaßstab der Kreisabgaben zu beschließen;
- 5) den Kreishaushalts-Etat festzustellen und hinsichtlich der Jahresrechnung Decharge zu ertheilen (SS. 127. und 129.);
- 6) die Grundsätze festzustellen, nach welchen die Verwaltung des dem Kreise gehörigen Grund- und Rapitalvermögens, sowie der Kreis-Einrichtungen und Alnstalten zu erfolgen hat;
 - 7) die Einrichtung von Kreisämtern zu beschließen, die Zahl und Besoldung der Kreisbeamten zu bestimmen;
 - 8) die Wahlen zum Kreisausschuffe (g. 130.) und zu den burch das Gefet für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommiffionen zu vollziehen, sowie besondere Kommissionen und Kommissare für Kreiszwecke zu bestellen (S. 167.).

Für Die Bollziehung biefer Wahlen gelten die Bestimmungen bes Diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements;

- 9) Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, die ihm zu diesem Behufe von den Staatsbehörden überwiesen werben;
- 10) die durch Gesetz oder Königliche Berordnung (g. 115.) ihm übertragenen sonstigen Geschäfte wahrzunehmen.

drondle medej dan neliedmusen a S. 117.

Meber Konds, welche ber Gefammtheit bes platten Landes oder ber Stadte Berfügung über Konds gehören, fteht ben Kreistags-Abgeordneten bes platten Landes beziehungsweise einzelner Kreistheile. der Städte die Verfügung allein zu.

Insbesondere haben über diejenigen Fonds, welche in der Rur- und Neumark Brandenburg aus den Kontributions = Ueberschüffen angesammelt find, die

Rreistags - Abgeordneten bes platten Landes allein zu verfügen.

S. 118.

Der Landrath beruft die Rreistags-Abgeordneten zum Rreistage durch be- Berufung bes Rreissondere Einladungsschreiben, unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände, tages und Leitung der führt auf bemfelben ben Borfitz, leitet die Verhandlungen und handhabt die bemfelben. Ordnung in der Verfammlung. In Behinderungsfällen übernimmt der dem Dienste beziehungsweise Lebensalter nach alteste anwesende Rreisdeputirte ben Vorfit.

Mit Ausnahme dringender Fälle, in welchen die Frist bis zu drei Tagen abgefürzt werden darf, muß die Einladung fammtlichen Kreistags Abgeordneten mindestens 14 Tage vorher zugestellt werden. Gegenstände, die nicht in die Einladung zum Kreistage aufgenommen sind, konnen zwar zur Berathung gelangen, die Fassung eines bindenden Beschlusses über dieselben barf jedoch erft

auf dem nächsten Kreistage erfolgen.

Antrage von Kreistags-Abgeordneten auf Berathung einzelner Gegenstände find bei dem Landrathe anzubringen und in die Einladung zum nächsten Kreistage aufzunehmen, insofern fie vor Erlaß der Einladungsschreiben eingeben. Der (Nr. 8080.) Land.

Landrath ist verpflichtet, jährlich wenigstens zwei Kreistage anzuberaumen, außerdem aber ist er hierzu berechtigt, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Zusammenberufung des Kreistages muß erfolgen, sobald dieselbe von einem Biertel der Kreistags-Abgeordneten oder von dem Kreisausschuffe verlangt wird.

Von einem jeden anzusetzenden Kreistage hat der Landrath der Bezirksregierung unter Ginsendung einer Abschrift bes Ginladungsschreibens Unzeige zu

machen.

S. 119.

Abfaffung besonderer Propositionen für ben Rreistag und Buftel. fung berfelben an bie Rreistagsmitglieder.

Soll auf dem Kreistage Beschluß gefaßt werden:

1) über die Festsetzung des Abgaben Bertheilungsmaßstabes in Gemäßbeit des S. 12.,

2) über Mehr- und Minderbelaftungen einzelner Rreistheile in Gemäßheit

des S. 13.,

3) über solche Gegenstände, welche Kreisausgaben nothwendig machen, die nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung des Kreises beruhen,

fo ist ein ausführlicher Vorschlag zu dem Beschlusse, welcher über

a) den Zweck desselben,

b) die Art der Ausführung,

c) die Summe der zu verwendenden Kosten,

d) die Aufbringungsweise,

das Nöthige enthält, von dem Rreisausschuffe auszuarbeiten und jedem Abgeord. neten mindestens 14 Tage vor Abhaltung des Kreistages schriftlich zuzustellen. Die Frift darf bis zu drei Tagen abgefürzt werden, wenn einem Nothstande vorgebeugt oder abgeholfen werden foll.

§. 120.

Deffentlichkeit ber Rreistagefigungen.

Die Sitzungen bes Kreistages find öffentlich. Für einzelne Gegenstände fann burch einen in geheimer Sitzung zu faffenden Beschluß ber Versammlung die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden.

§. 121.

Befdluffähigfeit bes Rreistages.

Der Kreistag fann nur beschließen, wenn mehr als die Balfte ber Ditglieder anwesend ift. Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder bes Kreistages, jum zweiten Male zur Verhandlung über benfelben Gegenstand berufen, bennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen find. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diefe Bestimmung ausdrücklich bingewiesen merden.

S. 122.

Kreistages wegen per jenige nicht Theil nehmen, dessen Interesse mit dem des Kreises im Widerspruch steht. sonlichen Interesses. Un Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen bes Kreises barf ber-

S. 123.

Theilnabme ber Mit.

Die Mitglieder des Kreisausschuffes, welche nicht Mitglieder des Kreis. glieber bes Kreisaus, tages find, werden zu den Versammlungen des Kreistages eingeladen und haben tageversammlungen. in denselben berathende Stimme.

S. 124,

janen einem Abenifung des kereistages nung größen, sebald dieselbe von einem Wiertels
der Arrestage-Lögenaurten öber von dem Arrestanskauskauske rerlangi vond
der Arrestage-Lögenaurten dem geschen Arrestage hat der Lendrald der Begirksresteung under Einfendung einer Abstoreff des Einladungsköreibens Argeige zu
ander dem mannen naurvanne (.21.2) auslagabenst von des auf sodalisamsgandschreiben

aweiten Zufannnenbeaufung muß auf diese Westimmung ausbrücklich hingewiesen al

1 51 - 21872 (Str. 8080.)

-- 1999 ---

Conducted ist dereistlichtet, jährlich wendichens zwei Kreistage anzubermennen, auflete dem aber ist er hierzu beweichigts zwei est die Mercheite erhodeum aben Injammenberufung des Kreistages west, enkalgen, jedenke dareiten beim abende der der Kreistags-Alogeordneren aber von dem Kreistandschuffe werken kund

Lion einem jeden angulegenden Arnschuge den den kontoropik den Beginzen regiening wirter Einfehdung einer Allfehrift des Einfehdungsführeibung. Findige Ju

manien.

2 113

Soll auf bem Kreistage Beschluß gefaßt werben :

- 1) über die Festsetzung bes Abgaben Vertheitungsmaßstabes in Gemaßseil
- 2), was Micht und Mindenbelaffungen einzelnen Attistigeis im Siemagheit 2 des Liberts im dem dem annionaliste delle auffilm nodern in
- The fishes fishes Gegenständer weiche Kreisensgoben weishnerikig machen die ben micht auf enter gesensichen Beroflichung des Kreises besubere

to ift ein ausführlicher Worfchlag zu bem Befoluffe, welcher über

b) die Int der Ausführung,

) die Summe der zu verweitenden Kollen.

i) die Liufbringungsweife,

bas Möthigedenthalt, von dem Konstandschafts andruntbenen und jedem Abgeordneten mindeftens 14 Tage vor Abhaltung bes Kreistages schriftlich zuzustellen. Die Frist darf bis zu drei Tagen abgehirzt werden, wenn einem Nathfionde vorgebeugt des abgeholsen werden foll schlag zusänzu. Dem annichtiels

S 120

Die erigungen bes kreistagen find offenflich. Fint einelne wegentlande tann burch einen in geheinter Sihmig zu fassenben Beschluf ber Berjannnung bie Orffentlichkeit ausgeschlossen werben.

0.121.

Der Areistag kunn mie beschließen, wenn nicht ille bie Hälfte ber Misglieber anwesend ist. Eine Liusnahme hiervon sindet statt, wenn die Mitglieber des Areistages, zum zweiten Male zur Berhandlung über benselben idegenkend denrien, dernacht nicht im beschlinflähiger Mitgehet ericedung finda Beil der weiten Zusunsiendscutzung muß auf diese Bestimmanng misbeileich hingewiesen

6. 122

and Derbanklichigen über Mahte und Akapilichtungen des Areisel burg berjenige nicht Their nehmen, beifen Zuteresse und dem des dereifes ihr Allbertwicke siest

S. 123.

Die Mitglieder des Afreismustwugen, welche intelleder des Arrist laged unby merben pu den Restouwnlungen des Arreisinges Ameriaden eindrichen in derlieden beraldende Stimme.

6. 124.

Die Beschlüffe bes Kreistages werden nach Mehrheit ber Stimmen gefaßt. Fassung ber Kreis.

Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag als abgelehnt.

Bu einem Beschlusse, durch welchen eine neue Belastung der Kreisange- Stimmenmehrheit. hörigen ohne eine gesetliche Verpflichtung oder eine Veräußerung vom Grund. ober Rapitalvermögen des Rreifes bewirft oder eine Beränderung des festgestellten Bertheilungsmaßstabes für die Kreisabgaben (S. 12.) eingeführt werden foll, ift jedoch eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Drittel der Abstimmenden erforderlich.

tagsbeschluffe nach ein-

Ueber die Beschlüsse des Kreistages ist eine besondere Verhandlung aufzu- Absassung und Bernehmen, in welcher die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder aufge- tagsprotokolle. führt werden muffen. Diese Verhandlung wird von dem Vorsitzenden und von wenigstens drei Mitgliedern des Kreistages vollzogen, welche zu diesem Behufe von der Versammlung vor dem Beginne der Verhandlung zu bestimmen und in letterer aufzuführen find.

Ueber die Wahl eines Protokollführers und die Formen der Verhandlung bestimmt im Uebrigen die von dem Kreistage zu beschließende Geschäftsordnung.

Der Inhalt der Rreistagsbeschlüsse ift, sofern der Kreistag nicht in einem einzelnen Falle etwas Anderes beschließt, in einer von dem Kreistage zu bestimmenden Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Der Bezirksregierung ift eine Abschrift des Protofolls einzureichen.

S. 126.

Petitionen und Eingaben, welche Namens des Kreistages in Bezug auf Absassing von pe-die seiner Beschlußnahme unterliegenden Angelegenheiten (SS. 115. und 116.) titionen und Eingaben bes Kreistages. überreicht werden follen, müffen auf dem Kreistage felbst berathen und vollzogen werben. Daß dies gescheben, ift in bergleichen Eingaben ausdrücklich zu bemerfen.

do done nopiedagen and Dritter Abschnitt.

Bon dem Rreishaushalte.

S. 127.

Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche fich im Boraus bestimmen Aufstellung und Best laffen, entwirft der Rreisausschuß jährlich einen Haushalts. Etat, welcher von dem fiellung bes Kreishaus. Rreistage festgestellt und demnächst in derselben Weise, wie die Rreistagsbeschlüffe, veröffentlicht wird.

Bei Vorlage des Haushalts. Etats hat der Kreisausschuß dem Kreistage über die Verwaltung und ben Stand der Kreis-Kommunalangelegenheiten Bericht zu erstatten.

Eine Abschrift des Stats und des Verwaltungsberichtes wird nach erfolgter

Feststellung des ersteren sofort der Bezirksregierung überreicht.

Alusgaben, welche außer dem Etat geleistet werden follen, bedürfen der Genehmigung bes Kreistages.

Jahrgang. 1872. (Nr. 8080.)

95

§. 128,

6. 128.

Rommunalfaffe.

Revision ber Kreis. Die Kreis-Kommunalkasse muß an einem bestimmten Tage in jedem Monate regelmäßig und mindestens einmal im Jahre außerordentlich revidirt werden. Die Revisionen werden von dem Vorsitzenden des Kreisausschuffes vorgenommen. Bei den außerordentlichen Revisionen ift ein von dem Rreisausschuffe zu bestimmendes Mitglied beffelben zuzuziehen.

§. 129.

Legung, Prüsung,
Die Jahresrechnung in von dem Stendamen der Kreisausschusse einzureichen.
Beststellung und Ent. dem 1. Mai des folgenden Jahres zu legen und dem Kreisausschusse einzureichen. Diefer hat die Rechnung zu revidiren, folche mit feinen Erinnerungen und Bemerkungen bem Rreistage zur Prufung, Teftstellung und Entlaftung einzureichen und bemnächst einen Rechnungsauszug zu veröffentlichen. Der Kreistag ift befugt, diese Prüfung durch eine hiermit zu beauftragende Kommission bewirken zu laffen. Gine Abschrift bes Feststellungs. Beschlusses ift sofort der Bezirks. regierung vorzulegen.

nedroeffaches eine Medrigen bie ben Abschnitt.d nou eid neproell mit immissel

Bon bem Kreisausschuffe, seiner Zusammensetzung und feinen Geschäften in ber Kreis-Rommunal- und allgemeinen Landesverwaltung.

S. 130.

Die Stellung bes

Bum Zwede ber Berwaltung ber Angelegenheiten bes Kreises und ber Kreisausschusses im Wahrnehmung von Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung wird ein Kreis. ausschuß bestellt. Dem bein bem bereigige felbit beratte. Helbit beratte.

n. Dag bies geschehen, ift in 181 geichen Gingaben ausbrücklich

Die Busammensehung beffelben.

Der Kreisausschuß besteht aus bem Landrathe und sechs Mitgliedern, welche von der Kreisversammlung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Fur die Wählbarkeit gelten die im 6. 96. für die Wahlberechtigung gegebenen Beftimmungen.

Geiftliche, Rirchendiener und Elementarlehrer können nicht Mitglieder des Rreisausschusses sein; richterliche Beamte, zu denen jedoch die technischen Mitglieber ber Sandels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu gablen find, nur

mit Genehmigung bes vorgesetten Ministers.

S. 132.

It und demnarchit

Bestellung eines Syn. Der Kreistag kann nach Bedürfniß einen Syndikus bestellen, welcher die Befähigung zum höheren Richteramte besitt. Derfelbe nimmt an ben Sikungen mit berathender Stimme Theil.

S. 133.

Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt auf feche Jahre mit der Maß. Umtebauer, Bereibi. gung und Dienstver gabe, daß bei Ablauf der Wahlperiode die Mitgliedschaft im Ausschusse bis zur mitglieber. Mahl

S. 128.

Die Kreis-Kommunakasse muß an einem bestimmien Tage in sebem Monaie regelmäßig und inindestens einmal im Jahre außererdenklich reviblit werden. Die Revisionen werden von dem Worsigenden des Kreisausschusses vorgenommen. Bei den außerordenklichen Revisionen ist ein von dem Kreisausschusse zu bestimmendes Mitglied desselben zuzuriehen.

S. 128

Die schrekennung ist von dem Biendanten der Kreischammunlinssen dem i. Mai des solgenden Jahres zu segen und dem Kreischalle einzureichen. Dieser hat die Rechnung zu redidren, solche mit seinen Erinnerungen und Bemerkungen dem Areistage zur Brüfung, seichsellung und Entlassung einzwreichen und dem dem dem Rechnung einzwreichen gugt, diese Arüfung durch eine biermit zu beauftragende Kommussion bewirken zu lassen. Der Arüfung der Bestischaften zu lassen Gine Absierten dem Gine Absierten dem Gine Absierten dem vorzulegen.

Director Abschmitts

Von dem Areisausschusse, seiner Busammenkehung und seinen Geschäften in der Areis-Kommungt- und allgemeinen Landeverwaltung

081 2

Su Sielung bet Angelendlung der Verwaltung der Angelegenhoiten des Kreifes und der Rechantiquise im Mahrnehmung von Geldhäften der allgemeinen Landeboerwaltung wird, ein Kreißungeweinen

Der Kreisansichuß besteht aus dem Landrathe und seche Miglieberrewelche von der Kreisversammlung aus der Jahl der Kreisangebörigen nich absoluter Simmenmehrbeit gewählt werden. Für die Wähldurkeit gelten die im * Die int die Wahlberechieung gegebenen Lieftimmungen

Geiffliche, Kuchenbiener und Elemenfariehrer können nicht Mitglieber des Freisausschuffes sein, richterliche Beante, zu denen jedoch die technischen Mitglieber der Haben Grieber der Derichte nicht zu gihlen find, nur wirt Genebmanng des vorgelesten Ministers

S. IBS

Befährung eine Spa Mreisting tann nach Bedürfinft, einen Sunditus bestellen, welcher die Ant. Befähigung zum höheren Michterannte besist. Dersellse niemmt an den Sigungen

SET 138

Ratuboun umle Die Alahl der Linsschuftnischer erfolgt auf seine Jahre mit der Mah.
ger um Dienkore gabe, daß ber Ablauf der Mahlperiobe die Mitgliedschaft im Linsschuffe bis zur
ger der ansiches gabe, daß ber Ablauf der Mahlperiobe die Mitgliedschaft im Linsschuffe bis zur
gekate.

demeindenachanden übertragene kejaluterische Entischung von Streitige keilen großden Alansmordbänden und den zur Amierinigung eines Hulfse Geburftigen verpflichteler Aberrandten und Angedärigen

Wahl des Nachfolgers fortbauert. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus. Die bas erfte Mal Ausscheidenden werden burch bas Loos bestimmt.

Die Ausgeschiedenen können wiedergewählt werden.

Die Ausschufmitglieder werden von dem Vorsitzenden vereidigt. Gie fonnen burch Beschluß bes Verwaltungsgerichts ihrer Stellung enthoben werben.

manife dilin e eder rechlen in am 6. 134.

Der Kreisausschuß hat:

1) die Beschluffe des Kreistages vorzubereiten und auszuführen, soweit damit Kreisausschuffes in der nicht besondere Rommissionen, Rommissarien oder Beamte burch Geset berallgemeinen Canbes. oder Kreistagsbeschluß beauftragt werden;

2) die Kreisangelegenheiten nach Maggabe ber Gefete und ber Beschlüffe des Kreistages, sowie in Gemäßheit des von diesem festzustellenden Kreishaushalts. Etats zu verwalten;

3) die Beamten bes Rreises zu ernennen und beren Geschäftsführung zu

leiten und zu beaufsichtigen.

Sinsichtlich ber Befetung ber Kreisbeamtenftellen mit Militair-Invaliden gelten die in Unfehung der Städte erlaffenen Borfchriften; hinsichtlich der Dienstvergeben der Kreisbeamten fommen die Bestimmungen des S. 35. zur Anwendung;

4) sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche ihm von den

Staatsbehörden überwiesen werden;

5) die ihm durch dieses Geset übertragenen, beziehungsweise noch weiterbin gesetlich zu übertragenden Geschäfte ber allgemeinen Landesverwaltung zu führen.

6. 135.

In dem Gebiete der allgemeinen Landesverwaltung gehören fortan folgende Ungelegenheiten mit den dabei bezeichneten Befugniffen zum Birkungsfreise des bes Kreisausschuffes in Rreisausschusses:

Besondere Beschäfte ber allgemeinen Canbes. verwaltung.

Die Beschäfte bes

I. In armenpolizeilichen Angelegenheiten:

1) die nach SS. 60-62. bes Gesethes vom 8. März 1871., betreffend bie Ausführung bes Bundesgefetes über den Unterftugungswohnsit (Gefet-Sammil. S. 130. ff.), den Kreistommissionen zustehende schiederichterliche Entscheidung und fühneamtliche Bermittelung von Streitigkeiten zwischen Urmenverbänden;

2) die nach S. 65. beffelben Gefetes den Landrathen beziehungsweise ben Gemeindevorständen übertragene resolutorische Entscheidung von Streitigfeiten zwischen Armenverbanden und den zur Unterftügung eines Gulfs.

bedürftigen verpflichteten Berwandten und Angehörigen.

II. In wegepolizeilichen Ungelegenheiten:

1) die resolutorische beziehungsweise interimistische Entscheidung in streitigen Wegebaufachen in Gemäßheit ber Bestimmungen im §. 61.

Der (Nr. 8080.)

Der Kreisausschuß entscheibet:

a) was im Interesse des öffentlichen Berkehrs geschehen muß.

Gegen diese Entscheidung ist mit Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges innerhalb zehn Tagen die Berufung an das Verwaltungsgericht zulässig;

b) von wem und auf wessen Kosten das Erforderliche geschehen muß, und in Verbindung hiermit, ob und in welcher Höhe Entschädigung

zu leisten ist.

Diese Entscheidung gilt als Interimististum, welches im Wege ber administrativen Szekution sofort vollstreckbar ist. Dem Betheiligten bleibt der ordentliche Nechtsweg offen gegen Denjenigen, welchen er zu der ihm angesonnenen Leistung oder Entschädigung für verpflichtet erachtet;

c) ob ein Weg, von dem es streitig ist, ob er ein öffentlicher oder Privatweg sei, für den öffentlichen Verkehr in Anspruch zu nehmen ist.

Gegen diese Entscheidung ist innerhalb zehn Tagen die Be-

rufung an das Verwaltungsgericht zuläffig.

Zur Entscheidung darüber, ob der Weg die Eigenschaft eines Privatweges hat, steht dem Betheiligten der ordentliche

Rechtsweg zu.

Wird in dem gerichtlichen Verfahren der Weg für einen Privatweg erklärt, so kann derselbe die Sigenschaft eines öffentlichen Weges nur in Folge des Expropriationsverfahrens erhalten. Bis zur Erledigung des gerichtlichen beziehungsweise des Expropriationsversahrens bleibt das Interimistikum aufrecht erhalten.

Sind in den Fällen zu a., b. und c. mehrere Kreise betheiligt, so bezeichnet das Verwaltungsgericht denjenigen Kreisausschuß, welcher die Sache zu erledigen hat;

2) die Befugniß, die Anwendung der Bestimmungen des Gesehes vom 21. Dezember 1846. (Geseh-Samml. für 1847. S. 21.), betreffend die bei dem Bau von Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter, nach Maßgabe des §. 26. a. a. D. auch auf andere öffentliche Bauten (Kanal-, Chaussee-2c. Bauten) auszudehnen, insoweit es sich hierbei um Bauten des Kreises oder von Gemeinden handelt.

III. In Borfluths., Ent. und Bewäfferungsfachen:

- 1) die resolutorische beziehungsweise interimistische Entscheidung in Angelegenheiten, betreffend
 - a) die Festsetzung der Höhe des Wasserstandes bei Stauwerken auf Grund der §§. 1 7. des Vorstuthsgesetzes vom 15. November 1811. (Gesetz-Samml. S. 352.) und der §§. 4—11. des Vorsstuthsgesetzes für Neuvorpommern und Rügen vom 9. Februar 1867. (Gesetz-Samml. S. 220.);

b) die

- b) die Beschaffung von Vorfluth auf Grund der SS. 11. ff. des Gesetzes vom 15. November 1811., und
- c) bie Räumung und Unterhaltung von Gräben, Wafferabzugen und Drivatfluffen auf Grund des S. 10. des Gesetzes vom 15. Rovember 1811., des S. 7. des Gesetzes über die Benutung der Privatfluffe vom 28. Februar 1843. (Gefet Samml. S. 41.) und ber SS. 1. und 2. des Gesetzes vom 9. Kebruar 1867.

mit der Maßgabe, daß die in Bezug auf diese Angelegenheiten der Bro. vinzial-Polizeibehörde beziehungsweise Bezirteregierung beigelegten Befugnisse auf den Kreisausschuß, die der Ressortministerien auf das Verwaltungsgericht übergehen.

Soweit gegen diese Entscheidung als interimistische der Rechtsweg offen steht, findet Berufung an das Berwaltungsgericht nicht statt;

2) die Entscheidung über Beschwerben gegen die von den Polizeibehörden (Amtsvorstehern und städtischen Polizeiverwaltungen) in Borfluths- und andern mafferpolizeilichen Angelegenheiten erlaffenen Berfügungen (6. 9. des Gesetzes vom 15. November 1811., SS. 3-6. des Gesetzes vom 28. Februar 1843., S. 13. des Gesetzes vom 9. Februar 1867. u. f. w.);

3) die Abfaffung des Präflufionsbescheides bei Bewässerungs. und Entwäfferungsanlagen in Gemäßheit der SS. 19 - 22. des Gefehes vom 28. Kebruar 1843., bes Gefetes vom 23. Januar 1846. (Gefet Samml. S. 26.) und bes Artifels 3. des Gesetzes vom 11. Mai 1853. (Gesetz-

Samml. S. 182.);

4) der Erlaß von Reglements über die Räumung von Gräben und Wafferläufen auf Grund bes S. 3. des Gesetzes für Neuvorpommern vom 9. Februar 1867.

Sind in den Källen zu 1., 3. und 4. mehrere Kreise betheiligt, fo bezeichnet das Verwaltungsgericht denjenigen Kreisausschuß, welcher

die Sache zu erledigen hat;

5) die in ben SS. 30. bis 32. des Gesetzes vom 28. Februar 1843, porgesehenen Funktionen ber Rreis. Bermittelungskommission bei Bewässe. rungsanlagen.

IV. In feldpolizeilichen Angelegenheiten:

1) die resolutorische Entscheidung in Pfandgeld-Streitsachen in Gemäßheit of 386 & bes S. 67. ber Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847. (Gefets-Samml. S. 376.) in letter Instanz auf Berufung gegen Entscheidungen 140 262.4 des Amtsvorstehers, beziehungsweise der städtischen Polizeibehörde;

2) die Entscheidung über Beschwerden gegen die Verfügungen der Amts. 1876 (914) vorsteher und der städtischen Polizeiverwaltungen;

3) die Bestätigung von Gemeindebeschlüffen über die Freigebung des 1876 100 319 Thierfanges mahrend ber Gaat- und Erndtezeit auf Grund bes &. 40. ebendaselbit;

4) die

4) die Festsetzung von allgemeinen Werthsätzen für Wartung und Fütterung gepfändeter Viehstücke nach §. 55. und von allgemeinen Gebührensätzen für Taxatoren nach §. 66. ebendaselbst.

V. In gewerbepolizeilichen Angelegenheiten:

1) die resolutorische Entscheidung in Angelegenheiten, betreffend die Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen, beziehungsweise die Ertheilung der Genehmigung zu denselben auf Grund der §§. 16—25. der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869. (Bundes-Gesehl. S. 245.), soweit Anlagen der nachbezeichneten Art in Frage stehen:

Gasbereitungs- und Gasbewahrungsanstalten, Anstalten zur Destillation von Erdöl, Anlagen zur Bereitung von Braunkohlentheer, Steinkohlentheer und Koaks, soweit sie überhaupt einer Genehmigung bedürsen; Glas- und Rußhütten, Kalk, Ziegel und Gypsösen, Anlagen zur Gewinnung roher Metalle, Metallgießereien, soweit sie überhaupt einer Genehmigung bedürsen; Hammerwerke, Schnellbleichen, Firnißsiedereien, Stärkesdriften, soweit sie überhaupt einer Genehmigung bedürsen; Stärkesdriften, soweit sie überhaupt einer Genehmigung bedürsen; Stärkesdriften, Wachstuch-, Darmssaiten-, Dachpappen- und Dachsilzsabriten, Leim-, Thran- und Seisenssiedereien, Knochenbrennereien, Knochenbarren, Knochenbrenhereien und Knochenbleichen, Zubereitungsanstalten für Thierhaare, Talgschmelzen, Schlächtereien, Gerbereien, Abbeckereien, Poudretten- und Düngspulversabriten, Stauanlagen für Wassertriebwerke und Dampskessel.

Rücksichtlich aller übrigen nach den oben bezeichneten Paragraphen der Gewerbeordnung einer Genehmigung bedürfenden Anlagen bleibt die bisberige Zuständigkeit der Bezirksregierungen bestehen;

2) die Entscheidung über Anträge auf Ertheilung von Konzessionen zum Betriebe der Gast- und Schankwirthschaft, wie zum Kleinhandel mit Getränken in Gemäßheit des §. 33. der Gewerbeordnung für den Nordbeutschen Bund vom 21. Juni 1869. (Bundes-Gesetzl. S. 245.) nach Anhörung der Ortspolizei- und Gemeindebehörde, sowie über die Zurücknahme solcher Konzessionen in Gemäßheit des §. 54. desselben Gesetzes.

In dem kontradiktorischen Verfahren wird das öffentliche Interesse durch den Amtsvorsteher beziehungsweise die städtische Polizeibehörde

wahrgenommen.

VI. In bau- und feuerpolizeilichen Angelegenheiten:

die Entscheidung über Beschwerben gegen Anordnungen oder Berfügungen der Amtsvorsteher und städtischen Polizeiverwaltungen.

VII. In Unfiedelungsfachen:

bie Entscheidung über Anträge auf Gestattung neuer Ansiedelungen in Gemäße heit der §S. 27. ff. des Gesetzes vom 3. Januar 1845. (Gesetze Samml. S. 25.)

4) die Festsehung von allgemeinen Werthsasen für Waxtung und Füterung gepfändeter Biehftüde nach S. 55, und von allgemeinen Gebührensasen für Azzatoren nach S. 66, ebendaselbst.

V. In gewerbepolizellichen Angelegenheiten:
1) die resolutouiche Enischehung in Angelegenheiten, beiressend die Erichtung ober Leranderung gewerblicher Anlagen beziehungswelfe die Erichtung der Genehungung zu benfelden auf Grund der St. 16—25. der Kowerberchnung für den Rondeleichen Bund von 21. Juni 1869.
Bundes-Gesehl. S. 245.), soweit Anlagen der nachbezeichneten Ari in

Gasbereitungs und Gasbewahrungsanftallen, Auflalien zur Deftillation von Erdel, Anlagen zur Bereitung von Braunkohlentbeer, Struksblemibest und Konfis, sweiche gehrbautzt einen Genehmigung dedücken: Glas- wo Rugbulten Kalf. Ziegel und Appsösen, Anlagen zur Gewennung rober Niehalle. Wetallstiegereien, soweit sie überhaubt einer Genehmigung dedürfen, Havelt sie überhaupt einer bleichen, Fixuksfiedereien, Stärkelderunsfadriten, sweit sie überhaupt einer Genehmigung bedürfen; Stärkelderunsfadriten, Konst. Abense und Seisenfallen. Dachappere und Dachtigadriten, Konst. Abense und Seisenfiedereien, Knochenbernereien, Andhendereien und Konstellensen Sederstungsanstalten zur Klassenten Knochenberten und Dünganktentabrilen. Stanmidgen die Klassertiebwerfe und Dangelfest.

2) die Entschlung über Antroge auf Eribeilung von Rohrelfforen zum Wetelebe die Antrophen und Wetelebe die Gewahnlichen der Alexahnung für den Nordenbellen der Gerahnung für den Nordenbergeren Bund von Deutschen Bund von Land 1869. (Bundes Gesehl St. 245.) nach den Androphen Bund von Dieserbeite der Benkendenbergeren der Gesehler des Gesehler die Gesehler der Gesehler des Gesehler des Gesehlers des Gesehlers des Gesehlers des Gesehlers des Gesehlers des Gesehlers Gesehrers

den Angeneumen. Durch den Ansterseischen beziehungswerte big anferiger Artigebehörde wachren werten.

negranding of the Osterophysical medical production of the Californian of the Californian of the Osterophysical manufacture of the Osterophysical manufacture of the Californian of the Osterophysical manufacture of the Osterophysical manufacture

des Erichtelbung über Alatrige aus Gestathung neuer Alatricitationen in Gemößhelt der II. Er ff. des Gesehes wenn & Januar 1846 (Geseh-Samund & 25)

669 -

des S. II. des Gesetze vour 24. Mai 1853. (Gesetzemms. S. 241.) und des Gesetzes vom 26. Mai 1856. (Gesetzemms. S. 613.).

VIII. In Diemembrations. Angelegenheiten

die Bestätigung der Aldgabenvertheilungspläne und die Regulirung sosot vollsteckbarer Jaierimistika, mit Ludschluß der Festschungen über die Vertheilung der Arundseuern und Nerden auf Grand der St. 19 – 23 des Geleges vom 3. Januar 1845. (Geleg-Sammt. S. 25. ft.) des g. 6 des Geleges vom 24. Mai 1853. (Geleg-Sammt. S. 241.) und des Geleges vom 26. Mai 1856. (Geleg-Sammt. S. 341.) und des Geleges vom 26. Mai 1856.

Als Bernfungsinftang frift an die Stelle des Maniferians für die land

wirtighaftlichen Angelegenheiten die Begirföregierung

Eine Ministerial Institution regels bas jornelle Geschäftsversabren.

IX. Tankenmunabladen der Amisbegirke, Landyemeinden und

Die Aufficht über die Kommunal Angelegenheiten ber Amisbegirfe, der lände lichen Geniemben und felbstiftändigen Gulöbegirfe, insbeisondere:

- 1) die Genebuigung von Kommunalbegiefs-Veranderungen durch Julegung oder Abgweigung einzelner Grundsführe nach den Norschriften im L. 1.
 des Geleges vom 14. April 1856, beireffend die Kondgemeindeverfassungen ein den freih öhlichen Prophysen den Magamehie (Gesege-Sammil, S. 359.), foweil diese Genebuigung disder dem Obervrähdenten zutrand z
- 2) die Genehmigung von Angelnanderpagen an Stelle den Beiheiligten ein Folge von Begridweranderungen an Stelle den Bezielsregierung auf Grand des h. Allmen 6. a. n. D. Eugliehen derbei Streitigfeiten so entscheidete solden bas Perwaltungsgericht an Stelle des Oberprassberuen
- 3) die Genehmigung des Staluts über die Vereinigung eines ländlichen Gemeindebegiels und eines seibstellichnichten Grutsbegiels nach S. L
- 4) bie Restätigung von Gemeindebeschlussen über anderweite Regelung des Stummerdie in der Gemeinderersationschaft seine dies Andredung einer Ergänzung ober Ibanderung der in Ansehung des Stimmrechts bestehenden Vergänzung ober Ibanderung und Minschen der Ihre Gemeiner and Gemeine der Ihre Gemeiner and Minschen der Ihre Gemeiner and Gemeiner der Ihre Gemeiner and Gemeiner der Ibanderung und Minschen der Ihre Gemeiner der Gemeiner d
- 5) die Bestätigung des Statuts über die Bilbung einer geträcklien Gemeindevertrebung nach & & a. a. D.
- 5) die Genehmanng zur Erwerbung und Reräußerung von Genehftücken, zu Pandingen außerhalt der Hablur und zur Lufnahme von Schulden nach 55. 33 – 25. Ein 7. In die Allgemeinen Kandrechis, an

Die Ravinetsorder vam 25. Januar 1831, betreffend die Erwerbung von Rittergülern durch Worfgemeinden oder deren Mitglieber bes §. 11. des Gesetzes vom 24. Mai 1853. (Gesetz-Samml. S. 241.) und des Gesetzes vom 26. Mai 1856. (Gesetz-Samml. S. 613.).

VIII. In Dismembrations. Angelegenheiten:

bie Bestätigung ber Abgabenvertheilungspläne und die Regulirung sofort vollstreckbarer Interimistika, mit Ausschluß der Festsehungen über die Vertheilung der Grundsteuern und Renten, auf Grund der §§. 19—23. des Gesehes vom 3. Januar 1845. (Geseh-Samml. S. 25. ff.), des §. 6. des Gesehes vom 24. Mai 1853. (Geseh-Samml. S. 241.) und des Gesehes vom 26. Mai 1856. (Geseh-Samml. S. 613.).

Alls Berufungsinstanz tritt an die Stelle des Ministeriums für die land.

wirthschaftlichen Angelegenheiten die Bezirksregierung.

Eine Ministerial-Inftruttion regelt das formelle Geschäftsverfahren.

IX. In Kommunalsachen ber Amtsbezirke, Landgemeinden und selbstständigen Gutsbezirke:

die Aufsicht über die Kommunal-Angelegenheiten der Amtsbezirke, der ländlichen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke, insbesondere:

- 1) die Genehmigung von Kommunalbezirks. Veränderungen durch Zulegung ober Abzweigung einzelner Grundstücke nach den Vorschriften im §. 1. des Gesetzes vom 14. April 1856., betreffend die Landgemeindeversassungen in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie (Gesetz-Samml. S. 359.), soweit diese Genehmigung bisher dem Oberpräsidenten zustand;
 - 2) die Genehmigung von Auseinandersetzungen zwischen den Betheiligten in Folge von Bezirksveränderungen an Stelle der Bezirksregierung auf Grund des S. 1. Allinea 6. a. a. D. Entstehen hierbei Streitigkeiten, so entscheidet solche fortan das Verwaltungsgericht an Stelle des Oberpräsidenten;
 - 3) die Genehmigung des Statuts über die Vereinigung eines ländlichen Gemeindebezirks und eines selbstständigen Gutsbezirks nach S. 2. a. a. D.;
 - 4) die Bestätigung von Gemeindebeschlüssen über anderweite Regelung des Stimmrechts in der Gemeindeversammlung, sowie die Anordnung einer Ergänzung oder Abänderung der in Ansehung des Stimmrechts bestehenden Ortsversassung nach Maßgabe der §§. 3—7. a. a. O. an Stelle der Regierung beziehungsweise des Ministers des Innern;
 - 5) die Bestätigung des Statuts über die Bildung einer gewählten Gemeindes vertretung nach S. 8. a. a. D.;
 - 6) die Genehmigung zur Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken, zu Pachtungen außerhalb der Feldslur und zur Aufnahme von Schulden nach §§. 33 35. Lit. 7. Th. II. des Allgemeinen Landrechts, an Stelle der Gerichtsobrigkeit.

Die Kabinetsorder vom 25. Januar 1831., betreffend die Erwerbung von Rittergütern durch Dorfgemeinden oder deren Mitglieder

(Nr. 8080.)

- (Gesetz-Samml. S. 5.), und der S. 4. des Anhangs zur Allgemeinen Gerichtsordnung werden aufgehoben;
 - 7) die Regulirung von Zahlungsmodalitäten bei Exekutionsvollstreckungen gegen Landgemeinden in Gemäßheit des Anhangs §. 153. zur Allgemeinen Gerichtsordnung an Stelle der Regierung;
- 8) die Ertheilung der im S. 10. zu Nr. 4. des Gesetzes vom 14. April 1856. vörgeschriebenen Bescheinigung zu dem Nachweise, daß von einer Gemeinde bei der Erwerbung oder Beräußerung von Grundstücken oder denselben gleichstehenden Gerechtsamen die den Gemeinden gesetzlich vorgeschriebenen besonderen Formen beobachtet sind, an Stelle der Negierung;
 - 9) die Bestätigung von Gemeindebeschlüssen über anderweite Aufbringung der Gemeindeabgaben und Dienste, sowie die Anordnung einer Ergänzung oder Abänderung der in Ansehung der Gemeindelasten bestehenden Orts-verfassung in Gemäßheit der §§. 11—13. a. a. D. an Stelle der Regierung, beziehungsweise des Ministers des Innern;
 - 10) die Entscheidung über Beschwerden wegen der Theilnahme am Stimmrechte und an den Gemeindenutzungen, sowie wegen Heranziehung zu den Gemeindelasten, die Beschwerde mag auf gänzliche Besreiung oder Ermäßigung gerichtet sein;
 - 11) die Festsetzung der Dienstunkosten-Entschädigungen der Gemeindevorsteher (S. 28. dieses Gesetzes) und der Besoldungen anderer Gemeindebeamten im Falle von Streitigkeiten zwischen den Betheiligten;
 - 12) die Entscheidung über Beschwerden wegen Abnahme von Gemeinderechnungen mit der Besugniß, in Fällen der Verweigerung Seitens der Gemeinde die Decharge seinerseits endgültig zu ertheilen;
- 13) die resolutorische Feststellung von Defekten in Gemeindes und Amtskassen nach Maßgabe der Verordnung von 24. Januar 1844. (Gesch-Samml. S. 52.). Siner Prüfung des Defektenbeschlusses durch die vorgesetzte Provinzialbehörde (S. 6. a. a. D.) bedarf es nicht.

An die Stelle der in dem Gesetze vom 14. April 1856. vorgeschriebenen Anhörung des Kreistages tritt die Anhörung des Kreisausschusses, insofern nicht diesem nach den vorstehenden Bestimmungen die Entscheidung zusteht.

Bei der Borschrift des S. 17. jenes Gesetzes behält es jedoch sein Be-

wenden.

X. In Schulfachen ber Landgemeinden und felbstständigen Gutsbezirke:

beiträgen, die Beschwerden über die Heranziehung zu Schulgung gerichtet sein, mit Vorbehalt des ordentlichen Rechtsweges in Gemäßheit des S. 15. des Gesehes vom 24. Mai 1861. (Geseh-Samml. S. 241.);

2) die

-- 700"---

- Andie Kepfielhang die Gedewerher ber Ramenlien imbodes Eritäges ber Ländereien bei Regulirung des Godennmens der Elimensussehrer im Kalle eines Girekts unter den Beiheilinten
- 3) die Festigen Schulbaufachen, welche nicht aleichzelug bie Rüftere Gerreffen.

W) uner die Roudischligfer und bie Rich ber Thutfabrung von Com

Weiten die Einschläng in bas Berweitung eine ind ind Mehrendeges nur die Verufalig die bas Berweitungsgesiche inläsig miber die Berpflicknung zu den Baufollen bei altrages nich liber die

Bertheitung biefer Troften unter der Merzu Werdlichteren.

Die Entscheidung git als Juserungstum, welder im Wege ber abitinistrativen Erreichter sester vollkrecker ist. Est birdt dem Beibeitigten babei der orbeichtliche Mechanisch gegen Westengen, welchen er zu der ihm angespungen Leiftung oder zur Entschein gung für merfigder erachte, vorschalten

Al. In Angelegenheiten ber öffentlichen Gefundheitspiliege ber Banbgemeinben und felbitftanbigen Gutsbezirte:

1) bie Enricheibung über bis gwangsmelle Kinfibrung von fantlisspolitetlichen Einrichtungen, stowelt, nicht bez. Gegenftond, durch, Geieb ge-

2) die Entscheibung über die Werpflebirung sein Tragung der Köften mit über berim Beriheilung unter die Werpflebirden. Lesteren bleibt in den geleitlich suläftigen Källen der gebentliche Rechtsweg vorhehalten.

die Liuffellung der Geschwerenen-Linksten und die Schäftlichung über die dagegen erhodenen Emwendungen und den Norschriften in den 35-65-65, der Rieipschnung vom 3. Januar 1849. (Gesch Sammi S. 200) mit der Anglicht des Geschwertschaftlichen der Angliche Sammi S. 200) mit der Anglicht daß die Emischen und der Angliche Edutagnorg aber Teilbung in, der Geschworvenenlissen ninerhalb acht Tagen vom Abstanf der dietlägigen Einwerte der Angliche mitteligigen Einwerte

Der Landrath leitet und beauffichtige ben Geschäftsgang des Ausschuffes und sergt für die prompte Erlebigung der Geschäfte.
Der Landrath beruft den Kupandsjang und fahrt, er bangelben den Korste nut vollen Stimmtrachte. In der Landrachte verteneral de gete der Hands auf

mit sollem Summirente, lift der Lentonid verbrotzel die gett der Honels an Kimen Greffsenkeier über. Int kies der Kunstelnsteit 110 fuhrt mitten diele fondern Bas hierne vone Einstehnste genantlik Stantan den Borig.

Istory 1872 (Nr. 8080.)

Cincipation being

7007 ---

Banderien bei Regulrung ischerenderen beitreiten eine Stationen bei Begulrung ischeren im Banderien bei Begulrung ische Stationen bei Begulrung ische Stationen bei Begulrung ische Stationen bei Begulrung in Beitreiten bei Beitreiten beitreite

7) bie Regulirung von Lättimigenfodillaten bei Eteluisifodolfflettungen necklel gegengendogenrenden die ällernügbeit des jändangs hidflet geleft liebe (Enen necklel gegengendofflettung ping distiblier den Rogerrungsbelandlach einen einere

8) bie Ertheilung ber im § 10. zu Verzäschiltenspusikaneniere Wast 1850.

1005 värzeichner Weichtungen ger den Anneisten des vonseller Gemeinde bei der Erwerbung oder Verzugenangen inneffen gesandfingen oder demeinden medilmakia stehenden Arechtigung der dem Anneisten gesenhäufen vorgeschilebenen

9) dbiec Nie inchangen geweichte ebufchie sauchbeitigen de weite die kringung kerristenkilfonnetigebereichten der bestiebt frauen kinden beiteben b

rechte und an den Glenkelissenriftikkent, Politikanskelt Krienischung zu den Genrindschaften die Reichwerde prop grindliche Betreiung zu ereichte und an den Glenkelissenriftikkent, Politikansen Gernauschung zu

The the frequency of the first factor of the factor of the first factor of the factor

12) die Genkheibung über Beschwerden wegen Abnabme von Gemeinder ann nyskrieuwe von der Beschmung ist welker den die geschweitige Genet der und mistliekten von Beschwicklusse kalten gemeinen gewähren der von

13) die legendriche Festellung von Beseilen in Gemeinde und Antonapen nach Robgode der Berendung von 24. Jonner 4844. (Gese Sammi S. 52). Schief Braining des Beseilenbeschunges durch die porgeseste

The state of the s

X In Schulfachen ber Landifementen und felbftftanbigen

The Controlling con the first care the control of t

- 2) die Feststellung des Geldwerths der Naturalien und des Ertrages der Ländereien bei Regulirung des Einkommens der Elementarlehrer im Falle eines Streites unter den Betheiligten;
- 3) die resolutorische beziehungsweise interimistische Entscheidung in solchen streitigen Schulbausachen, welche nicht gleichzeitig die Rusterei betreffen. Der Kreisausschuß entscheidet:

a) über die Nothwendigkeit und die Art der Ausführung von Schul-Neu= und Reparaturbauten.

Gegen die Entscheidung ift mit Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges nur die Berufung an das Verwaltungsgericht zuläffig;

b) über die Verpflichtung, zu den Baukosten beizutragen und über die Des Rreis-

Bertheilung diefer Koften unter ben hierzu Berpflichteten.

Die Entscheidung gilt als Interimistifum, welches im Wege der administrativen Exefution sofort vollstreckbar ist. Es bleibt dem Betheiligten dabei der ordentliche Rechtsweg gegen Denjenigen, welchen er zu der ihm angesonnenen Leistung oder zur Entschädigung für verpflichtet erachtet, vorbehalten.

- XI. In Angelegenheiten ber öffentlichen Gefundheitspflege ber Landgemeinden und felbstftandigen Gutsbezirfe:
- 1) die Entscheidung über die zwangsweise Einführung von fanitätspolizeilichen Einrichtungen, soweit nicht der Gegenstand burch Gesetz geregelt ift;
 - 2) die Entscheidung über bie Berpflichtung zur Tragung ber Rosten und über deren Vertheilung unter die Verpflichteten. Letteren bleibt in den gesetlich zulässigen Fällen der ordentliche Rechtsweg vorbehalten.

XII. In Justiz-Verwaltungs-Angelegenheiten:

die Aufstellung der Geschworenen-Urlisten und die Entscheidung über die dagegen erhobenen Einwendungen nach den Vorschriften in den § 64-66. der Berordnung vom 3. Januar 1849. (Geset Samml. S. 14.) und im Artifel 57. des Gefetes vom 3. Mai 1852. (Gefet Samml. S. 209.) mit der Makaabe, daß die Entscheidung über die nachträgliche Eintragung oder Löschung in den Geschworenenlisten innerhalb acht Tagen nach Ablauf ber breitägigen Ginmendungsfrift erfolgen muß. pide muguldied 36113 eines benachbarten Rreifes an feine

Der Landrath leitet und beauffichtigt den Geschäftsgang des Ausschusses Borfigender bes Kreis

Der Landrath als

und forgt für die prompte Erledigung der Geschäfte.

ausschuffes. Der Landrath beruft den Kreisausschuß und führt in demselben den Vorsits mit vollem Stimmrechte. Ist der Landrath verhindert, so geht der Borsit auf seinen Stellvertreter über. Ist dies der Kreissekretair, so führt nicht dieser, fondern das hierzu vom Ausschuffe gewählte Mitglied den Vorsis.

S. 137. Jahrgang 1872. (Nr. 8080.)

\$. 137, soll bed publication old (2

Der Landrath führt die laufenden Geschäfte der dem Ausschuffe übertragenen Verwaltung. Er bereitet die Beschlüffe des Ausschuffes vor und träat für die Ausführung derselben Sorge. Er fann die selbstständige Bearbeitung einzelner Angelegenheiten einem Mitgliede bes Kreisausschuffes übertragen.

Er vertritt den Kreisausschuß nach Außen, verhandelt Namens desselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle

Schriftstücke Namens des Ausschuffes.

In allen Angelegenheiten, welche nicht dem in den SS. 140. ff. bezeichneten Berfahren unterliegen, tann der Landrath, wenn der vorliegende Fall feinen Aufschub zuläßt, Namens bes Ausschuffes Verfügungen erlaffen. Vorstellungen gegen biese Berfügungen unterliegen ber tollegialischen Entscheidung des Rreis-

ausschusses.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Kreis gegen Dritte verbinden follen, ingleichen Bollmachten, muffen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Kreistages beziehungsweise Kreisausschusses von dem Landrathe und zwei Mitgliedern des Kreisausschuffes beziehungsweise der mit der Angelegenheit betrauten Kommission unterschrieben und mit dem Siegel des Landraths verfeben sein. XI. In Angelegenheiten Der fentlichen Gefundheits ber Landgemeinden und feltenfindigen Gutsbezir

Das Berfahren por bem Rreisausschuffe.

Die Anwesenheit dreier Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden genügt

für die Beschluffähigkeit des Kreisausschuffes.

Die Beschluffe werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Ift eine gerade Bahl von Mitgliedern anwesend, fo nimmt bas bem Lebensalter nach jungfte gemählte Mitglied an der Abstimmung feinen Antheil. pundischiten Sid über beren Bertheilung unter die Berpflichteien. Letzteren bleibt in ben

gesehlich guläffigen Kallen ber 1810: Miche Brechtenven vorbebatten.

Betrifft ber Gegenstand ber Verhandlung einzelne Mitglieder des Kreis. ausschuffes ober deren Verwandte und Verschwägerte in auf- oder absteigender Linie oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, fo durfen diefelben an ber Berathung und Entscheidung nicht Theil nehmen.

Ebensowenig durfen die Mitglieder des Kreisausschuffes bei der Berathung und Entscheidung folcher Angelegenheiten mitwirken, in welchen sie in anderer Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder als Geschäftsführer, Beauftragte

oder in anderer Weise thätig gewesen find.

Wird baburch ein Kreisausschuß beschlußunfähig, so tritt nach Bestimmung bes Verwaltungsgerichts ber Kreisausschuß eines benachbarten Kreises an feine Stelle.

Der Landrath leitet und beau, 041 ich bem Geschäftsgama bes Lusschuffes

Für das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen (S. 8. S. 19. S. 25. §. 35. §. 67. §. 68. §. 80. §. 82. §. 83. §. 135. I. II. 1. III. 1. 2. und 3. IV. 1. und 2. V. VI. VII. IX. 9. 10. 11. und 12. X. XI. und XII.) gelten, soweit nicht daffelbe für einzelne dieser Angelegenheiten besonders gesetlich geregelt ift, folgende Borschriften: (Nr. 8080.)

781. 3

Der Landrath führt die laufenden Geschäfte den dusschusse übertrasgenen Berwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Aussichusses vor und trägt für die Alussührung beschelben Sorgs. Er konn die selbsissändige Bearbeitung einem Mitaliede des Bereisansschusses überressen

Er verlritt den Areikausschuff nach Außen, verhandelt Namens desselben mit Behörden und Arivatpersonen, sührt den Schristwechsel und zeichnet alle

Schriftlide Namens des Alusschusses.

In allen Angelegenheiten, welche nicht bem in den SS. 140. ff. bezeichneten Verfahren unterliegen, tann der Landrath, wenn der vorliegende Fall keinen Aufthub, zuläßt, Namens des Llusschuffes Verfügungen erlassen. Worstellungen gegen diese Verfügungen unterliegen der kollegialischen Entscheidung des Kreisausschuffes.

Urtunden uber Rechtsgeschifte, welche den Kreis gegen Pritte verbinden sollen, ingleichen Bollmachten, müssen unter Ansichtung des beiressenden Berschinstes des Kreistages beziehungsweise Kreisausschussen den Landrathe und wei Mitgliedern des Kreisausschussenschie der mit den Angelegenheit betrauten Kommission unterschrieden und mit dem Siegel des Landraths verschen seben sein.

881 9

Die Arwesenbeit dreier Acitylieber init. Einschluß des Worfigenden genügt

Die Weschliffe werden nach Simmenn

ablie Mitgliedern anvelend, fo nimmt das dem Lebenkalter nach jüngste gedablie Mitglied an der Abstimmung keinen Antheil.

G. 189.

Beirist der Gegenstand der Berhandlung einzelne Mitglieder des Kreisausschuffes ober deren Berwandte und Nerschwagerte in aufe oder abseigender Linte oder dis zu dem dritten Grade der Seitenline, so durfen dieselben an der Berathung und Entscheidung nicht Theil nehmen

Ebensowenig blirfen die Mitglieber des Kreisausschusses der Bergtöung und Enkschung solcher Angelegenheiten mitverken, in welchen sie in anderer Eigenschaft ein Gulachten abgegeben haben oder als Geschäftssührer, Venuftragte oder in anderer Weile iball'a gewelen sind

Albert daducch ein Areisausschuß beschlußunfähig, so keite nach Bestimmung des Nervoaltungsgerichts der Areisausschuß eines benachbarten Areises an seine

Is then fining nat a for itela inche in in Thomasting in Hallating do the Toriful

325 accepting Int accept in Januarian rooghupe Post or is Tolker of Jake.

335 Jung magajan In Januarian rooghupe Post or is goller of Jake.

367 Laftenadon iles strapagangan int auch rooghuped.

368 Simplemagister Jas Carl norghyad

380 Fare fing gagen Accordingen Sul landselft, Gentlyngfryak, Generaled . Her, Gillworphyed i gagen Frantfagt Jagengen darpthe 388 the mounting San in 850 assessplan gut operate in Jage.

283 Jenaughan Bought San anterwood of un gugen June winder . very gill . northyw.

TAL 2

In der dem Kreisausschusse einzureichenden Klageichrift (Kleiswerde, Alteitrag) ist der Gegenstand des Anspruchs, jowie die Person. Rorporation ober öffentliche Behörde, gegen welche derselbe gerichtet wird, genau zu bezeichnen.

zur Enigendung nort vielebe ist dinsignis dessei, gen Kreises berufen, in welchem diese zu vollziehen oder das in Anspruch genommene Neckt auszuüben ist.

S. 142.

Ergiebt sich aus dem Inhalic der Klageichrist oder aus früheren amilichen Alten oder Urkunden daß der erhobene Anspruch unzweiselhaft rechtlich under gründet ist, so kann berselde odne weiteres Wersahren durch einen mit Gründen

Gegen einen folchen Bescheid zir deuten zehn Lagen nach dessen Justellung der Antrog auf mündliche Verdandlung vor dem Kreisausschusse gestatte Abre der Antrog nicht gestellt, so gilt auch in Ansedung der Sulässgleit der Beuchung der Bescheid als Entscheidung (6. 155.).

\$ 143

Ik der Alageankrag gegen eine öffentliche Behörde gerichtet, so kann dere selbe nach dem Ermessen des Kreikausthuckes zuwachst den betreten zur schriftlichen Gegenarklärung binnen einer östlimmien von ach Lagen die zu vier Wochen zu demessenden Früst migeiheit werden

mundliche Werhandlung forderl, ober od sie ihrerseils auf viese verzichtet und die

Enthebendung ambeimgieb

Aer Rreikauslauf durch die Alagelörift und die Gegenerkläung der öffentlichen Verschung und hälft Verschunden, der Klagelörift und die Gegenerkläung der öffentlichen Aschörde, beziehungsweit durch die von Seiner eingereichen auchigen Alten und ikründen den Sacherhoft für gewägend erörtert. so in derfelde dehagte auch ohne vorgängige enündliche Aerdanblung in der Sache die Erifckeldung zu treffent. Gegen diese mit Erikaung in der Eintrag auf dem Alager kung vor dem Klager beinen zehn Lagen nach deren Luftellung der Aintrag auf mundbliche Nordandelung vor dem kreisen kantalige gestattet, underhadet des Rechts der Bernfung der Kentung der Benfas der Bernfung deren dem kreisen gehellt werd

Verlangt bagegen die öffentliche Verhörde eine mimbliche Nerhanblung ober bält der Kreibansschuß dieselbe für erforderlich so ist das mündliche Verjahren

einzuleiten.

5.144

Erfolgt die Einleitung der Nerhandlung, so werben beide Theile, die Gegenpartei unter abschriftlicher Neitheilung der Alageschrift besiehungsweise der Gegenerklärung und deren Anlagen, zur mündlichen Berhandlung von dem Kreisansschusse vongeladen

.141. Jung, Die erforderlichen Beweismittel

In ber bem Kreisausschuffe einzureichenben Klageschrift (Beschwerbe, Untrag) ift der Gegenstand des Unspruchs, sowie die Person, Korporation oder öffentliche Behörde, gegen welche derselbe gerichtet wird, genau zu bezeichnen. Zur Entscheidung über dieselbe ift der Ausschuß desjenigen Kreises be-

rufen, in welchem dieje zu vollziehen ober das in Anspruch genommene Recht

Narfeien ind die als Beweismitel in Bezug genommenen Urtunden im Drigmal

aber in Albicheit beimfägen. Abn. 142. in 2001 beren Alnlagen find

Ergiebt sich aus dem Inhalte der Klageschrift oder aus früheren amtlichen Akten oder Urkunden, daß der erhobene Anspruch unzweiselhaft rechtlich unbegrundet ift, so kann berselbe ohne weiteres Berfahren durch einen mit Grunden

versehenen Bescheid zurückgewiesen werden.

Gegen einen solchen Bescheid ift binnen zehn Tagen nach beffen Zustellung der Antrag auf mundliche Verhandlung vor dem Kreisausschusse gestattet. Wird der Antrag nicht gestellt, so gilt auch in Ansehung der Zulässigkeit der Berufung der Bescheid als Entscheidung (S. 155.).

elebe mit ben Mangabe gur 9.841 ne ing, baft im Kalle bes Ungehorfams

Ist der Klageantrag gegen eine öffentliche Behörde gerichtet, so kann der-selbe nach dem Ermessen des Kreisausschusses zunächst der letzteren zur schriftlichen Gegenerklärung binnen einer bestimmten, von acht Tagen bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist mitgetheilt werden.

In dieser Gegenschrift hat die öffentliche Behörde zu erklären, ob fie die mundliche Verhandlung fordert, oder ob fie ihrerseits auf diese verzichtet und die

Entscheidung anheimgiebt.

Verzichtet die öffentliche Behörde auf die mündliche Verhandlung und hält ber Kreisausschuß durch die Klageschrift und die Gegenerklärung der öffentlichen Behörde, beziehungsweise durch die von der letzteren eingereichten amtlichen Aften und Urfunden den Sachverhalt für genügend erörtert, so ift berfelbe befugt, auch ohne vorgängige mundliche Verhandlung in der Sache die Entscheidung zu treffen. Gegen diese mit Gründen zu versehende Entscheidung ist dem Kläger binnen zehn Tagen nach deren Zustellung der Antrag auf mundliche Verhandlung vor dem Kreisausschusse gestattet, unbeschadet des Rechts der Berufung, wenn der Antrag nicht gestellt wird.

Verlangt bagegen die öffentliche Behörde eine mündliche Verhandlung ober hält der Kreisausschuß dieselbe für erforderlich, so ist das mündliche Verfahren

mitteelbum. 141. 2 Merhandlung vertreienen Marteien

Erfolgt die Einleitung der Berhandlung, so werden beide Theile, die Gegenpartei unter abschriftlicher Mittheilung ber Rlageschrift, beziehungsweise ber Gegenerklärung und beren Anlagen, zur mundlichen Berhandlung vor bem Rreisausschusse vorgeladen. Beigelabenen.

96* (Nr. 8080.) Die

Die Ladung erfolgt mit der Aufforderung, die erforderlichen Beweismittel zur Stelle zu bringen, und unter ber Bermarnung, daß beim Ausbleiben ber Parteien nach Lage der Alften werde entschieden werden.

Der Gegenvartei steht es frei, ihre Erklärung vor bem Termine schrift-

lich einzureichen.

S. 145 lefel iber biefelbind rug

Der Rlageschrift und ben im S. 144. gedachten weiteren Erklärungen ber Parteien find die als Beweismittel in Bezug genommenen Urfunden im Original ober in Abschrift beizufügen. Bon allen Schriftstücken und beren Anlagen find Duplifate einzureichen. poor Riageschrift ober not bem doff toeige

Alfren ober Urfumben, daß der erbe 346. Inspruch untweiselbaft rechtlich unbe-

Der Kreisausschuß hat die Thatsachen, welche für die von ihm zu treffende Entscheidung erheblich find, von Amtswegen zu erforschen und festzustellen, sowie den Beweis in vollem Umfange zu erheben. Insbesondere ift er befugt, zu diesem Behufe Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranlaffen, Zeugen und Sach.

verständige zu laden und eidlich zu vernehmen.

Sinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge ober Sachverständiger vernehmen zu laffen, tommen die entsprechenden Bestimmungen der bürgerlichen Prozefigesetze mit der Maßgabe zur Amwendung, daß im Falle des Ungehorsams ber Kreisausschuß auf eine Geldbuße bis zu 50 Thalern erkennen fann. Gegen Diefen Strafbeicheid ift innerhalb 14 Tagen Berufung an das Berwaltungsgericht zulässig. lichen Gegenerklärung binnen einer bestimmten, non acht Ta. Wochen zu bemessenden Frist mitget. 74f . Trben

Der Kreisausschuß kann die Beweiserhebung durch den Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied, durch einen Amtsvorsteher ober durch eine zu dem Ende zu rsuchende sonstige Behörde bewirken lassen. — Er tann anordnen, bag die Beweiserhebung in seiner öffentlichen Sitzung stattfinden foll.

Die Parteien find zu den Beweisverhandlungen vorzuladen. Bundigen und Behörde, beziehungsweise burch die von der l und Urkunden den Sachverhalt für .841 .E.

Die Beweisverhandlungen find unter Zuziehung eines vereideten Protofollführers aufzunehmen

Die Bereidigung des Protofollführers erfolgt burch ben Landrath ober in deffen Auftrage durch den Amtsvorsteher im Namen des Kreisausschusses. wenn ber Antrag nicht gestellt wird. 241e. Trbe eine mündliche Berbandlung ober Berlangt bagegen die öffentliche Led rbe eine mündliche Berbandlung ober

Der Kreisausschuß hat nach seiner freien, aus dem gangen Inbegriffe der

Berhandlung und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beschließen.

Er darf bei seiner Entscheidung nicht über den vor ihn gebrachten Gegenstand und nicht über den Kreis der in der Verhandlung vertretenen Parteien binausgehen.

Die Beiladung folcher Betheiligter, beren Intereffe burch die zu erlaffende Entscheidung berührt wird, findet von Amtswegen statt. In diesem Falle gilt

die Entscheidung auch gegenüber den Beigeladenen. medalentog eineblaupaiere

6. 150

6. 150.

Die mündliche Verhandlung, bei welcher die Varteien beziehungsweise ihre mit Vollmacht versebenen Vertreter zu boren find, sowie die Verkundigung der Entscheidung erfolgen in öffentlicher Sitzung des Rreisausschuffes.

Die Deffentlichkeit der Verhandlung kann von dem Kreisausschusse durch einen öffentlich zu verkundenden Beschluß ausgeschlossen werden, wenn er dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemeffen 257. antideibung fie gerichtet ift, and

Die Entscheidung ift mit Grunden zu versehen und den Parteien zuzustellen. Diese Zuftellung allein genügt, wenn die Berkundigung der Entscheidung nicht sofort hat erfolgen können.

S. 153.

Die Betheiligten find bei Eröffnung der Entscheidungen des Rreisausschuffes über bas Berufungsrecht, die Berufungsfriften und die Folgen der Verfaumniß ausdrücklich zu belehren; die Unterlaffung der Belehrung halt den Lauf der Berufungsfristen nicht auf. fichtlich ber Ginreichung vo. 154.1 Stillaten ber Berufungsfahrift und ber

Ueber die öffentliche Sitzung wird durch einen vereideten Protofollführer eine Berhandlung aufgenommen, welche die wesentlichen Bergange enthalten muß und von den Mitaliedern des Ausschuffes sowie von dem Protokollführer zu unterzeichnen ift. Buchtsungigen?

Gegen die Entscheidungen des Kreisausschusses steht, soweit dieselben nicht Berusung gegen die endgültige sind, den Betheiligten, und aus Gründen des öffentlichen Interesses Kreisausschusses. dem Borsitenden des Kreisausschusses (S. 136.) das Recht der Berufung zu.

S. 156.

Ueber die Berufung entscheidet das Verwaltungsgericht (Sh. 187. ff.) mit Ausnahme der in dem S. 135. unter Rr. V., 1. und VIII. aufgeführten Angelegenheiten, welche der Entscheidung der Bezirksregierung in dem bisherigen Berfahren unterliegen.

§. 157.

Will der Vorsitzende des Kreisausschusses gegen einen von dem letteren gefasten Beschluß von dem Rechte der Berufung aus Grunden des öffentlichen Intereffes Gebrauch machen (g. 155.), so hat er dies sofort dem Rreisausschuffe anzuzeigen.

Die Verkundigung des Beschlusses an die Parteien bleibt in diesem Falle einstweilen ausgesetzt. Dieselbe muß jedoch binnen längstens drei Tagen nach Erlaß ber Entscheibung erfolgen, mit der Eröffnung, daß gegen die Entscheidung im öffentlichen Interesse Berufung eingelegt fei. Die Grunde der Berufung muffen in der Eröffnung bezeichnet werden.

Ist

Ift der Beschluß ohne diese Eröffnung den Parteien mitgetheilt worden, so gilt die angemeldete Berufung für zurückgenommen.

- mit Wollinacht verfebenen Bertreter :8610;on find, fowie bie Verfündigung der

Die Frift zur Einlegung ber Berufung beträgt fur die Parteien 21 Tage, sofern nicht für einzelne Fälle eine andere Frist gesetzlich bestimmt ift.

Die Berufungsfrist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung.

einen öffentlich zu verfündenden Beseth. Jusgeschloffen werden, wenn er bies

Die Berufung muß bei Verluft des Rechtsmittels binnen der Berufungs. frist bei bem Rreisausschusse, gegen deffen Entscheidung fie gerichtet ift, ange-

meldet und gerechtfertigt werden.

Bur Rechtfertigung ber Berufung fann in nicht schleunigen Sachen bem Berufenden auf seinen Antrag eine angemeffene Nachfrift gewährt werden, welche der Regel nach die Dauer von vierzehn Tagen nicht überschreiten foll.

Die Betheiligten find bei Cröffi. 001 : &r Entscheibungen bes Kreisausschuffes Die Berufungsschrift und beren Unlagen werden ber Gegenpartei zur schriftlichen Gegenerklärung binnen einer bestimmten von acht Tagen bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist zugefertigt.

Hinsichtlich ber Einreichung von Duplikaten der Berufungsschrift und ber Gegenerklärung, sowie deren Unlagen findet der S. 145. gleichmäßige Uneine Berhanblung, aufgenommen, welche bie wesentlichen Bergange enth. gnudnem

und von den Mitgliebern des Alusfalden? sowie von dem Aratofollsührer zu

Nach Ablauf der Frist (S. 160.) legt der Kreisausschuß die sämmtlichen Berhandlungen nebst seinen Aften dem Berwaltungsgerichte vor.

Den Barteien wird, unter Mittheilung einer Abschrift ber Gegenerflärung

an den Berufenden, die Absendung der Akten bekannt gemacht.

§. 162.

Das Verfahren ist stempelfrei.

Dem unterliegenden Theile find die baaren Auslagen bes Berfahrens, die Gebühren für Zeugen und Sachverständige, fowie die baaren Auslagen des obsiegenden Theils zur Last zu legen, jedoch mit Ausschluß der Gebühren, welche Diefer seinem Bevollmächtigten für Wahrnehmung ber öffentlichen Sigungen bes Kreisausschusses zu entrichten hat.

Hat eine mundliche Berhandlung stattgefunden, so wird außerdem von bem unterliegenden Theile ein zur Kreis - Kommunalkasse zu vereinnahmendes Pauschquantum erhoben, welches im Sochstbetrage 20 Thir. nicht übersteigen darf. Die Erhebung dieses Pauschquantums findet bei ber schiedsrichterlichen Entscheidung und fühneamtlichen Bermittelung von Streitigkeiten zwischen Armenverbänden (§. 135. I. 1.) nicht ftatt.

Für die Berechnung des Pauschquantums, sowie der Gebühren für Zeugen und Sachverständige fann von dem Minifter des Innern ein Tarif aufge-

stellt werden.

n ber Eröffnung bezeichnet werben.

807

Ist der Befchluß anne diese Erössung den Parteien mitgeiheilt worden, so guit die angemeldete Verusing für zurückgenommen.

861 .7

Die Frift zur Einlegung der Berufung beträgt für die Narteien 21 Lage, sofern mat für einzelne Falle eine andere Frist gesehlich bestimmt ist. Die Berufungöstrift beginnt mit der Zustellung der Entickeidung.

ST. S. ST. ST.

Die Beruinng muß der Verlust des Rechismiltels dinnen ber Berufungsfrift der bem Kreißauskopusie, gegen dessen Entscheidung sie gerichtei ist, angemelder und gerechternar werden

Sur Rechtlettgutig der Beutjung tant in nicht schleunigen Sachen bem Berufenden auf jeinen Antrag eine angemessene Nachfrift gewährt werben, welche der Regel nach die Dauer von vierzehn Tagen nicht überschreiten soll.

S 160

Die Bezusungsschrift und deren Anlagen werden der Gegenpartel zur schriftlichen Gegenerilärung binnen einer bestimmten von acht Lagen dis zu vier Wochen zu bemestenden beit ungerertigt

Gegenerklätung, sowie deren Anlagen sindet der Herufungsschrift und der wendung, sowie deren Anlagen sindet der S. 145. gleichmäßige Alexandung.

181 .

Rach Ablauf der Filt (* 160.) legt der Reisausschuß die sänntlichen Verhandlungen nebft keinen Alten dem Berwaltungsgerichte vor. Den Narieten verde inter Mitchellung einer Abschrift der Gegenerklärung an den Berusenden, die Absendung der Alten dekannt armacht

3 162

Das Berfahren ift ftempelfrei.

Den unterliegenden Abeila find die baaren Pirstagen des Werfahrens, die Gedühren für Zeugen und Sachverstandige, sowie die baaren Aluslagen des obsiegenden Abeila zur Last zu legen, jedach mit Aluslching der Gebühren, welche dieser seinem Bevollnachtigten im Abadiushmung der össenklichen Sitzungen des Kreisauslchusses zu ennichten dat

Hat eine mindliche Aberdanium stätigesinden, so wird außerdem von dem unterliegenden Scheife ein zur Kreiß Kommunalkasse zu vereinrahmendes Poulogegaanden erhoben, welche im Höchstrage 20 Ehle. nicht übersteigen dan Dem Erikabeng von Erikabeng werd scheingen Vermittelung von Streitigkeiten zwischen Alemendern Alemenderung von Streitigkeiten zwischen Alemenderen Alemenderung von Streitigkeiten zwischen Alemenderen Alemenderung von Streitigkeiten zwischen Alemenderen Alem

stür bie Berechnung bes Nauschgunninms sowie ber Gebühren für Zeusgen und Sachverständige fann von dem Minister bes Junera ein Laxif aufgeDas Pauschauften und sammiliche zu erstattende Auslagen werben dem dem Kreißausschusse durch besondere Berhigung seltgesest, gegen welche die Berusung an das Bervaltungsgericht binren einer zehntägigen Frist offen siebt.

8. 163.

If der unterliegende Theil eine öffeniliche Behörde so bleiben die Kosten außer Ansatz Ansatz die baaren Auslagen des Berfahrens und des obsiegenden Sheiles muß derjenige Kommunalverdand austenmaen, als dessen Drgan die

Auch ist der ünterliegender Jamei völlige oder thellweise Kostensreibeit zu bewilligen, wenn sie durch ein vörigkeitliches Artes den Nachmels susri, daß sie uwermögend ist, Kosten zu bezahlen, oder wenn nach den Ermesten des Kreißuussichusses aus sachlichen Eminden ein bekanderer Anges einem voorten

191 9

Soweit die eigenen Einnahmen des Kreisausschusses (h. 162) und die vom Staate hierzu nach h. 70. zu überweisenden Beiträge nicht ausreichen werden die Kosten, welche die Geschäftsvermaltung destelben verursacht, von dem Kreise getragen.

Die Mitglieder des Kreisausschuffes erhalten eine ehren kaaren Dluslagen entsprechende Entschädigung. Ueber die Höhe berselden beschließe der Areistaa.

I 65.

Die Wollstredung ber von dem Rusisqusschusse gerroffenen Entscheinungen

liegt dem Borgigenden desselben ob.

Ueber Beschwerben, welche darmif gerlätzt sind das die Uri das Bollesteing mit dem Judalte der ergangenen Entscheidung nicht übereinstimmerenscheit der Kreißaußschaft. Solder Beschwerden müssen dinnen längstens zehn Tagen nach Behändigung der anzugrafenden Verzirgung angebracht werden

991-1

Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei den Krergausschiffen durch ein von dem dem Minister des Janera zu erlassendes Regulatio geordinet.

ninghlow williams

Bon ben Kreistommifftenen

167

Für die unmitelbare Verwaltung und Beauflichtigung einzelner Keeisinstinuter sowie für die Beforgung einzelner Kreisangelegenbeiten fann den Kreistag nach Bedürsniß besondere Kommissionen oder Kommission aus den Sabl der Kreistangen bestellen, welche ebensch wie die durch das Gefes sin Zwede der allgemeinen Landeberervaltung angeordneien Kommissionen ihre Geschäfte unter der Keitung des Cambraths besorgen.

Der kandraih ist befugt, jederzelt den Beraihungen der Kreiskommissionen beizuwöhnen und dabei den Borsif mit vollem Simmurchte zu übernehmen, soabs sosor Das Pauschguantum und sämmtliche zu erstattende Auslagen werden von bem Kreisausschuffe durch besondere Verfügung festgesett, gegen welche die Berufung an das Verwaltungsgericht binnen einer zehntägigen Frift offen steht.

bie Geroährung von D.Bap. Ind Reisekoften an die Mitglieber der

Ist der unterliegende Theil eine öffentliche Behörde, so bleiben die Kosten außer Ansat; für die baaren Auslagen des Verfahrens und des obsiegenden Theiles muß berjenige Kommunalverband aufkommen, als beffen Organ die

öffentliche Behörde gehandelt hat.

Auch ist der unterliegenden Partei völlige oder theilweise Kostenfreiheit zu bewilligen, wenn sie durch ein obrigkeitliches Attest den Nachweis führt, daß sie unvermögend ift, Rosten zu bezahlen, oder wenn nach dem Ermessen des Kreisausschuffes aus sachlichen Gründen ein besonderer Anlag hierzu vorliegt.

Bermaltung der Kreis-Kommunialangelegenheiten Behörd. 161a. ben Borschriften der Städteordnung

Soweit die eigenen Einnahmen des Kreisausschuffes (g. 162.) und die bom Staate hierzu nach S. 70. zu überweisenden Beiträge nicht ausreichen, werden die Rosten, welche die Geschäftsverwaltung besselben verursacht, von dem Kreise getragen.

Die Mitglieber bes Kreisausschuffes erhalten eine ihren baaren Auslagen entsprechende Entschädigung. Ueber die Höhe derselben beschließt der Kreistag. 165. 2 ber inneren Bermaltung ben bisber

Die Vollstreckung der von dem Kreisausschusse getroffenen Entscheidungen

liegt dem Vorsitzenden desselben ob.

Ueber Beschwerden, welche darauf gerichtet sind, daß die Art der Vollstredung mit dem Inhalte der ergangenen Entscheidung nicht übereinstimme, entscheidet der Kreisausschuß. Golde Beschwerden muffen binnen längstens zehn Tagen nach Behändigung ber anzugreifenden Verfügung angebracht werden.

S. 166. pandadpaste ton

Im Uebrigen wird ber Geschäftsgang bei ben Kreisausschuffen burch ein von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

Die Mabt ber Kreisten tinchter abfiniten ben Borichriften bes

Bon den Kreistommiffionen.

ugirhuß bes Sigh. 761. Imabeburg beffebt aus bem Dber-Kur Die unmittelbare Berwaltung und Beaufsichtigung einzelner Kreisinstitute, fowie für die Beforgung einzelner Rreisangelegenheiten tann der Kreistag nach Bedürfniß besondere Kommissionen oder Kommissare aus der Bahl der Kreisangehörigen bestellen, welche ebenso, wie die durch das Gesetz für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Rommiffionen, ihre Geschäfte unter der Leitung des Landraths besorgen.

Der Landrath ift befugt, jederzeit den Berathungen der Kreiskommissionen beizuwohnen und dabei den Borsit mit vollem Stimmrechte zu übernehmen, so-(Nr. 8080.)

weit nicht hierüber hinsichtlich der für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Rommissionen etwas Anderes gesetlich bestimmt ist.

rufung an das Verwaltungsgericht 1891eig einer zehning

Ueber die Gewährung von Diaten und Reisekosten an die Mitglieder ber Rreistommiffionen zu bestimmen, bleibt dem Rreistage überlaffen.

außer Ansah; für die baaren Nuglogen des Rersahrens und des obstegendene Theiles muß dersenige Komunalatis ratrais munnen, als dessen Stegan die

Von den Stadtfreisenlednaden edrächet echiltmeffe

S. 169. R noderliegenben It dal? In benjenigen Rreifen, welche nur aus einer Stadt bestehen (Stadtfreise), werden die Geschäfte des Kreistages und des Kreisausschuffes, die des letteren, soweit sich dieselben auf die Verwaltung der Kreis-Kommunalangelegenheiten beziehen, von den städtischen Behörden nach den Vorschriften der Städteordnung wabraenommen.

Die Bestimmungen bes zweiten Abschnitts bes ersten Titels finden auf

Stadtfreise keine Anwendung. gentlageraus achber bid achber neston sid nedrogen freife getragen.

Die Wahrnehmung der im S. 135. I-VIII. und XII. aufgeführten Geschäfte ber allgemeinen Landesverwaltung verbleibt in ben Stadtfreifen bis zum Erlaffe des Gesetzes über die Reorganisation der inneren Verwaltung den bisber zuständigen Behörden. Die Bollftredung ber von ben17fre ausschuffe getro

Befonbere Beftim. freis Magbeburg.

Der Kreistag bes Stadtfreifes Magdeburg befteht außer bem Dberburgermungen für ben Stadt meifter der Stadt Magdeburg, welcher die Kreis-Kommunalverwaltung leitet und den Vorsitz im Kreistage mit vollem Stimmrechte führt, aus 11 Mitgliedern, von denen

Abgeordnete entfendet: aufahande Rodneller us niemen? Bod reffinisse mod nou

S. 172.

Die Wahl der Kreistags-Abgeordneten erfolgt nach den Vorschriften des 6. 104. Absat 1. Bon ben Registommiffionen.

Der Kreisausschuß bes Stadtfreises Magdeburg besteht aus bem Dberburgermeister der Stadt Magdeburg als Boritsenden und zwei Mitgliedern, welche von dem Kreistage aus der Zahl der Kreisangebörigen gewählt merben.

S. 174.

Für den Kreistag und den Kreisausschuß des Stadtfreises Magdeburg gelten die Vorschriften der §§. 115. und 116. 118—131. 133. und 134. 136—139. Absatz 1. und 2. dieses Gesetzes, soweit sich dieselben auf die Verwaltung der Kreis-Kommunalangelegenheiten beziehen.

--- 80797 4---

Ueber die Gewährung von Diälen und Reistosien an die Mitglieber de Areistenmussionen zu bestimmen, bleibt dem Areistage überlassen.

Bon ber Oberanier Gerichte Kreisvermaltung

In cenjenigen Aresten, vielide für dus einer Studt bestehmt (Stadifreise), werden die Chichasta des itreistanges und des Reisamsichusses die des Chipteren, soweit sich dieselben auf die Verronlung der Kreis-Kommunalangelegenheiten beweben non den stadischen Behörden zach den Norschristen der Corpbeogdnung

Die Restimmungen des zweiten Abschnitts bes ersten Lielungen auf

sent bed Ordenspring Space of the Street Space of the Street Space of the Street Space of the Space of the Street Space of the Space of

Die Nahmenung der und Franzeitung verbleibt in den Stadifsellen dis zum Geschafte der allgemeinen Annbesverwaltung verbleibt in den Stadifselfen dis zum Erlasse des Geleges über die Redigmissiere der inneren Verwaltung den bisher

Ter Arnelig de Santanier des Magaediag Lestehr außer dem Okladorigermeister der State Magaelung, weldter der Arest Kommunalverwegleung lestel und den Vorste im Kreistage inst vollem Standmitchte sähet) aus 11 Mitgliedern,

earline sanjene sanjene

Sid nilftichtille mit ihrer tinierand at dimittanien und Schuff sindlen hogeligen

Der Kreidausschutz des Stantungs Wagdeburg besteht aus dem Oderen diegermeister der Stadt Magdeburg als Worsthem und gwei Wiggliedern, welche von dem Kreislege aus der Inrisangebörigen gewählt worden

actien die Barlabillen der Krefkanslauf des Siadtreifes Magdeburg actien die Barlabillen der C. 115. und 218. 118. 131. 133. und 7.34. 136. 139 abigg I und 2. diefek Gefebet? toweit sich dieselben auf die Begeben. waltung der Areis-Kommungslangergenheden begeben. THE

weit uicht hieriber hinlichtlich ber für Swede ber allgemeinen Kanbesverwaltung ungegröneien Mouppiffonen eiwas Linderes gelehlich bestimmt übe er aus

Ueber bie Gewährung von Dinten und Reiselosten an die Mitglieber ber Kreiskommissionen zu bestimmen, bleibt dem Kreiskage überlassen.

Bierter Titel.

Bon den Stadifreifen

K. 159:

In denjenigen Kreifen, welche nur aus einer Glabt bestehm (Stadtsreife), werben die Ceicknise von Kreistages und des Knisanoschieffes, die des leiteren, soweit sich dieselben auf die Berwaltung der Kreis-Kommunatangelegenheiten beziehen, von den städtsichen Behörden nach den Borschriften der Städtsordnung walkannnungen

Die Bestimmungen des zweiten Moschnitts des ersten Einels finden auf

Sigdifpeile feine Anweitung.

3. 170

Wie Wahrnehmung der im h. Abn. 1.—VIII. und Alle nutgeführten Geschnist, bes allgeneinen Kandesverweinung verbleibt in den Stadifrössen die ann Space bes Weregen über die Repryganisation der inneren Berwaltung den bisber untändigen Bedorden

6 171

Der Krosstag bei Stadtfreiser Magdeburg beitebt aufer best Oberpflegermeiner der Stadt Magdeburg, welden die Kreis-Konopennalberpfaltung ledet und den Borns im Kreistage mit vollem Silmmirechte führt, eus II Migstebern, von berein

1) bie Mitfladt Magbeburg mit Subenburg

) bie Reuffadt Magbeburg

3) Sie Sinds Buchnt .

Elegeordnete entfeubet

8. 172

Die Wahl der Kiristigs Mogeorinisten erfolgt nach den Borjouffen der

5. 173

Der Kreisausschuff des Stadtleeises Magdeburg besteht aus dem Oberbürgermeifter ber Sacht Magdeburg als Beritzenben und zwei Mitgliebern, welche ren dem Kreisinge aus der Hahl der Kreisungehörigen gewählt werben,

8. 174

ther ben Streetag und den Arnstausjeun des Stadtreites Magdeburg gellen die Boridriften der 66. 115. und 316. 418—12). 133. und 134. 136—133. Ablad I. und 2. diefes. Gefeset, kowett sich diefelben auf die Brepositung der Kreis-Rommunalangelegenheiten besiehen. S. 175.

Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes des ersten Titels, sowie die Bestimmung bes g. 170. finden auf den Stadtfreis Magdeburg gleichmäßige Alnwendung.

Künfter Titel.

Von der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung.

S. 176.

Beschlüsse des Kreistages, welche folgende Angelegenheiten betreffen:

1) statutarische Anordnungen nach Maßgabe des S. 20. Nr. 1.;

2) Mehr= oder Minderbelaftung einzelner Kreistheile (g. 13.);

3) Veräußerungen von Grundvermögen des Kreifes;

4) Aufnahme von Anleihen, durch welche der Kreis mit einem neuen Schuldenbestande belaftet wird, sowie Uebernahme von Burgschaften auf den Kreis;

5) eine Belastung der Kreisangehörigen durch Kreisabgaben über 50 Drozent bes Gesammtauftommens ber bireften Staatssteuern, beziehungs-

weise der Mahl= und Schlachtsteuer;

6) eine neue Belaftung ber Kreisangehörigen ohne gefetliche Verpflichtung, insofern die aufzulegenden Leistungen über die nächsten funf Jahre binaus fortdauern sollen;

bedürfen in den Fällen zu 1. der landesherrlichen Genehmigung, in den Fällen zu 2. bis 4. der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Fällen zu 5. und 6. der Bestätigung der Minister des Innern und der Fingnzen.

S. 177.

Die Aufficht bes Staats über die Rreis = Rommunalangelegenheiten wird, Auffichtsbehorben. soweit nicht durch die Vorschriften dieses Gesetzes ein Anderes ausbrücklich beftimmt ist, von der Bezirksregierung, in den höheren Instanzen von dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern geübt.

S. 178.

Beschlüffe, welche die Befugniffe des Rreistages überschreiten, oder die Gesetze verleten, hat der Landrath zu beanstanden und Behufs der Entscheidung über beren Ausführung ber Auffichtsbehörbe einzureichen.

S. 179.

Auf den Antrag des Staatsministeriums fann ein Kreistag durch Konig- Auflosung bes Kreisliche Berordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, tages burch Königliche welche binnen sechs Monaten, vom Tage der Auflösung an, erfolgen muffen.

Im Falle der Auflösung eines Kreistages bleiben die von demfelben gewählten Mitalieder des Kreisausschuffes und der Kreiskommissionen so lange in Wirksamkeit, bis der neu gebildete Kreistag die erforderlichen Neuwahlen vollzogen bat. 97

§. 180.

Genehmigung bei Rreistagebeschlüffe.

Jahrgang 1872. (Nr. 8080.)

S. 180.

2wangsweise Ctati.

Wenn der Kreistag es unterläßt oder verweigert, die dem Kreise gesetlich rung gesehlicher Leis obliegenden Leistungen auf den Haushalts-Etat zu bringen oder außerordentlich tungen burch die Rezu genehmigen, so läßt die Bezirksregierung, unter Anführung der Gründe, die Eintragung in den Etat von Amtswegen bewirken, oder stellt diese Ausgaben außerordentlich fest.

Gechster Titel.

Uebergangs Bestimmungen für die Provinzen Sachsen und Posen.

C. 181.

Für die in der Provinz Sachsen belegenen, im standesherrlichen Besitze ber Grafen zu Stolberg. Wernigerobe, Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rosla befindlichen Grafschaften Wernigerobe und Stolberg, nebst den Städten Relbra und Beringen, wird die Behufs Anschluffes an die Grundfate des gegenwärtigen Gesetzes erforderliche Regelung der die Gemeinde- und Polizeiverwaltung betreffenden Berhältniffe einem besonderen Gesetze vorbehalten und bleiben bis dabin für diese Landestheile die hierauf bezüglichen Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes auker Unwendung.

S. 182.

Auf die Provinz Posen findet die gegenwärtige Kreisordnung bis auf Weiteres feine Anwendung; sie kann jedoch in ihrer Gesammtheit ober in einzelnen Theilen für die ganze Proving oder für einzelne Kreise berselben durch Königliche Verordnung in Kraft gesetzt werden. Bis dahin bewendet es bei den bestehenden Vorschriften.

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs - und Ausführungs - Bestimmungen.

6. 183.

Bis zu einer anderweiten Beschlußfassung der Provinzialvertretungen tritt an die Stelle des im S. 86. festgestellten Betrages von 75 Thalern Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 100 Thalern und für die Kreise des Regierungsbezirks Stralfund der Betrag von 250 Thalern.

S. 184.

Für die ersten nach Maßgabe dieses Gesetzes vorzunehmenden Vertheilungen und Wahlen der Kreistags-Abgeordneten find die dem Kreisausschuffe beziehungs. weise dem Kreistage übertragenen Befugnisse von dem Landrathe wahrzunehmen. Ingleichen liegt für diese ersten Wahlen dem Landrathe die Prüfung der Wahlprotofolle an Stelle des Kreisausschuffes ob.

§. 185.

Für jeden Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und die Ernennung der Amtsvorsteher durch eine von dem Oberpräsidenten durch das Amtsblatt zu erlassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

lights afterprishing our smarthing and as companies and area, the materiority ABBITATION TO THE STATE OF THE PROPERTY OF THE THE RESERVE AND ADDRESS OF THE PROPERTY OF THE Diesem Leitpunkte bleiben die rucksichtlich ber örtlichen Polizeiverwaltung bestehen. den Vorschriften in Kraft.

§. 186.

Die Amtsthätigkeit der jetigen Gemeindevorsteher und Schöffen erlischt am Die schon jest gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bleiben jedoch in Kunktion bis zum Ablauf der in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen sechsjährigen Umtsbauer, vom Tage ihrer Bestätigung gerechnet, fofern nicht eine Gemeinde eine frühere Wahl ausdrücklich beantragt.

§. 187.

Kur jeden Regierungsbezirk wird ein Berwaltungsgericht gebildet, welchem gleichzeitig die von den Deputationen für das Heimathswesen (SS. 40. 41. u. f. w. gerichte und bas B des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterftühungswohnsit vom 8. März 1871., Geset Samml. S. 130.) auszuübenden Befugnisse übertragen werden.

§. 188.

Für die Zusammensetzung und die Beschluffaffung des Berwaltungsgerichts, fowie für die Gigenschaften seiner Mitglieder gelten die Bestimmungen in den SS. 41. 42. 43. Albfat 1. bes Gefetes vom 8. März 1871. Diefelben werden jedoch in folgenden Punkten abgeandert beziehungsweise ergangt:

1) ber Präfident ber Regierung, in beffen Behinderung der Dirigent ber Abtheilung des Innern, fann jederzeit den Borfit übernehmen. In Diesem Falle ift der Borsibende stimmberechtigt, und steht alsbann dem Mitgliede bes Berwaltungsgerichts, welches aus der Bahl der Bermaltungsbeamten ernannt ift, nur eine berathende Stimme gu;

2) in allen Fällen, in welchen ein gewähltes Mitglied bes Gerichtshofes und der fur daffelbe bestimmte Stellvertreter gleichzeitig verhindert find, fann einer ber beiben anderen gewählten Stellvertreter an den Berhand-

lungen mit beschließender Stimme Theil nehmen;

3) der Borsikende des Berwaltungsgerichts nimmt immer an der Abstimmung Theil, auch wenn nur vier Mitglieder anwesend find;

4) die gewählten Mitglieder des Berwaltungsgerichts werden durch den Borfitenden vereidigt und unterliegen in dieser ihrer Gigenschaft ben für richterliche Beamte geltenden Disziplinarvorschriften.

S. 189.

Die Borschrift bes &. 43. Abfat 1. bes Gesehes vom 8. Marg 1871. findet auf ben Regierungspräsidenten und ben Dirigenten ber Abtheilung des Innern in ihrer Eigenschaft als Borfitende des Berwaltungsgerichts gleichmäßige Unwendung.

Sinsichtlich der Ausschließung des Vorfigenden und der Mitglieder des Berwaltungsgerichts von der Theilnahme an den Berathungen und Beschlußfaffungen des letteren gelten die Borfchriften bes S. 139.

§. 190.

Die mündliche Berhandlung, bei welcher die Parteien ober ihre mit Bollmacht verfehenen Vertreter zu hören find, sowie die Verfündigung der Entscheiduna (Nr. 8080.)

Die Berwaltung

bung erfolgen in öffentlicher Sitzung des Verwaltungsgerichts. Die Vorschriften der §§. 151. und 152. finden gleichmäßige Anwendung.

Die Ladung der Parteien zu der Berhandlung geschieht unter der im

S. 144. vorgeschriebenen Berwarnung.

Haben jedoch beibe Parteien barauf angetragen, daß die Sache ohne mündliche Verhandlung entschieden werde, so kann die Entscheidung auf schriftslichen Vortrag gefällt werden.

Die Zufertigung der mit Gründen zu versehenden Entscheidung an die Varteien erfolgt durch die Vermittelung des Kreisausschusses, gegen dessen Be-

schluß dieselbe ergangen ist.

S. 191.

Erachtet das Verwaltungsgericht vor der Endentscheidung noch eine Aufklärung über das Sachverhältniß für nöthig, so ist dieselbe durch eines seiner Mitalieder oder durch den Kreisausschuß vorzunehmen.

S. 192.

Ist die Berufung von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses eingelegt (§. 155.), so entscheidet das Verwaltungsgericht zunächst über die Vorfrage, ob das öffentliche Interesse für betheiligt zu erachten sei.

Nur insoweit dies angenommen wird, erfolgt eine Entscheidung in der

Sache.

§. 193.

Die Bestimmung des S. 192. findet entsprechende Anwendung, wenn über die Berufung von der Bezirksregierung zu entscheiden ist.

S. 194

Auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichte sinden die Vorschriften der §§. 146—149. und 154., sowie in denjenigen streitigen Verwaltungsfachen, in welchen das Verwaltungsgericht in erster Instanz zu entscheiden hat, auch die Vorschriften des §. 144. gleichmäßige Anwendung.

Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist ein weiteres Rechtsmittel nicht zulässig. Hinsichtlich des Verfahrens in Armen-Streitsachen verbleibt

es bei ben Vorschriften ber SS. 47. ff. des Gesetzes vom 8. März 1871.

S. 195.

Die Erhebung der Kosten und die Erstattung der baaren Auslagen für das Verfahren in der Berufungsinstanz erfolgt nach den Vorschriften der §§. 162. und 163. mit der Maßgabe, daß

1) die aufkommenden Rosten vorläufig zur Staatskasse vereinnahmt werden;

2) das im S. 162. bezeichnete Pauschquantum auch beim Ausfall der mund-

lichen Verhandlung zu erheben ist;

3) der unterliegenden Partei auch die von dem Verwaltungsgerichte festzufetzenden Gebühren, welche die obsiegende Partei ihrem Bevollmächtigten für Wahrnehmung der öffentlichen Sitzungen des Verwaltungsgerichts zu entrichten hat, zur Last zu legen sind;

4) die Aufstellung des Tarifs den Ministern des Innern und der Justiz zusteht;

5) ein

ad 31 194

I fun it my 8 5 5 6 68 it go der grefin de gold 1875 ("ing roop ding 8 178 der grefin 26 green Sin Cutphilding 2 My. due temporaletings growth die Bruiter an das theory was altings growth find Sind and Sind may 8 82 but grefi to 3 green 1875 one ming Dayon and mind sind and song to any sone today 1875 and and growth find the company growth to a grand growth find the sone of the growth of the standard of the standard

The second as a second second the court of the second seco

5) ein weiteres Rechtsmittel gegen die wegen Festsetzung der Kosten ergangene Verfügung des Verwaltungsgerichts nicht stattsindet.

§. 196.

Die Kosten des Verwaltungsgerichts fallen, mit Ausnahme der den gewählten Mitgliedern nach Maßgabe des S. 44. des Gesehes vom 8. März 1871. (Geseh-Samml. S. 130.) zu gewährenden Entschädigungen, welche der Provinzialverband aufzubringen hat, der Staatskasse zur Last. Die Kreise Dramburg und Schievelbein werden in dieser Beziehung als zum Provinzialverbande von Pommern und die Altmark als zum Provinzialverbande von Sachsen gehörig angesehen.

Die Einnahmen des Verwaltungsgerichts werden nach dem Verhältnisse

ber Rosten zwischen bem Provinzialverbande und dem Staate vertheilt.

Ergeben sich Ueberschüsse, so werden dieselben dem Provinzialverbande zu-

S. 197.

Die Vollstreckung der Entscheidungen des Verwaltungsgerichts erfolgt durch den Vorsitzenden des Kreisausschusses nach den Vorschriften des §. 165. Ueber Beschwerden ist von dem Verwaltungsgerichte Entscheidung zu treffen.

S. 198.

Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei den Verwaltungsgerichten durch ein Regulativ geordnet, welches die Minister des Innern und der Justiz gemeinsam erlassen.

§. 199.

Alle dem gegenwärtigen Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen werden aufgehoben und treten, mit Vorbehalt der Vorschriften der §§. 12. 185. und 186., mit dem 1. Januar 1874. außer Kraft. Die bisherigen freisständischen Kommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand und ihre Zusammensetzung in Wirksamkeit.

S. 200.

Der Minister des Innern ist mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, ben 13. Dezember 1872.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ihenplit. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt. Camphausen. Falk.

Inhalt.

Erfter Titel.

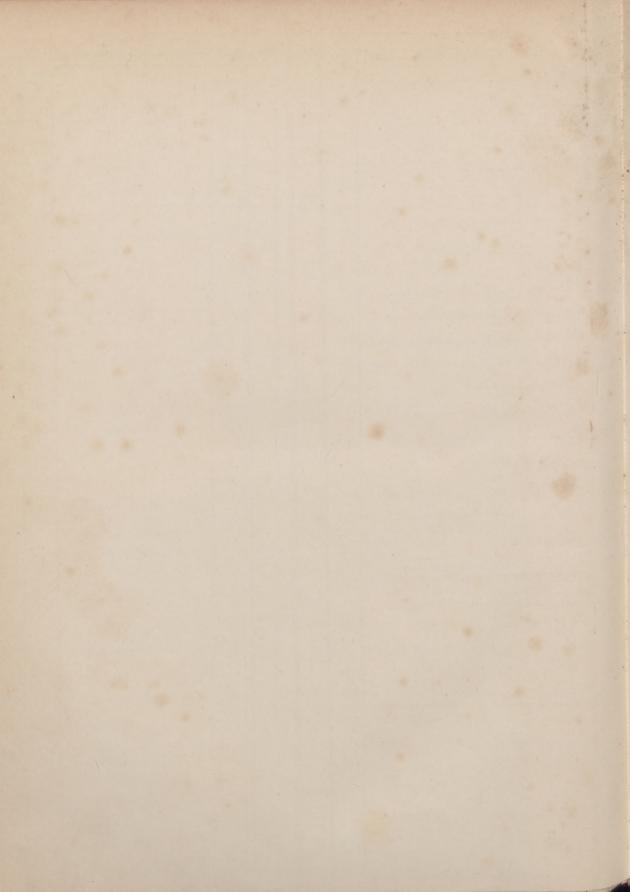
	Erster Titel.			
Von den Grun	idlagen der Arcisverfassung.			
Erster Abschnitt. Bon dem Un Zweiter Abschnitt. Bon den S	nfange und der Begrenzung der Kreife treisangehörigen, ihren Rechten und	1	1-	
Dritter Abschnitt. Kreisstatuten	und Reglements	38.	6— 20.	19.
convergance von Sadyen gehörig	3weiter Titel.	111 1		
	g und den Alemtern des Kreise	Ø.		
Zweiter Abschnitt. Bon dem C	Bestimmungen	uagai	21.	25
Dritter Abschnitt. Bon der Au	obegiere ifhebung der mit dem Besitze gewisser ide verbundenen Berechtigung und Ber-	\$5.	100	00.
Vierter Abschnitt. Bon den An	j zur Verwaltung des Schulzenamts. ntsbezirken und dem Amte der Amts-	SS.	36—	
Fünfter Abschnitt. Bon dem Ar	nte des Landraths	§§.	46— 74—	78.
Rreises .	diser mite ter Defahramme bel	§§.	79—	83.
	Dritter Titel.			
Von der Vertretun	ig und Verwaltung des Areisei	3.		
Zweiter Abschnitt. Bon den B	anmensehung des Kreistages ersammlungen und Geschäften des		84—	
Dritter Abschnitt. Bon dem Kr. Bierter Abschnitt. Bon dem Kre	s eishaushalte risausschuffe, seiner Zusammensehung n Geschäften in der Kreis-Kommunal-	33.	115— 127—	126.
und allge	meinen Landesverwaltung		130— 167 u.	
	Dierter Titel.			
20 m	den Stadtfreisen	§§.	169-	175.
	Lünfter Titel.			
Von der Oberaufsi	cht über die Areisverwaltung	§§.	176—	180.
	Sechster Titel.			
Nebergangs-Best	immungen für die Provinzen ihsen und Posen	SS.	181 u.	182.
· ·	Siehenter Titel.			
Allgemeine, Hel	bergangs: und Ausführungs: Bestimmungen	SS.	183-2	200.

Wahl=

	13/10				03	hag
7.7	333	Jung.	Il Tela	3 Elffield (Britsanans)	36.	671
1 Time i abspires (knight)	1	66%	A Tilal	19 assignal (and Engirla)	1100	
a alignman - their comment in bil.	-			Conffabring das gues Jestupe. Protigiones		
6. Användning in knistgenagna i bie:	3	66%.		Enalling -	76.	673
Gantyypiden grafuy Raster and dan Krait.	al la	1089	6.	Could Gazzikh	27.	
300th an Suc	7.	662.		treeding das authorizates.	18.	
T Estal & ablymill, (Liverbang finger)			8.	Organa In Could ray malling.	50.	674
a allgumini	6.	1	е.	Canllant Hop	5%	
8. Inepa du Konis angolosigan	7		7.	Cum to mangle of my		
C. Poperpan In Kniibango torigue	8.	311	30193	Could son papers Lead son papers 2. Transping dar Julons	36	675
I mangeisting pro Cenerague was intempt		ingo	100	& Ralewarden Zing darfollow	57	
Sula n androm . Frande dus abenfung. Fot		181	9.	To falling lonesing arigin and worfagon -	58.	1 3
Jun sinar ingresulffe siglan abla fring	8.	,,	2.	Ellingua failer Dat Could nough of	1	
B. Lenitarghy Kill on Sha Krail ab gelow	9.	663	2	Dina pling Halling San Grunain In . in gods.	59	
O Grien Spalger ribus Die Hat Spictory & cafferin				Broopands, Jousin dow gant d'armet ya day		
ging on krail cafan	10.			Lecarl & corplajara	65.	640
C. Tappalling int Karibabasan na Mailings.	1.		1	Dingling Ruleung int could nor fagured in		0/6.
se affabab	12.	664.		buch handraly i den trail and spife -	1	
f. Tunto : osho krinda : batafing zingalund	14.		C.	Stary son of you date accent soon for fruit	66	
Timi office	23.	665	m.	Today in Gull wo was proposed	68	
9. Twongrafung de loven jun, jarifigue			2	hogher due Could normalling	69	679
Justonia a fra ja den teraibeafen	14		77.	Carajana and good tripin in tou fil rales.	73	
2. Traja to Bigland winas Doggalba panuring			11 Glad a	Salygails (dan Sray)		
Surfabbase (ides on usemb	16.	666	a	Crawning Suffallow (Sat dondraft) -	74.	686
2. Lagrainag son den krailabgabon	17.		Е.	Hale wasterling Suffelbury	25:	-
he baffmanden wagun navarlagung San	100		~	Coelling . Halling day Puller -	76.	
Fireil ab gabos.	19.	200	2.	Tebba Journes boofaguist Saffethan Juan		
I Time 3 as your. Chrait gratular)	19.81			Hafte hvaibyolizailige Havordungen -	710	
Is Tilue i abjust. (auguanius tofimaningua)	10.49		e.	Range in Laplay son, Sufferbace	78	
Gloudaming Sab Kraigab	21.	667		6 a6 Hill	77.	
when a Ceb price (guarii with roofefor . 890 fran . Orton	venals	ing)	4173	6 abyans	29.	682
a Generia de ser falus à Hoffen.	22,			i abjyail (auguarnia Tofiamingar)		
A serafe Duvillous	23.	100	9	of our heily lindre out traitings.	84.	682
B. Impolique, in Julian	26	668	6.	bicding non Brallmartainson find die Ends	-	
y. Harridian Invielle				in timistage abquordunden	85.	
J. Harridging Desjelber	27.		C	bieding dut majores baudet dus grafaras		
6 Just - and I le I	28	,	(Coustiga a gran Kajikyan -	86	
& Trugla a perplan dal Gunerico or confegato	29.	669.	0 2	ording Sub English handet Suo Landquarindan		,
S - Si La Cara Market.	31.		0 7	Service S. 1 Face 1 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2	87.	
I Dan panagapu dus Guaninduscochiges, Mother	35.	670.		bilding sal maj rorbandes dus Haith	88	-
Gath sexplajan	1		The state of	The state of the s		Mary 1

		31.55	mag.	The Time & alphaile Vernibling 6 graffalte) 35	2009-
721 Ze	al i abjails (Kiniblag)			6. B. Insisting out heard lago in Aniling du	
	Buryaiting Ino Maristage abquordundung			Ben Jan Fringue, orig Sum falter 128	6gi
	and Sin angulum Bayenthands -	89.	683	y. abja Pling Enfondame Derogoptionen fin	6
	Hadjailing In won Fragrowdants in a			Jun havidag to grifulling darfullar	
	Land gumination for usa) undun abquestulun			an din kraiologh widglinder 199.	692
	End din singulani, Frafflyicka	91.	684	& Ouffandinghaid In himidaglijinagun 120.	
4	Zurgustung den word Frajzyarbande da.	THE STATE OF	N ASS	2. Suffraffafighais val hisristage - Pai	-
	Prath gu vagenuton algorithm and din	-39		3 Cuil ppints were don Harfantinger, dat	8
	tingalnes Hasta be jujugo waife to coming		19	Firmidago suraque que fontifia Jahra Juli - 122	-
	you Hailan applingishes	92.	_	12 Minda april das Justylindas Sal Franciscais	
	antegranging day for the das Beneficiang		Bar.	Mighal are den mildage marjanentangen - 123	-
	Two Hristagh abogaon Franken wogerandne tomis			Jasting Dew Konible gotaffeigh way in	
111	quies — ~ ~	93.		Jugar & Juni rimpil Domanning firs - 129.	693,
	Geologiajing Du Brajens in Dan Harbindus	-		à assaffice à montrallique de livit	
	dus griftwar grundbufigar	94.	215	tagignototocia - 125	-
	Integrating das Zeafean in den Traffly itus	16		h. lesta fring non Tentilivann à Tingabou, des	
	dut Indeadet du Tondgamainten	98	686	Timistage 126	->
				IN Tite & Coppins Line 6 factores	
	Rote jesjing de Haften in dan Roiter, trajes.	·	100	a Confinering a forficeing dur love ofant 122.	
	The state of the s	104.	087.		
	Zaplantait jun Evapenana i jun Levil.	121	1	6. Project das traiberaminates p 128	694,
	taglabga or Taula,	106.	088	e. Inging, temping, tappeleing is Callafing	
0	Davis In From gurierde dus Prinible que abground			Sa Lapartony ing tag	
	sealer T	107	304	1 06/40ill	
	Coganging & i To ag : Bragen Sus Fraistage			a, din Tenseing and Timibandoppy Int in alega.	
		108.		ac 4 cirus 100.	-
		109	-	E. Die Fifamwache ing Vafalton. 136.	
	auffacting your Hargaigai Han Sus Forgels.			C. ba poleing ains Dywithat 132.	
		110.	689	S. Could do kno, Ham i Signing i Nicholythaga ha das	
5.	Gaif following Sind mortgining by casab	iii.	-	Exit 29 th ming condres, - 133.	
	Configurating is sit of granifical San Hallen			e Die Juggange dat Louisbaat pringed to due heart,	6-0
	Por Peristago alega vadurales.	113.	690.	committed: a augumina handed: Hurmaring 134.	095,
	2 abjyins (Kraiblagbapsjagles)	W.F.		Jo a forder Inggage det Veril and figiglatice 135	
a	in allquinaine	iis.	-		
6		116.		Din Zagoscoti radivan Cago laga apadan -	
	& Harfigung whom franch singular Avoillfula.	117.		Din Ingagori soiligen Engelagenfinden — — — — — — — — — — — — — — — — — — —	696.
					1

711 2	itul of assymis (horisant pris)	8185	Jag.			319	Teag.
	d in Tacdyolizastizan Engrenguegada	135.	697		Hol Cellquaries Bylogs by Germings		
	E in gununter you glie i) en lange englantin		-		ener Celly un endudin	183	7io
	June - Sain & Farine : Tedigailigas lenge		698.	6.	Die Hannaktings gariffe to Sub Xas Lagran son Danfalban.	187	74
	Engenfeiden	-	-			200.	213.
	y in Cuficdolangs Jagan	-	-		70/04	-	714.
	Vis Vibuncacon asient Engelaguefilm -	_	699.		Estateong Chains	1	705
	in Communadages In Court bujisher,					7	786.
2	han squaminder i peloppe i dign Just.						
	Capiela de la Mandennia de La La Mandennia de la ses						
	plappiningen Galsongisten	_	700.				
	I in Congresquestion to offending gastind.						
	Just yjugu in hand genanied in i gillet.						
	Hawigan The Conjuda -	-	701.				
	the in Lighty years alling has gerngrapides	131	-				
	Downlandray all Worfigender Del Krist.	136					
	Date Margagian son Sam Timitanit Magh	138.	702				
	Townsfung gagan da. Corpsidingen das						
	Strail 6 cal psignal -	155.	705.				
	Gabffait (Unit commissions)	167.	707.				
W 2	lece (Hastherigh)						
a	in all generalar	169.	708.				
6.	beforder hafineningen for day Monthois						
	Geogdeburg.	170.					
a	& (Obryany fig ilon Sie Kraitwan walling)	176.	703				
8.	aciffiget tafirdan	177	_				
C	aife Jung du Knistagt Surg hirig. Howard						
	Thung -	179.	-				
3	Berangh sampe Chalisting garfaffigue heighten		44				
1/2	Saw dung die Bragiaming	180	710.				
Tu Zu	e Cherry ongo Capitaningan fin Tougain Pope	181	-				
A TOTAL PROPERTY.	The same of the sa						



Wahl=Reglement.

na this day of 1. 1. sid months to

Alcht Tage vor der Wahl werden die Wähler zu den Wahlen mittelst schriftlicher Einladung oder durch ortsübliche Bekanntmachung berufen. Die Einladung und Bekanntmachung muß das Lokal, den Tag und die Stunde der Wahl genau bestimmen.

S. 2.

Der Wahlvorstand besteht aus dem Landrathe, beziehungsweise Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder einem von ihnen ernannten Wahlvorsteher und aus zwei von der Wählerversammlung zu wählenden Beisitzern. Der Wahl-vorstand bestimmt den Protokollführer und die Stimmzähler.

S. 3.

Die Wahlen erfolgen durch abgestempelte, bei der Verhandlung zu vertheilende Stimmzettel.

S. 4.

Jede Wahl erfolgt in einer befonderen Wahlhandlung.

S. 5.

In der Wahlversammlung dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Der Protofollführer ruft die Wähler, wie sie in der Wählerliste verzeich-

net find, auf; jeder Aufgerufene wirft seinen Stimmzettel in die Wahlurne.

Die während des Wahlattes erscheinenden Wähler können an der nicht

geschlossenen Wahl Theil nehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Wahlvorsteher nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne, verliest die darauf verzeichneten Namen und ein Stimmzähler zählt dieselben laut.

§. 6.

Ungestempelte, unbeschriebene, sowie solche Stimmzettel, auf welchen der Name eines nicht Wahlfähigen oder mehrere Namen sich geschrieben sinden, sind

ungültig.

Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläusig der Wahlvorstand. Die Stimmzettel sind aufzubewahren und die ungültigen mit dem Protokolle dem Landrathe, beziehungsweise dem Kreisausschusse einzusenden.

(Nr. 8080—8081.) §. 7.

S. 7.

Alls gewählt ift Derjenige zu betrachten, welcher die absolute Stimmen-

mehrheit (mehr als die Balfte der Stimmen) erhalten hat.

Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen diesenigen zwei Personen, welche die meisten Stimmen für sich haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die meisten und gleich viel Stimmen erhalten, so entscheidet das durch die Hand des Wahlworstehers zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise erfolgt die Entscheidung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergiebt.

§. 8.

Die Wahlprotokolle sind vom Wahlvorstande, dem Protokollführer und den Stimmzählern zu unterzeichnen.

§. 9.

Auf dem Kreistage selbst vorzunehmende Wahlen können auch durch Akklamation stattsinden, sofern Riemand Widerspruch erhebt.

(Nr. 8081.) Allerhöchster Erlaß vom 14. November 1872., betreffend die Errichtung Königlicher Eisenbahn-Kommissionen in Glogau und Kattowiß für die Verwaltung des Oberschlesischen Sisenbahn-Unternehmens.

Uuf Ihren Bericht vom 13. November d. J. genehmige Ich, daß für die Verwaltung des Oberschlesischen Eisenbahn-Unternehmens in Glogau und Kattowitz Königliche Eisenbahn-Kommissionen nach Maßgabe der in Meinem Erlasse vom 28. September d. J. gegebenen Bestimmungen errichtet werden. Dieser Erlaßist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 14. November 1872.

Wilhelm.

Gr. v. Ihenplit.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Rebigirt im Bureau bes Staats. Minifteriums.

Berlin, gebrudt in ber Roniglichen Geheimen Ober Sofbuchbruderei (R. v. Deder).

915

And the state of t

Nr. 42.

(No. 5082.) Gefeh, beiteffend die Ausbeitung mit bischess der auf den Beineb bes 216 dederrignverdes begiglichen Beise bestellt bei 17 December 1872.

Wir Wilhelm, von Grites Groven Weige von Preußen & verordnen, unter Lieffingening beiber Hiefer bes Auftrage, für ben Umfang ber Mengrobio, was telen

Mon ben auf ben Beitieb bes Abbestarfarbeites bezüglichen Berichtigungen werben, ferwill es wicht fchren gesichen aufmerden.

- de liberatera productiva de la companya della compa
 - 2) alle Partie dell'Arte de l'Arte d
 - 3) alle Company de la company
 - 4) bie Bereitigung einemeiner in Albeiter welden eine der am Komme bes Libbediringsport in indicate melde bei der der der der den Luftitum obereitsperen Sperchen

Alls gewählt ift Derjenige zu betrachten, welchen bie absolute Stimmen

mehrbeit (mehr ale bie Balfte ber Stimmen) erhalten hot.

Erglebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen diesenigen zur Personen, welche die meisten Stimmen für sich haben, auf die engen Wall Haben nicht als zwei Personen die meisten und gleich viel Stimmen erhotten iv entscheidet das durch die Hand des Wahlvorstehers zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise erfolgt die Entsche dung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergiebt.

5. 8.

Die Babtprotokolle find wim Babtvorftande, bem Protokollführer und ben Stunngablern zu unterzeichnen.

S. 9.

Auf bem Areistage felbst vorzunehmende Wahlen können auch birech Affin

(Nr. 8081.) Allerhöchfter Erloft vom 14. Nevember 1872., betreffend bie Errichtung Königlicher Schanklichten in Glogate und Rattowijk für die Westwaltung bes Oberichtefilden Guenkochnatingenehmens.

Auf Ihren Bericht vom 14. Revember b. J. genehmige Jch, daß für die Marmaltung des Oberschlesischen Eisenbahn-Unternehmens in Glogan und Kationale Königliche Eisenbahn-Kommissionen nach Maßgabe der in Meinem Erlaßt wein 28. Seitember d. J. gegebenen Bestimmungen errichtet werden. Dieser Erlaßtin durch die Gesey Sammlung zu veröffentlichen.

Beclin, den 14: November 1872

Wilhelm.

Gr. v. Ihenblig

An ben Minister für Handel, Gewerbe

Britigiet im Buren bet Staats Buigfterland.

particular der Roulglides Orbeitung, Ober S. (R. v. Deser).